



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU

AGRARBERICHT 2017



Herausgeber

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft
und Weinbau Rheinland-Pfalz (MWVLW-RLP)
Stiftsstraße 9
55116 Mainz

Bearbeitung

Abteilung Agrarpolitik, Agrarförderung, Ländliche Entwicklung
in Zusammenarbeit mit den für Landwirtschaft und Weinbau
zuständigen Abteilungen der Landesregierung

Layout/Umschlag

W. Maier (MWVLW-RLP)

Fotos/Umschlag: Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück, Bad Kreuznach sowie privat

Juni 2017

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien, noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist erfreulich, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sich der besonderen Bedeutung unserer heimischen Landwirtschaft für Gesellschaft und Wirtschaft sehr bewusst sind: Die meisten Deutschen – immerhin fast 90 v. H.– sind der Ansicht, dass eine gut funktionierende Landwirtschaft eine Grundvoraussetzung für die Lebensqualität und Lebensfähigkeit des Landes ist und das bäuerliche Leben einen wichtigen Bestandteil unserer Kultur darstellt.



Das ist für mich der beste Beweis, dass Landwirtschaft und Weinbau in der Mitte unserer Gesellschaft fest verankert sind. Die Bevölkerung sieht zudem den landwirtschaftlichen Beruf als einen der wichtigsten und zukunftsträchtigsten Berufe an.

Dabei sind die Erwartungen an die Landwirtschaft hoch. Sie befindet sich gegenwärtig in einem besonderen Spannungsfeld zahlreicher, sich schneller denn je ändernder Herausforderungen sowie vielfältiger Aufgaben - verstärkt durch erheblichen ökonomischen Druck. Aus Tier- und Umweltschutzgründen stehen die Bauernfamilien häufig in der öffentlichen Kritik – zum Teil auch in unbilligem Maße. Die Verbraucher erwarten von der Landwirtschaft an erster Stelle eine „artgerechte Haltung der Tiere“, noch vor den Kriterien „Qualität der Produkte“ oder „umweltschonende Produktionsmethoden“. Die Tierhaltung in diesem Spannungsfeld zukunftsfähig zu machen, gehört daher zu den anspruchsvollsten Aufgaben, denen sich die Agrarpolitik und der Berufsstand stellen müssen, weshalb wir die Förderung der Landwirtschaft aus öffentlichen Mitteln in Rheinland-Pfalz auch entsprechend ausrichten.

Unsere multifunktionale, breit aufgestellte Agrarwirtschaft ist eine der wichtigsten Wachstums- und Zukunftsbranchen – ein unverzichtbarer, ein strategischer Sektor; dafür sprechen schon die nüchternen Zahlen rund um die Nahrungsmittelversorgung: 2050 sind rd. 10 Mrd. Menschen zu ernähren; der jährliche Bevölkerungszuwachs beträgt 80 Millionen und auch die jährliche Zunahme der Menschen, die Energie nachfragen, steigt um 200 Millionen pro Jahr! Gleichzeitig nimmt die pro Kopf verfügbare landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) rapide ab: binnen 100 Jahren um rd. zwei Drittel: 1950: 51 Ar; 2015: 22 Ar; 2030: 20 Ar sowie 2050: nur noch 18 Ar !

Eine ebenso hochproduktive wie nachhaltige Agrarwirtschaft tut also not; sie ist der Schlüssel für internationale Stabilität und eine gesellschaftspolitisch akzeptierte Agrar- und Lebensmittelwirtschaft! Die Ernährung gilt es zu sichern, ohne die biologische Vielfalt – zweifelsohne eine der wertvollsten und wichtigsten Ressourcen unseres Planeten – zu zerstören. Diese außerordentliche Herausforderung lässt sich nur in einer konzentrierten Anstrengung und mit Hilfe eines ebenso außergewöhnlichen Entwicklungsschrittes bewältigen, der sich rasant ausbreitet und in der Agrarwirtschaft eines seiner vielfältigsten und wichtigsten Anwendungsgebiete findet: die Digitalisierung. Sie wird alle Bereiche der Landwirtschaft (r)evolutionieren und zugleich der Schlüssel für die zunehmend wichtiger werdende Ressourcenschonung sein. Neben der Lösung von Herausforderungen wird sie – das ist die Kehrseite der Medaille – zugleich auch neue Probleme schaffen; eines davon wird die Frage der Datenhoheit und des Datenschutzes sein. Neue Geschäftsfelder und –modelle

u. a. für Banken und Versicherungen werden sich im Gefolge der Digitalisierung aufbauen und etablieren, Preisabsicherung und das Risikomanagement werden neue Dimensionen erreichen. Auf das erhebliche Innovationspotential der Agrar-Digitalisierung hat auch die Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern im Frühjahr 2017 erstmals in einem umfassenden Beschluss mit breitem Handlungsauftrag an Bund und Länder hingewiesen.

Trotz – oder gerade wegen – dieser erkennbaren Entwicklungen gehören Landwirtschaft und Weinbau zu den Säulen unseres unternehmerischen Mittelstandes, sind wichtige Arbeitgeber und soziales Rückgrat unserer vielfältigen ländlichen Räume. Positive Entwicklung in den ländlichen Räumen geht deshalb nur mit der Land- und Weinwirtschaft und nicht gegen sie. Deshalb trägt die Gesellschaft auch umgekehrt eine große Verantwortung für eine leistungsfähige Agrarwirtschaft. Denn unsere hochwertigen Weine, schmackhaftes Obst und frisches Gemüse, die reichlich gedeckten Tische und eine qualitativ hochwertige Ernährung sind bei allem Know how, bei aller Technik keine Selbstverständlichkeit. Das hat das Jahr 2016, das haben die Spätfröste im April 2017 uns Allen vor Augen geführt!

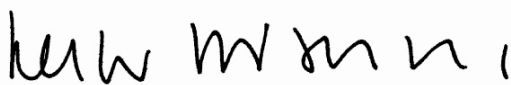
Deshalb lässt die Landesregierung die Landwirtschaft nicht allein! Seit fast drei Jahren belastet eine Einkommenskrise unsere Bauernfamilien. Gewinnrückgänge bis zu 30 v. H. – ausgelöst durch Ursachen wie geopolitische Entwicklungen, agrarmarktpolitische Änderungen bis hin zu witterungsbedingten Kalamitäten – sind für viele Betriebe kaum mehr zu verkraften. Die Absicherung der bäuerlichen Einkommen hat hohe Priorität.

Meine Zielvorstellung ist eine unternehmerische, marktorientierte, gentechnikfreie und wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die sich am Umwelt- und Tierschutz orientiert und ihr Einkommen im Wesentlichen über den Markt erzielt. Die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors trägt zur Sicherung des Einkommens bei und versetzt die Landwirtschaft dauerhaft in die Lage, nachhaltig zu wirtschaften, die Kulturlandschaft zu erhalten und weitere Leistungen für den ländlichen Raum zu erbringen. Das zentrale und umfassende Maßnahmenpaket zur Erreichung dieses Zieles und zur Entlohnung der Landwirtschaft für ihre gesellschaftlichen Aufgaben ist das ländliche Entwicklungsprogramm „EULLE“. Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen soll die Investitionsförderung im Agrarbereich verbessert werden.

Schließlich gilt es, nach vorne zu schauen – auf die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020. Für die Weiterentwicklung dieses unverzichtbaren Politikbereiches einer starken EU habe ich ebenfalls klare Vorstellungen: Beibehaltung der 2-Säulen-Architektur, finanzstarke GAP, Mitteleinsatz vorrangig in der Landwirtschaft, Modernisierung, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, Bekämpfung des Klimawandels und möglichst umfassender Bürokratieabbau sind meine Kernforderungen!

Vor diesem Hintergrund, liebe Leserinnen und Leser, empfehle ich Ihnen die weiteren Einzelheiten des Agrarberichts 2017 auf den folgenden Seiten.

Ihr



Dr. Volker Wissing
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Inhaltsverzeichnis		Seite
Zusammenfassung		
1.	Die Agrarwirtschaft Rheinland-Pfalz	1
1.1	Situation und Herausforderungen des Agrarsektors	1
1.1.1	Einkommenslage in Deutschland und Rheinland-Pfalz	2
1.1.2	Weinbau	9
1.1.3	Obstbau	11
1.1.4	Ackerbau	12
1.1.5	Milchmarkt	20
1.1.6	Sonstiger Futterbau und Rindfleischmarkt	24
1.1.7	Gemischtbetriebe	26
1.1.8	Veredlungssektor	26
1.1.9	Gartenbau	28
1.1.10	Ökologischer Wein- und Landbau	29
1.1.11	Extensive Tierhaltung am Beispiel der Schaf- und Ziegenhaltung	34
1.1.12	Struktureller Wandel in Deutschland und Rheinland-Pfalz einschl. Öko-Landbau-Strategie 2020	36
1.1.13	Ausblick auf das Wirtschaftsjahr 2016/17	38
2.	Zukunftsfähigkeit der Agrarwirtschaft	38
2.1	Krisenanfälligkeit und Krisenbewältigung in der Agrarwirtschaft	39
2.2	Lösungsansätze in der Gemeinsamen Agrarpolitik	40
3.	Agrarpolitischer Ausblick	40
3.1	Ausblick auf die agrarpolitischen Rahmenbedingungen 2016/17	40
3.1.1	Handlungsfelder und Handlungsbedarfe	43
3.1.2	Gesamtstrategie Weiterentwicklung der Agrarpolitik auf Landesebene	48
4.	Anhang	51
4.1	Verzeichnis der Abkürzungen	51
4.2	Literatur- und Quellenverzeichnis	52
4.3	Tabellen und Übersichten	54

Zusammenfassung

- Im Agrarbericht 2017 stehen die anhaltend schwierige Einkommenslage in der Landwirtschaft, ihre vielfältigen Herausforderungen sowie Strategien zu ihrer Bewältigung bis hin zur Positionierung in der Diskussion um die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 im Blickpunkt.
- Die Einkommenslage im Wirtschaftsjahr 2015/16 verharrte mit 26.144 € Gewinn pro Arbeitskraft bzw. rd. 55.200 € Unternehmensgewinn auf unzureichendem Niveau und führte in den meisten Betrieben zu anhaltenden Verlusten an Eigenkapital. Eine angemessene Entlohnung der eingesetzten Produktionsfaktoren wurde erneut verfehlt.
- Deutliche Kosteneinsparungen verhinderten ein noch unbefriedigenderes Ergebnis und auch der Wegfall kalkulatorischer Aufwandspositionen wie die Abschreibung auf Milchquoten trugen dazu bei, dass die Situation sich „zahlenmäßig“ nicht noch ungünstiger darstellt.
- Wie Daten aus der einzelbetrieblichen Investitionsförderung belegen, wurden notwendige Investitionen zurückgestellt und krisenbedingt zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen verstärkt Fremdkapital aufgenommen, das in den Folgejahren höhere Kapitaldienste verursachen wird.
- In wirtschaftlicher Hinsicht kam es auch zu einer deutlichen Spreizung der Betriebsformen. Besonders betroffen von der Agrarmarktkrise sind die viehhaltenden Betriebe angesichts des bis weit in das Jahr 2016 hinein anhaltenden Erzeugerpreisrückgangs für Milch sowie dem Preisverfall im Veredlungssektor „Schweinefleischerzeugung“. Demgegenüber konnten sich die ökologisch wirtschaftenden Betriebe deutlich positiv in ihrer Entwicklung und im wirtschaftlichen Ergebnis von den übrigen Betriebsformen abheben. Der Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe und der ökologisch bewirtschafteten Fläche konnte erneut gesteigert werden, bis zur Erreichung des Ziels 20 % der Fläche ökologisch zu bewirtschaften, sind jedoch weitere Maßnahmen erforderlich
- Differenzierte Ergebnisse gab es auch im Ackerbau und nach Regionen - Erlösrückgang bei Getreide wurde in Regionen mit Kartoffel- und Feldgemüseanbau mehr als abgefedert. Wegen der besonderen Bedeutung von Feldgemüse, des Weinbaus und des weitgehenden Fehlens einer Veredlung konnte sich Rheinland-Pfalz als eines von drei Bundesländern rechnerisch mit + 7 v. H. Gewinnsteigerung etwas von dem niedrigen Niveau nach oben abheben. Aber selbst in den südlichen Bundesländern war mit einer unterdurchschnittlichen Nettoertragsfähigkeit eine Vergütung der eingesetzten Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden nicht möglich. Der Durchschnitt der zurückliegenden fünf Wirtschaftsjahre vor 2014/15 wurde deutlich verfehlt.
- Auch für das laufende Wirtschaftsjahr 2016/17 ist mit keiner durchgreifenden Besserung zu rechnen. Angesichts der guten Versorgungslage auf dem Weltgetreidemarkt könnten die Ackerbaubetriebe zunehmend belastet werden, während die Milchproduzenten und die Veredlungsbetriebe das wirtschaftliche Tal zwar allmählich verlassen, aber erheblichen Nachholbedarf haben, um notwendige Unternehmensgewinne für eine

zukunftsorientierte Betriebsentwicklung zu erwirtschaften und ihren eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

- Betrachtungen zur Krisenbewältigung, der Gestaltung der Veränderungen im Sektor sowie Erläuterungen zur Handlungsstrategie der Landesregierung und zu der Gemeinsamen Agrarpolitik einschließlich einem Blick auf ihre Zukunft nach 2020 runden den Bericht in seiner bekannten Form von Text- und Tabellenteil ab.



1 Die Agrarwirtschaft Rheinland-Pfalz

Im Mittelpunkt des Landesagrarberichts 2017 steht die in Europa seit Herbst 2014 bestehende und anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe.¹ Diese Situation erfordert es, die „Urproduzenten“ besonders und bewusst in dem Bemühen um die Zukunftsfähigkeit der Agrarwirtschaft zu betrachten. Eine grundsätzliche Wende und durchgreifende Erholung der Agrarmärkte ist derzeit noch nicht in Sicht, wengleich sich die Stimmung in der Landwirtschaft aufhellt.² Nach derzeitigem Kenntnisstand dürfte das Wirtschaftsjahr 2016/17 im wirtschaftlichen Ergebnis ähnlich enden, wie das zurückliegende Wirtschaftsjahr 2015/16. Deutlich schlechter als der Durchschnitt schnitten Betriebe mit Tierhaltung ab, die ohnehin die meisten Auflagen zu erfüllen haben und zudem die Kritik der Öffentlichkeit am meisten und „ungefragt“ zu spüren bekommen. Insofern befinden sich alle Tierhalter in einer äußerst schwierigen Zeit. Die Veränderungen und Anpassungen, die sie an neue rechtliche Vorgaben wie die Düngeverordnung, die TA Luft oder das Kastenstandsurteil in der Sauenhaltung zu bewältigen haben, können nur schrittweise und im Rahmen angemessener Übergangszeiträume bewältigt werden.

Im Futterbau bilden die Milchviehhalter und im Veredlungssektor die Schweinehalter mit unbefriedigenden Unternehmensergebnissen unter 40.000 EUR die Schlusslichter unter allen Betriebsformen. Die defizitäre Situation wird erst deutlich, wenn man zum Vergleich die für eine zukunftsorientierte Entwicklung erforderliche Höhe des Unternehmensgewinns von jährlich mindestens 70.000 EUR gegenüberstellt. Diese Zielgröße wurde um beinahe 50 v. H. verfehlt. Aber auch die Landschaftserhaltung und die sozioökonomische Situation in den ländlichen Räumen wichtigen Tierhaltungsbranche – wie die Schaf- und Ziegenhaltung – bedürfen besonderer Beachtung.

Angesichts dieser Situation geht der vorliegende Bericht auch auf aktuelle Rahmenbedingungen sowie Lösungswege und Strategien zur Bewältigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage ein. Er wirft darüber hinausgehend auch einen Blick auf die bereits auf breiter Front angelaufene Diskussion um die Zukunft der GAP nach 2020 – soweit dies angesichts des BREXITs überhaupt möglich ist.

An der bewährten Form – eines Textteils zur Beschreibung der thematischen Schwerpunkte einerseits und eines im Anhang aufgeführten Daten- und Grafikteils mit statistischen Einzelheiten andererseits – wird festgehalten.

1.1 Situation und Herausforderungen des Agrarsektors

Die Landwirtschaft in Deutschland geht durch schwere Zeiten. Diese Aussage trifft sowohl auf die EU-Landwirtschaft und in regionaler Differenzierung auf die Landwirtschaft in ihren unterschiedlichen Betriebsformen in den Bundesländern zu. Die Landwirtinnen und Landwirte geraten zunehmend unter Druck. Ihre Einkommen schwanken nicht nur

¹ Die Landwirtschaft gehört zu den Säulen des unternehmerischen Mittelstandes in Rheinland-Pfalz.

Zum Mittelstand wird – ohne auf die Landwirtschaft näher einzugehen – ein eigener Mittelstandsbericht vorgelegt.

² Vgl. AGRA-EUROPE 18/17, DLG-Trendmonitor: Europäische Bauern haben Stimmungstief überwunden, Länderberichte, S. 6f, 2. Mai 2017

angesichts zunehmend volatiler Agrarmärkte und Erzeugerpreise, vielmehr sind die Einkommen grundsätzlich aufgrund der witterungsabhängigen und biologischen Produktionsverfahren immer wieder stark gefährdet. Das haben der Obst- und der Weinbau im April 2017 durch die Spätfröste erneut erfahren müssen. Gesellschaftliche Ansprüche, hohe Anforderungen des Tier-, Natur- und Umweltschutzes, der Klimawandel und die zunehmend spürbar werdenden Witterungsextreme von Starkregenereignissen, Hitze und Dürrephasen bis hin zu Spätfrösten, handelspolitische Hemmnisse und Ressourcenverknappung stellen große Herausforderungen dar. Diese werden u. a. durch bürokratische Hürden, schwache Verhandlungspositionen der Landwirte in der Lebensmittelkette, intransparente Märkte und Bedarfe nach anhaltender Modernisierung der Betriebe mit hohen Investitionskosten noch verstärkt. Mit anderen Worten: Moderne Landwirtschaft bedarf gut ausgebildeter Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter mit der Fähigkeit ausgeprägter Resilienz, um diesen Anforderungen erfolgreich zu begegnen. Dazu muss auch die Agrarpolitik mit Planungssicherheit, Verlässlichkeit und möglichst weitgehender Stabilität in den Rahmenbedingungen ihren Beitrag leisten und die Betriebe bei ihrer Weiterentwicklung und Ausrichtung auf wachsende Marktsegmente wie beispielsweise die ökologische und regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung unterstützen, um insgesamt eine nachhaltige und leistungsfähige Landwirtschaft mit vielfältigen Strukturen und Betrieben als Kern der heimischen Ernährungswirtschaft zu erhalten.

1.1.1 Einkommenslage in Deutschland und Rheinland-Pfalz

Die Einkommenslage der landwirtschaftlichen Betriebe in **Deutschland**³ hat sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2015/16 für viele Betriebe zwar weiter verschlechtert, im Durchschnitt aller Rechts- und Bewirtschaftungsformen allerdings weniger stark als allgemein erwartet. In den drei Bundesländern Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland konnten sogar geringe Zuwächse erreicht werden. Für die Erfolgsmessung von Betrieben mit ungleichen Anteilen nicht entlohnter Arbeitskräfte - dies ist insbesondere bei Betrieben mit unterschiedlichen Rechtsformen der Fall - dient der als „**Einkommen**“ bezeichnete Erfolgsmaßstab „Gewinn zuzüglich Personalaufwand je Arbeitskraft“.

Gemessen an dieser Kennzahl ist das Einkommen im Durchschnitt aller Rechts- und Bewirtschaftungsformen im Wirtschaftsjahr 2015/16 im Vergleich zu 2014/15 um 7 % auf rd. 26.100 € je Arbeitskraft (AK) gesunken.

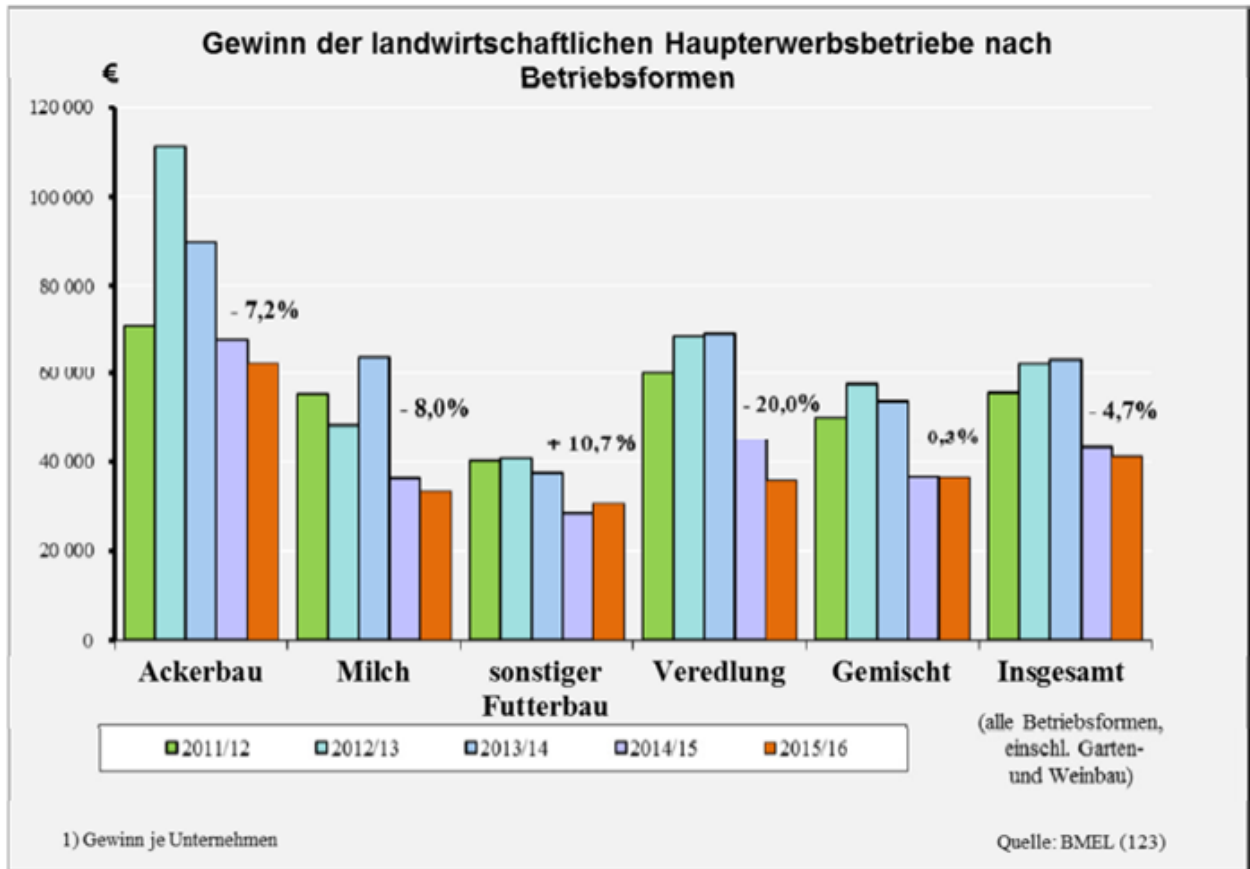
Haupterwerbsbetriebe in der Rechtsform Einzelunternehmen und Personengesellschaften sind im landwirtschaftlichen Sektor die wirtschaftlich bedeutendste Gruppe. Diese Betriebsgruppe bewirtschaftet im Durchschnitt mit 2,1 Arbeitskräften (darunter 1,4 nicht entlohnte Familienarbeitskräfte) knapp 76 ha landwirtschaftliche Fläche (LF). Das **Einkommen** dieser Betriebe fiel gegenüber dem Vorjahr um rd. 2 Prozent auf nunmehr rd. 26.875 € je AK. Die Gewinne je Unternehmen gingen um 4,7 Prozent auf 41.251 € zurück.

³ Vgl. hierzu Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Ernährung (BMEL), Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, Buchführungsergebnisse der Testbetriebe des Wirtschaftsjahres 2015/16, Berlin/Bonn, 2017, S.7ff. Von den 9143 vom Testbetriebsnetz erfassten Betrieben für die Auswertung des Wirtschaftsjahres 2015/16 entfallen 841 Betriebe auf Rheinland-Pfalz.

Einkommensschwankungen sind in der Landwirtschaft aus verschiedenen Gründen nicht ungewöhnlich. Bezeichnend für den deutlichen Rückgang der Unternehmensgewinne im Vorjahr war das Zusammentreffen mehrerer negativer Faktoren. Sowohl bei pflanzlichen als auch tierischen Produkten war die Preisentwicklung negativ. Auch für das aktuell ausgewertete Wirtschaftsjahr 2015/16 ist eine Konsolidierung der Ertragslage noch nicht eingetreten. Rückläufige Preise bei wichtigen Agrarprodukten und geringere Erntemengen bei vielen pflanzlichen Erzeugnissen (Erntejahr 2015) waren die Ursache für die anhaltende unbefriedigende Ertragslage. Erhebliche Kosteneinsparungen der landwirtschaftlichen Betriebe haben einen noch stärkeren Rückgang der Einkommen verhindert. Stabilisierend wirkten auch die staatlichen unternehmensbezogenen Direktzahlungen und Zuschüsse. Im Durchschnitt erhielt jeder Haupterwerbsbetrieb rd. 30.500 €. Die Direktzahlungen und Zuschüsse machen etwa 74 % des Gewinns aus und haben somit erheblichen Anteil an der Absicherung der Existenzen in schwierigen Jahren.

Die negative Entwicklung der Ertragslage des Wirtschaftsjahres 2015/16 ist vor allem auf die gefallen Preise für Milch (- 8 % Gewinn je Unternehmen) und Schweine (- 20 % Gewinn je Unternehmen) zurückzuführen. Hinzu kamen außerdem niedrigere Erlöse für Getreide und Zuckerrüben (- 7,2 % Unternehmensgewinn). Die positiven Einflüsse kamen fast nur von der Kostenseite: geringere Aufwendungen für Treib- und Schmierstoffe, Tierzukaufe, Futtermittel, Dünger, Pflanzenschutz und Gebäudeunterhaltung. Auch der Wegfall der Abschreibung auf die Milchquote machte sich positiv bemerkbar.

Schaubild 1:



Gewinnentwicklung der Haupterwerbsbetriebe in Deutschland

Die durchschnittlichen Einkommen in der Landwirtschaft zeigen deutliche Schwankungen im Verlauf der Jahre und unterscheiden sich zum Teil erheblich zwischen den verschiedenen Betriebsformen und Regionen. Die wesentlichen Ursachen hierfür sind die durch Preis- und Mengenschwankungen (Ernten; Witterungs- und Markteinflüsse) ausgelösten unterschiedlichen Erlösentwicklungen in einzelnen Produktionszweigen. Dies führt in den verschiedenen Betriebsformen zu abweichenden Einkommensentwicklungen, nicht nur im aktuellen Wirtschaftsjahr 2015/16.

Das Wirtschaftsjahr 2015/16 beinhaltet das Erntejahr 2015. Dies fiel mengenmäßig etwas schlechter aus als das Vorjahr, das durch Spitzenerträge bei allen wichtigen Fruchtarten gekennzeichnet war. Hinzu kam, dass es mit Ausnahme bei Raps, Kartoffeln und Zuckerrüben gleichzeitig auch zu einem Rückgang der Preise kam. Nur bei den Kartoffeln konnten die höheren Preise den Mengenrückgang mehr als ausgleichen. Insgesamt gingen die Umsatzerlöse zurück und führten im Wirtschaftsjahr 2015/16 in den Ackerbaubetrieben zu einem Rückgang der Einkommen je AK bzw. des Gewinns je Unternehmen um 4 % bzw. 7 %.

Im Produktionsgartenbau (Gemüse, Zierpflanzen und Baumschulen) hat sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2015/16 die Ertragslage merklich verbessert. Im Durchschnitt aller Betriebe der gesamten Sparte stieg der Gewinn je Unternehmen um 21,6 Prozent auf 61 579 €, das Einkommen je AK nahm um etwa 13,3 Prozent zu. In den jeweiligen Sparten verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die Ertragslage der Betriebe mit überwiegend Gemüsebau hat sich im Vergleich zu den anderen Sparten überdurchschnittlich verbessert. Maßgeblich hierfür waren die preisbedingt deutlich gesteigerten Umsatzerlöse.

Im Durchschnitt der **Zierpflanzenbetriebe** sind die Gewinne je Unternehmen infolge höherer Erlöse ebenfalls gestiegen, allerdings geringer als im Gemüsebau. Dies geschah insbesondere deshalb, weil gleichzeitig höhere Kosten für Personal und Materialaufwand zu verbuchen waren. Auch die im Rahmen der Testbetriebsbuchführung ausgewerteten **Baumschulbetriebe** konnten ihre Ertragslage verbessern.

Nachdem die **Weinbaubetriebe** im Vorjahr noch zu den wenigen Betriebsgruppen mit verbesserten Betriebsergebnissen gehörten, mussten sie im Wirtschaftsjahr 2015/16 einen Rückgang der Gewinne je Unternehmen im Durchschnitt von 6 Prozent verbuchen. Das Einkommen je AK ging um 2,5 Prozent zurück. In den jeweiligen Vermarktungsformen verlief die Entwicklung vergleichsweise einheitlich. Infolge der im Vergleich zum Vorjahr kleineren Weinmosternte 2015 hat sich die Ertragslage der Winzergenossenschaftsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2015/16 wieder verschlechtert (Gewinn – 6 %). Ähnlich negativ verlief das vergangene Wirtschaftsjahr auch für die Flaschenweinbetriebe. Deutlich verschlechtert hat sich allerdings das Betriebsergebnis der Betriebe mit Fassweinvermarktung. Im Wirtschaftsjahr 2015/16 hat diese Betriebsgruppe einen Gewinnrückgang von mehr als 22 Prozent verbucht.

Für die **Obstbaubetriebe** zeigen die Betriebsergebnisse im Zeitablauf ein - für diese Betriebsform typisches - Auf und Ab. Starken Rückgängen folgten deutliche

Einkommenssprünge nach oben. Für das Wirtschaftsjahr 2015/16 konnte nach zwei Jahren mit sinkenden Einkommen wieder ein positives Ergebnis eingefahren werden. Die Unternehmensgewinne stiegen im Durchschnitt der Obstbaubetriebe um 28 Prozent auf 42083 €. Der Gewinn plus Personalaufwand je AK wuchs um 15,6 Prozent.

Nach dem sehr ungünstigen Vorjahr mussten die spezialisierten **Milchbetriebe** im Wirtschaftsjahr 2015/16 erneut einen Einkommensrückgang verkraften. Die Buchführungsergebnisse weisen ein deutliches Minus von 8 Prozent beim Unternehmensgewinn und 6,1 Prozent beim Gewinn plus Personalaufwand je AK aus. Wesentliche Ursache hierfür war der bis Juli 2016 anhaltende Verfall der Auszahlungspreise für Milch. Im Gegensatz dazu sind die Preise für Ökomilch stabil geblieben, sodass sich die ökologisch wirtschaftenden Milchbetriebe der Abwärtsbewegung der Ertragslage entziehen können und die Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung eine zunehmende Alternative für die Betriebe darstellt.

Bei den **sonstigen Futterbaubetrieben**, die zwar als Schwerpunkt Rindermast und Rinderaufzucht betreiben, zum Teil auch Milch erzeugen, allerdings in kleineren Beständen als die spezialisierten Milchbetriebe, hat sich die Einkommenslage - nach dem Rückgang im Vorjahr - nun wieder verbessert. Auch in dieser Betriebsgruppe führten rückläufige Auszahlungspreise für Milch und mengenbedingt kleinere Einnahmen aus Verkäufen von Schlachtrindern zu geringeren Umsatzerlösen. Dank deutlicher Einsparungen beim Betriebsaufwand konnte trotzdem der Unternehmensgewinn im Durchschnitt um fast 11 Prozent und der Gewinn plus Personalaufwand je AK um 10 Prozent verbessert werden.

Dagegen mussten die **Veredlungsbetriebe** (Schweine- und Geflügelhaltung) im Wirtschaftsjahr 2015/16 erneut einen starken Einbruch bei Gewinn (- 20 %) und Einkommen je AK (- 14,8 %) hinnehmen. Die weiter gefallen Preise für Mastschweine und Ferkel waren hierfür ausschlaggebend.

In der relativ großen Gruppe (etwa 16 % der Betriebe insgesamt) der **nicht spezialisierten Gemischtbetriebe**, hat sich die Ertragslage 2015/16 kaum verändert. Dies war die Folge der unterschiedlichen Erlösentwicklungen in einzelnen Produktionszweigen und der Einsparungen auf der Kostenseite.

Auch im Wirtschaftsjahr 2015/16 entwickelte sich die Einkommenslage der **ökologisch wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe** (ohne Gartenbau und Dauerkulturbetriebe) besser als in den konventionellen Betrieben. Zertifizierte Unternehmen des ökologischen Landbaus konnten im Durchschnitt die Unternehmensgewinne und das Einkommen je AK um fast 18 Prozent steigern. Der Unternehmensgewinn lag im Durchschnitt der Betriebe bei 66 163 €, der Gewinn plus Personalaufwand je AK bei 40 955 €. Bereits im Vorjahr haben sich die Verhältnisse umgekehrt und mit den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 2015/16 wurde der Abstand deutlich vergrößert. Die deutliche Abwärtsbewegung der Preise bei einer Vielzahl landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat die Verkaufspreise in den ökologisch wirtschaftenden Betrieben nicht tangiert. Die Umsatzerlöse stiegen teilweise sogar an. Durch den gleichzeitigen Rückgang der Vorleistungen verbesserte sich die Ertragslage merklich.

Einen näheren Überblick über den Einfluss der im Vergleich der Wirtschaftsjahre 2014/15 zu 2015/16 veränderten wichtigsten Ertrags- und Aufwandsfaktoren spiegelt die nachfolgende Übersicht über die Ursachen der Gewinnveränderung wider. Die Erlösrückgänge überwogen die Aufwandsreduktion, so daß es per Saldo über alle Haupterwerbsbetriebe hinweg zu einer weiteren Einkommensminderung kam.

Übersicht 1:

Ursachen der Gewinnveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe

Ertrags-/Aufwandsposition	Anteil an den betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen	Veränderung 2015/16 gegen 2014/15		Auswirkung auf den Gewinn	
	%	€	%	%	
Positiv vor allem:					
Reduzierter Aufwand Treib- u. Schmierstoffe	3,8	- 1 745	- 15,4	+ 4,2	
Reduzierter Aufwand Tierzukaufe / Futtermittel	24,8	+ 1 523	- 5,7	+ 3,7	
Reduzierte Abschreibungen und Unterhaltungen auf Gebäude und Maschinen	17,1	- 1 242	- 6,0	+ 3,0	
Reduzierter Aufwand Düngemittel/ Pflanzenschutz	7,8	- 939	- 8,5	+ 2,3	
Negativ vor allem:					
Rückgang Erlöse Milch	18,0	- 6 970	- 11,5	- 16,9	
Rückgang Erlöse Schweine	16,6	- 2 095	- 4,1	- 5,1	
Rückgang Erlöse Getreide; Mais, Öl- und Hülsenfrüchte	11,6	- 1 563	- 12,3	- 2,0	
Rückgang Erlöse Zuckerrüben	1,3	- 1 005	- 20,0	- 2,4	
Rückgang EU-Direktzahlungen	7,4	- 808	- 3,5	- 2,0	
Insgesamt					
Betriebliche Erträge	100,0	- 10 336	- 3,4	- 25,1	
Betriebliche Aufwendungen	100,0	- 8 314	- 3,2	+ 20,2	

Quelle: BMEL (123)

Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Deutschland im Wirtschaftsjahr 2015/16

Die Eigenkapitalbildung als Kennzeichen der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit gewinnt angesichts des Bedarfs an Innovationen – insbesondere der Digitalisierung und weiteren Technisierung bzw. Automatisierung der Agrarwirtschaft - zunehmende Bedeutung.

Die Eigenkapitalveränderung des Unternehmens wird anhand der Bilanz berechnet. Der Wert ermöglicht eine Aussage darüber, inwieweit das im Unternehmen in dem jeweiligen Jahr erwirtschaftete und dort verbleibende Eigenkapital bereits eine ausreichende Grundlage

zur Finanzierung von Nettoinvestitionen darstellt. Die Eigenkapitalbildung war im Wirtschaftsjahr 2015/16 im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe mit 285 € je Unternehmen zwar etwas größer als im Vorjahr (142 €), allerdings um ein vielfaches kleiner als in den Wirtschaftsjahren vor 2014/15. Wie im Vorjahr hatten auch im Wirtschaftsjahr 2015/16 die Weinbaubetriebe, gefolgt von den Ackerbaubetrieben, die höchste Eigenkapitalbildung. Nach Betriebsgröße geschichtet wird deutlich, dass im Wirtschaftsjahr 2015/16 – wie im Vorjahr, aber im Gegensatz zu den Jahren vor 2014/15 - kleinere Betriebe im Durchschnitt mehr Eigenkapital als größere Betriebe bilden konnten.

Die Eigenkapitalbildung der Haupterwerbsbetriebe wies auch im Wirtschaftsjahr 2015/16 eine breite Streuung auf. Rund 54 Prozent (Vorjahr 56 Prozent) der Betriebe hatten eine negative Eigenkapitalveränderung, darunter 24 Prozent (26 Prozent) eine Verringerung des Eigenkapitals von mehr als 400 € je ha. Dagegen erreichten fast 21 Prozent (20 Prozent) der Betriebe eine Erhöhung ihres Eigenkapitals von mehr als 400 € je ha. Die Betriebe mit negativer Eigenkapitalveränderung sind gekennzeichnet durch hohe und zunehmende Verbindlichkeiten sowie zumeist negative Nettoinvestitionen und negative Rentabilitätsmerkmale.⁴

Gewinnentwicklung der Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz war mit 841 Betrieben an der Auswertung des BMEL-Testbetriebsnetzes (von insgesamt 9143 Betrieben) beteiligt. Die Betriebe hatten insgesamt geringe Steigerung des Unternehmensergebnisses um 3.600 Euro (+7 %) von 51.571 auf 55.175 Euro zu verzeichnen.

In den einzelnen Betriebsformen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Für die **Weinbaubetriebe** endete das Wirtschaftsjahr 2015/16 mit einem deutlichen Minus: ihr Unternehmensgewinn verringerte sich von 70.578 auf 63.506 Euro.

Die Gewinne der **Ackerbaubetriebe** stiegen von 35.937 Euro auf 55.546 Euro.

Die Unternehmensergebnisse der **Futterbaubetriebe** bewegten sich im Wirtschaftsjahr 2015/16 zwischen 34.080 und 35.219 Euro.

Die Unternehmensergebnisse in den Regionen mit einer ausgeprägten **Veredlung steigerten sich von 36.267 auf 43.957 Euro.**

Betriebe mit der Spezialisierung **Pflanzenbau** beendeten das Wirtschaftsjahr 2015/16 mit satten Unternehmensergebnissen von 81.183 Euro.

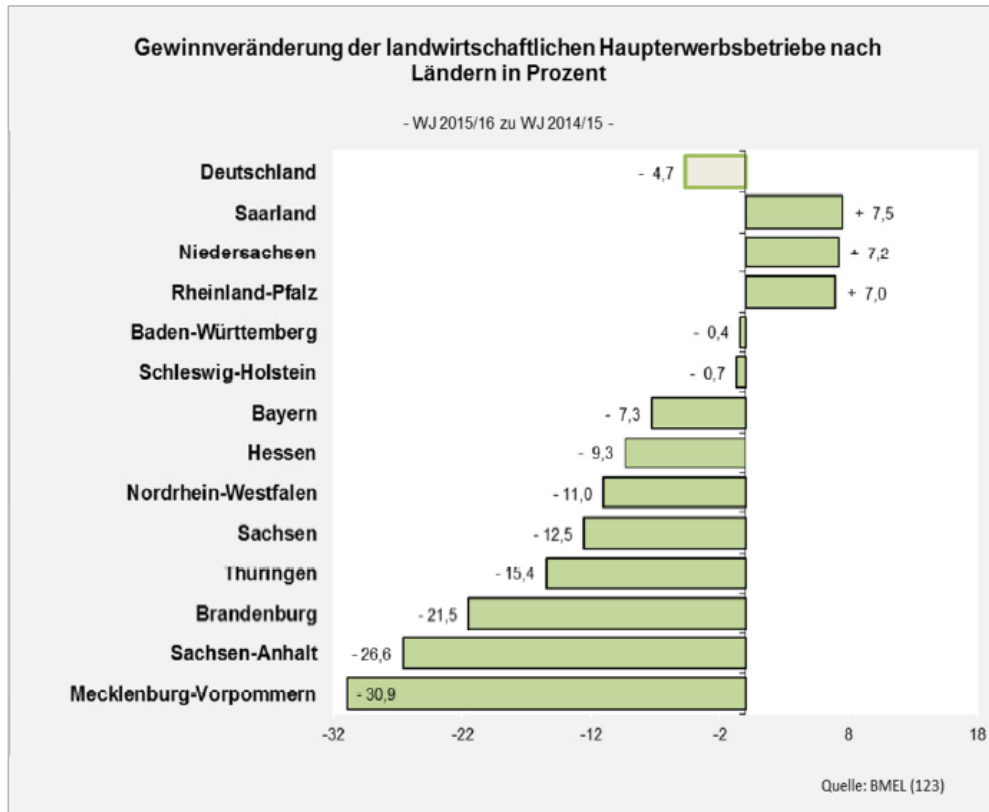
Bei den **Gemischt-Betrieben** stieg der Gewinn von 38.815 auf 50.491 Euro.

Deutlich schlechter schnitten **Betriebe mit Tierhaltung** ab. Alle Tierhalter befinden sich in einer anhaltend schwierigen Einkommenslage. Im Vergleich zwischen Sauenhalter und Ferkelerzeuger mussten diese wesentlich höhere Einbußen verkraften als die Schweinemastbetriebe. Die **Schweinehalter** erwirtschafteten Unternehmensergebnisse von 43.957 Euro. Die Unternehmensgewinne in den auf **Milchvieh** spezialisierten Futterbaubetrieben bildeten das Schlusslicht mit einem Gewinn von 33.803 Euro.

⁴ Vgl. BMEL (2017), aaO, S. 36 ff

Die Ausnahme bei den Gewinnentwicklungen des Wirtschaftsjahres 2015/16 bilden die **Ökobetriebe** – weitere Ausführungen dazu finden sich im Kapitel 1.1.10.

Schaubild 2:



Quelle: BMEL (2017), Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, aaO.

1.1.2 Weinbau

Deutschland ist Standort der nördlichsten zusammenhängenden Weinanbaugebiete der Welt. Von den 100.000 ha Rebfläche (RF) liegen rund zwei Drittel in Rheinland-Pfalz – verteilt auf die sechs unterschiedlich großen Anbaugebiete Ahr, Mosel, Mittelrhein, Nahe, Rheinhessen und die Pfalz.

Die Ernte 2016 in Deutschland liegt mit rund 9,0 Mio. Hektoliter (hl) auf dem Niveau des 10-jährigen Mittels, gegenüber 2015 liegt eine leichte Steigerung von 2 Prozent vor. In Rheinland-Pfalz wurden 5,8 Mio. hl geerntet, dies bedeutet eine kleine Minderung von 3 Prozent zum langjährigen Mittel, die Ernte besteht zu 68 Prozent aus Weißwein und zu 32 Prozent aus Rotwein (Roséwein).

Der kühle und regenreiche Frühsommer brachte erhebliche Probleme im Pflanzenschutz und bereitete den Winzern große Sorgen. Es folgten ein heißer und sehr trockener Juli und August, mit der Folge, dass ähnlich wie im Jahre 2015 kaum Probleme durch einen Befall mit der Kirschessigfliege auftraten. Ein trockener und warmer Herbst führte zu einer entspannten Traubenlese mit einer herausragenden Qualität. Die Ernteergebnisse waren jedoch von Region zur Region bzw. von Winzer zu Winzer sehr unterschiedlich. In Rheinland-Pfalz stach

in der Weinlese 2016 das Weinanbaugebiet Mittelrhein hervor. Dort wurde 17 Prozent mehr Ertrag geerntet als im Fünf-Jahres-Mittel. Die Pfalz hingegen lag etwa im Durchschnitt; in Rheinhessen wird mit vier Prozent weniger gerechnet, an der Ahr mit drei Prozent weniger. Schlechter sieht es an der Mosel und der Nahe aus: Dort lag die Ernte bei sieben beziehungsweise neun Prozent weniger.

Mit der Qualität ist die Winzerschaft sehr zufrieden. Die Trauben waren gut ausgereift und sehr gesund - das verspricht fruchtbetonte Weißweine und farbkräftige Rotweine.

Die Inlandsnachfrage nach Stillweinen lag im Weinwirtschaftsjahr 2015/2016 mit rund 17 Mio. hl zwar geringfügig höher (0,3 Mio. hl) als im Vorjahr, der langfristige Trend ist dagegen sinkend. Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK, Nürnberg) weist in der Jahrespräsentation der Weinmarktdaten für 2016 einen Rückgang des Gesamtmarktes in Deutschland in Höhe von -1,4 % gegenüber 2015 aus, wobei der Rückgang deutscher Weine mit -1,9 % noch etwas stärker ist. Ein Grund für die rückläufigen Einkaufsmengen ist laut Untersuchungen der GfK die demographische Entwicklung in Deutschland. So gibt es immer weniger Verbraucher von Wein, da die Zahl der Käuferhaushalte (Haushalt, der mindestens einmal im Jahr Wein einkauft) zurückgeht. Dieser Rückgang hängt auch mit dem Schrumpfen der Bevölkerung zusammen. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes wird diese Entwicklung weitergehen und sich die Einwohnerzahl Deutschlands von heute ca. 82 Mio. auf etwa 78 Mio. im Jahr 2040 reduzieren.

Zusammenfassend werden ein rückläufiger Konsum alkoholischer Getränke und deutliche Anzeichen einer Marktsättigung sowie der preisgeführte harte internationale Wettbewerb auf längere Sicht die Herausforderungen im Weinmarkt dominieren.

Die Ausfuhren von deutschem Wein sind weiterhin rückläufig. In den vergangenen 10 Jahren hat sich der Export deutscher Weine von 2 Mio. hl auf ca. 1 Mio. hl nahezu halbiert. Im 12-Monatszeitraum vom Sep. 2015 bis Aug. 2016 ist die exportierte Weinmenge um 8,1 % zurückgegangen.

Der wichtigste Exportmarkt für deutschen Wein, die USA, verliert genauso, wie die Niederlande. Als dramatisch darf die Entwicklung in Großbritannien bezeichnet werden. Im einstigen Exportland Nr. 1, vor allem für Liebfrauenmilch und liebliche Weißweine, fallen die Ausfuhrzahlen innerhalb des genannten Berichtszeitraums um weitere 25%.

Die Entwicklungen im Export und ein Rückgang der in Deutschland abgesetzten heimischen Weinmenge wirken sich nachteilig auf die Erzeugerpreise aus. Die Entstehungskosten liegen je nach Betriebsgröße aber wesentlich höher (über 90 Euro/Hektoliter) als die gegenwärtigen Marktpreise, insbesondere in der Bewirtschaftung von Steillagen. Diese Entwicklung kann in zahlreichen Weinbaubetrieben zu einer bedrohlichen Situation führen.

Da die Preise für Fassweine weiter auf einem niedrigen Niveau tendieren und im Flaschenweinabsatz an Endverbraucher höhere Preise ebenfalls wenig realisierbar erscheinen, ist von einer Verschlechterung der Betriebsergebnisse und damit der Einkommenssituation im Jahr 2017 auszugehen.

Der Wein- und Sektmarkt in Deutschland ist mit ca. 20 Mio. Hektoliter (hl) für viele weinerzeugende Länder ein interessanter Markt. So werden durchschnittlich 13,3 Mio. hl

Stillwein importiert, damit ist Deutschland weltweit der größte Weinimporteur. Ein Teil dieser Importe wird wieder ins Ausland reexportiert. Es verbleiben ca. 11 Mio. hl auf dem deutschen Markt.

Die Internationale Organisation für Rebe und Wein (OIV) schätzt für 2016 eine Weltweinproduktion von 259 Mio. hl. Das wären ca. 15 Mio. hl bzw. 5 Prozent weniger als im Vorjahr und damit die geringste Ernte seit 20 Jahren. Es sind vor allem klimatische Faktoren, die in Südamerika zu starken Einbußen geführt haben, während die Erträge in Europa eher durchschnittlich waren. Bei einem erwarteten Gesamtverbrauch von ca. 270 Mio. hl, davon ca. 240 Mio. hl Trinkweinverbrauch und 30 Mio. hl industrielle Verwertung von Wein für Brandy, Essig etc. liegt die Weinerzeugung dieses Jahr zumindest rechnerisch unterhalb des zu erwartenden Verbrauchs. Diese unter dem Gesamtverbrauch liegende Weltweinerzeugung wird den Weinmarkt entspannen und die Preise stabilisieren. Versorgungsengpässe sind jedoch durch die gute Lagerhaltung nicht zu erwarten.

1.1.3 Obstbau

Der Obstanbau ist durch stark schwankende Erntemengen gekennzeichnet. Die rheinland-pfälzischen Obstbaubetriebe konnten in 2016 nur eine unterdurchschnittliche Apfelernte einbringen. Bei der wichtigsten Obstart im Land wird ein Hektarertrag von rund 20,9 Tonnen geschätzt. Dieser Wert liegt unter dem durchschnittlichen Ertrag der Jahre 2010 bis 2015. Legt man die Anbaufläche (1.355 Hektar) aus dem Jahr 2012 zu Grunde, errechnet sich eine Erntemenge von etwa 28.000 Tonnen. Diese liegt ebenfalls um ein Viertel unter der Menge des Jahres 2015. Damit stehen rechnerisch jedem Einwohner gut sechs Kilogramm Äpfel aus heimischer Erzeugung zur Verfügung. Zum Vergleich: Der Pro-Kopf-Verbrauch an Äpfeln lag 2014/2015 bei 21 Kilogramm. Wesentliche Gründe für die kleinere Ernte sind die vielen Niederschläge sowie die unterdurchschnittliche Sonnenscheindauer im Frühjahr und Frühsommer.

Nach den Feststellungen der Berichterstatterinnen und Berichterstatter brachten Sauerkirschen (617 Hektar) mit 7,9 Tonnen je Hektar einen unterdurchschnittlichen Ertrag. Im Mittel der Jahre 2010 bis 2015 wurden 8,4 Tonnen von einem Hektar geerntet. Gegenüber dem vorigen Jahr ist ein geschätzter Ertragsrückgang von 21 Prozent zu verzeichnen. Die Erntemenge belief sich demnach auf 4.900 Tonnen.

Süßkirschen (496 Hektar) lagen mit einem geschätzten Hektarertrag von 6,1 Tonnen leicht über dem langjährigen Schnitt von 6,0 Tonnen. Gegenüber dem Vorjahr wurden allerdings zwölf Prozent weniger geerntet. Die geschätzte Erntemenge belief sich auf 3.000 Tonnen.

Die Birnen anbauenden Betriebe (189 Hektar) ernteten mit knapp 17 Tonnen je Hektar rund 25 Prozent weniger als im mehrjährigen Durchschnitt. Im Vergleich zum Vorjahr fehlten sogar 27 Prozent. Die Erntemenge betrug rund 3.100 Tonnen.

Auch im Obstbau schreitet der Strukturwandel spürbar voran. Die Zahl der Betriebe im Obstbau ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken, dafür haben sich die einzelnen Betriebe stärker spezialisiert und sind größer geworden. Bedeutendste und zentrale Vermarktungseinrichtung im bedeutendsten rheinland-pfälzischen Obstanbaugebiet

Rheinessen ist die VOG Ingelheim (Vereinigte Großmärkte für Obst und Gemüse Rheinessen eG). Ca. 1.200 Mitglieder, die auch gleichzeitig Eigentümer der Genossenschaft sind, liefern ihr Obst zur Vermarktung am Zentralmarkt Ingelheim oder einer der Sammelstellen in Mainz-Finthen an.

Für den Streuobstanbau, der auch in Rheinland-Pfalz wie insbesondere im gesamten süddeutschen Raum für die Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft eine hervorgehobene Rolle spielt, endet mit Ablauf des Jahres 2017 im Übrigen das Branntweinmonopol nach 100-jährigem Bestehen. Am 1. Januar 2018 startet dann das neue Alkoholsteuergesetz. Ab diesem Zeitpunkt müssen die Brenner dann den eigens erzeugten Alkohol selbst vermarkten. Das Betriebsjahr entspricht dann dem Kalenderjahr und nicht mehr dem bisherigen Zeitraum vom 1.10. bis zum 30.9. des Folgejahres. Zu den wesentlichen Änderungen wird auf einen Fachbeitrag im Landwirtschaftlichen Wochenblatt (2017) hingewiesen.⁵

1.1.4 Ackerbau

Getreidemarkt

Die weltweite Getreideproduktion für das Erntejahr 2016/17 wird auf über 2,5 Mrd. Tonnen geschätzt und erreicht damit einen neuen Rekord nach den hervorragenden Ernten 2014/15 und 2015/16. Dies führte zu einem Anstieg der Weltgetreidevorräte auf 251 Mio. T Grobgetreide. Die USA dominieren auch zur Ernte 2016 den weltweiten Getreidehandel. Trotz eines stärkeren Verbrauchs lag die Nachfrage unter dem Angebot. Zwar wurden heftige Kursschwankungen verzeichnet, tendenziell trat eher eine Seitwärtsbewegung auf niedrigem Niveau ein.

In der **EU** wurde aufgrund ungünstiger Witterungsverhältnisse im Jahr 2016 auf rund 57 Mio. ha (Vorjahr 57,3 Mio. ha) etwa 300 Mio. t Getreide geerntet. Das Ergebnis lag um etwa 5 % unter dem Vorjahresergebnis (314,4 Mio. Tonnen). Insbesondere in Frankreich schrumpfte die Weichweizenernte u.a. aufgrund einer Trockenperiode im August um etwa 31%. Die EU-Exporte reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr. Bis Mitte Februar 2017 wurden rund 16 Mio. t Weichweizen in Drittländer abgesetzt. Das war rund 10 % weniger als im Vorjahreszeitraum und 21 % weniger als 2014/15.

In **Deutschland** wurden 2016 auf 6,355 Mio. ha etwa 45,3 Mio. t Getreide geerntet. Für die Ackerbauern war das Jahr 2016 gekennzeichnet durch eine besonders unstete Witterung und damit verbundene pflanzenbauliche Herausforderungen. Die Ernte 2016 lag unter dem langjährigen Durchschnitt und verfehlte um 3,5 Mio. t das Vorjahresergebnis.

Weizen wies sehr heterogene Qualitätsergebnisse auf. Neben der niedrigeren Mahlgetreidemenge fiel in der Ernte 2016 auch weniger Futterweizen an. Dadurch wurde Futterweizen im Laufe des Jahres immer teurer und der Preisunterschied zum

⁵ Vgl. Landwirtschaftliches Wochenblatt für Hessen und Rheinland-Pfalz, Ära Branntweinmonopol endet, LW 17/2017, S. 32ff.

Brotweizenpreis immer geringer. Auch die Maisernte 2016 in Deutschland enttäuschte und blieb um 8 % unter dem schwachen Ergebnis aus dem Jahr 2015. Demgegenüber wurden bei Hafer und Hartweizen überdurchschnittliche Ernten erzielt. Die deutschen Weizenexporte überstiegen zeitweise das Volumen des Vorjahres. Aufgrund der schwachen Ernte in Frankreich konnte Deutschland innerhalb der EU den 1. Platz beim Export von Weichweizen einnehmen. Aber erst zum Jahresende wirkte sich der hohe Export auch aus und führte zu einem leichten Preisanstieg.

Schaubild 3:



Die **Öko-Getreideernte** 2016 blieb in Deutschland etwa 6 % hinter der Menge von 2015 zurück. Trotz der langen Regenfälle im Frühjahr wurden gute Qualitäten beim Bio-Weizen erzeugt. Die Ernte 2016 zwar insgesamt kleiner als im Vorjahr, aber deutlich besser als erwartet. Verbandsware und deutsche EU-Ökowane wird gegenüber Import-Öko-Getreide stärker preislich honoriert.

In **Rheinland-Pfalz** wurde 2016 Getreide auf 226.000 Hektar angebaut (Reduzierung um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Die Getreideernte belief sich nach den vorläufigen Ergebnissen auf knapp 1,4 Millionen Tonnen. Sie verfehlte damit das Vorjahresergebnis um elf Prozent und lag um fünf Prozent unter dem Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015. Der durchschnittliche Getreideertrag erreichte 2016 knapp 6,2 Tonnen je Hektar (Vorjahr 6,8 Tonnen je Hektar). Im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt waren das drei Prozent weniger. Der Rückgang der Hektarerträge ist auf die ungünstigen Witterungsbedingungen des Frühjahres zurückzuführen.

Der Anteilswert der rheinland-pfälzischen Getreideerzeugung an der deutschen Ernte betrug 3,4 Prozent. In Rheinland-Pfalz ist die wichtigste Fruchtart auf dem Ackerland nach wie vor der Winterweizen. Der Anteil des Ackerlandes, auf dem in Rheinland-Pfalz Winterweizen ausgebracht wurde, betrug 28 Prozent (116 400 Hektar) und lag um drei Prozent über dem des Vorjahres. Durchschnittlich wurden bei Winterweizen nur 6,6 (im Vorjahr 7,4) Tonnen je

Hektar geerntet. Das ist gegenüber dem Vorjahresertrag ein Minus von elf Prozent. Der Hektarertrag der Wintergerste übertraf 2016 mit 6,8 Tonnen den Ertrag von Winterweizen.

Der Anteil von rheinland-pfälzischer Sommergerste an der deutschen Sommergerstenfläche ist relativ bedeutend und umfasst knapp zehn Prozent. Sommergerste erreichte mit 5 Tonnen je Hektar nicht das Vorjahresergebnis (5,5 Tonnen je Hektar) und auch der sechsjährige Durchschnitt von 5,3 Tonnen wurde unterschritten (um 6,8 Prozent). Die geringeren Erträge und die reduzierte Anbaufläche führten gegenüber dem Vorjahr zu einer deutlich niedrigeren Erntemenge bei Sommergerste von 174 000 Tonnen (2015: 231 000 Tonnen).

Im Durchschnitt der vergangenen 5 Jahre gaben die Notierungen um 24 % nach. Schwache Preise durch eine gute Versorgungslage, eine verhaltene Nachfrage der Abnehmer und nur mäßige Exportchancen bekamen auch die rheinland-pfälzischen Landwirte zu spüren.

Ausblick Getreidemarkt

Das enttäuschende Vorjahresergebnis beim Getreide wird nach ersten Einschätzungen in Deutschland 2017 voraussichtlich nur geringfügig überschritten und der Fünf-Jahres-Durchschnitt von 47,8 Mio. t auch in 2017 nicht erreicht. Trotz der kleineren EU-Ernte in 2016 und der zu erwartenden mäßigen Mengen in 2017 ist für die Saison 2017 und weiterer Zunahmen beim weltweiten Verbrauch nicht mit größeren Preissteigerungen zu rechnen. Die Lager sind angesichts hoher Weltgetreidevorräte aufgrund der Rekordernten in USA und Russland weiter gut gefüllt. Aufgrund unterschiedlicher Verteilung der Vorräte und regionaler Verfügbarkeit sowie Witterungsschwankungen ist auch künftig mit einer stärkeren Volatilität der Preise zu rechnen. Für Qualitäts- und Eliteweizen sowie für Ökogetreide können aber 2017 sicher gute Absatzmöglichkeiten und Preiszuschläge erreicht werden.

Ölsaatenmarkt

Weltweit ist Soja die wichtigste Ölsaat. Nach Schätzungen des US-Agrarministeriums (USDA) wird für das Wirtschaftsjahr 2016/17 die globale Sojaproduktion bei rund 337 Mio. Tonnen liegen und das Rekordjahr 2014/15 um 5 % übertreffen. Trotz der Zunahme des Verbrauchs werden die Weltvorräte an Soja weiter ansteigen. Im Gegensatz dazu konnten die Rapsernten in den letzten drei Jahren mit der globalen Verbrauchsentwicklung nicht mithalten. Obwohl in Kanada außergewöhnlich hohe Erträge erzielt wurden, sank die weltweite Erntemenge. Die Vorräte schrumpften in 2016 um schätzungsweise 25% gegenüber dem Vorjahr.

Innerhalb der EU ist Raps die bedeutendste Ölsaat, gefolgt von Sonnenblumen. Die Rapsernte 2016 fiel aufgrund der ungünstigen Witterungsbedingungen zur Aussaat und eines regenreichen Frühsommers zum Teil katastrophal aus. 2016 wurden EU-weit nur 20 Mio. Tonnen Raps erzeugt. Trotz der Flächenausdehnung blieb dieser Ertrag um etwa 8 % hinter dem Vorjahr zurück und führte zu einer nicht ausgeglichenen Versorgungsbilanz, die durch Importe gedeckt werden muss.

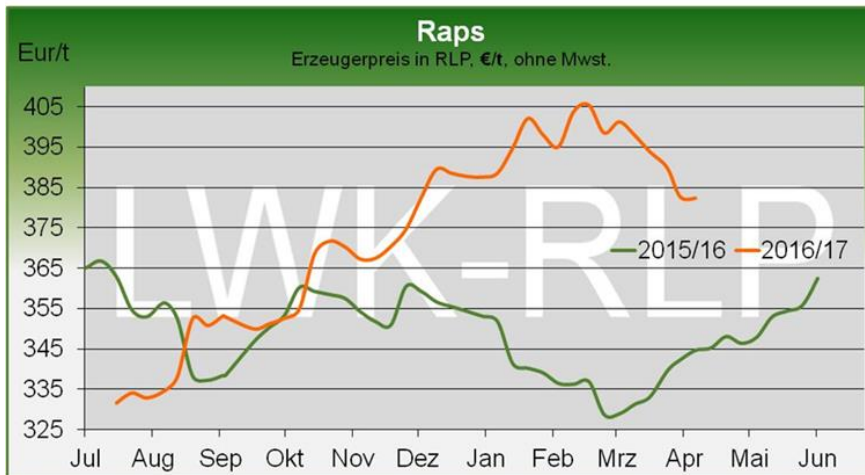
Schaubild 4:



Die Anbaufläche von Raps und Rüben wurde in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um rund 50.000 ha erhöht und umfasste rund 1,33 Mio. ha. Mit 4,62 Mio. Tonnen wurde ein um etwa 8 % geringeres Ergebnis im Vergleich zu 2015 erzielt. Das Ertragsniveau lag deutlich unter dem langjährigen Mittel, und zeigte den niedrigsten Stand seit 5 Jahren auf. Im Jahresverlauf kletterte die Rapsnotierung über 400 €/t. Die positive Tendenz der Kurse wurde durch feste Sojanotierungen aufgrund reger Nachfrage aus China unterstützt. Aufgrund der knappen Versorgungslage stiegen in Deutschland die Importe deutlich an und die Exporte von Raps gingen gegenüber dem Vorjahr zurück.

In Rheinland-Pfalz wurde Winterraps 2016 auf 46.000 ha angebaut und damit um 7 % ausgedehnt. Winterraps litt ebenfalls unter den ungewöhnlichen Witterungsbedingungen und erreichte nur einen durchschnittlichen Ertrag von 3,4 Tonnen je Hektar. Somit fehlten fast 14 Prozent Erntemenge gegenüber dem letzten Jahr. Im langjährigen Vergleich wurden je Hektar rund sechs Prozent weniger eingebracht. 2016 wurden 158 500 Tonnen Winterraps geerntet. Das sind fast acht Prozent weniger als im letzten Jahr. Gegenüber dem langjährigen Durchschnitt nahm die Erntemenge um drei Prozent ab. Auch in Rheinland-Pfalz entwickelten sich die Erzeugerpreise für Raps im Vergleich zum Vorjahr positiv.

Schaubild 5:



Quelle: Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Bad Kreuznach

Ausblick Ölsaaten

Weltweit ist nach der Februarprognose 2017 des USDA nur mit einer marginalen Erhöhung der Erzeugung von Raps in 2016/17 zu rechnen. Gleichzeitig wird der Verbrauch weiter steigen. Die Erzeugung wird den Bedarf nur geringfügig übertreffen. Die Endbestände reduzieren sich weiter und die Rapskurse könnten mit Tendenz nach oben auf das knappe Angebot reagieren.

Innerhalb der EU wird für 2017 mit einer nahezu unveränderten Rapsanbaufläche gerechnet. Ob tatsächlich eine größere Ernte als 2016 eintreten wird ist unsicher, da die Witterungsbedingungen zur Aussaat und die Trockenheit im Frühjahr eher ungünstig waren. Außerdem ist für eine positive Entwicklung der Preise auch ein verlässlicher Absatz im Biokraftstoffbereich erforderlich.

Eiweißpflanzen

In Deutschland wurden 2016 auf insgesamt 187.700 ha Hülsenfrüchte angebaut. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 17 %. Die bedeutendsten Kulturen sind Ackerbohnen, Futtererbsen und Süßlupinen, bei denen insgesamt eine Ernte von rund 500.000 t erzielt wurde.

Übersicht 2:

Anbau von Hülsenfrüchten zur Körnergewinnung in Deutschland (in 1.000 ha)

Entwicklung 2009-2016 im Vergleich zum Durchschnitt 2003/2008

Feldfrucht	Mittel 2003/2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 (v)
Ackerbohnen	14,9	12,0	16,3	17,3	15,8	16,5	20,5	37,6	40,5
Erbsen (ohne Frischerbsen)	95,9	48,3	57,2	55,8	44,8	37,9	41,7	79,1	86,5
Süßlupinen ¹⁾	33,0	19,4	24,0	21,5	17,9	17,4	21,4	29,8	28,9
Soja ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	15,2
Sonstige ³⁾	4,5	3,3	3,2	2,9	3,6	2,9	8,8	13,9	16,6
Insgesamt	148,3	83,0	100,7	97,5	82,1	74,7	92,4	160,4	187,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, BMEL (123)

1) Bis 2009: Lupinen. - 2) Wird ab 2016 statistisch erfasst. - 3) Ohne Sojabohnen - (v) vorläufig

Anmerkung: Einschließl. Saatguterzeugung.

Auch in Rheinland-Pfalz hat der Anbau von Hülsenfrüchten im Jahr 2016 weiter zugenommen. Allerdings war 2016 kein leichtes Anbaujahr.

Ausblick Eiweißpflanzen

Durch die Nachfrage nach GV-freien Nahrungsmitteln⁶ und damit verbundenem Bedarf nach GV-freien Futtermitteln könnten eine weitere Flächenausdehnung und positive Preistendenzen eintreten.

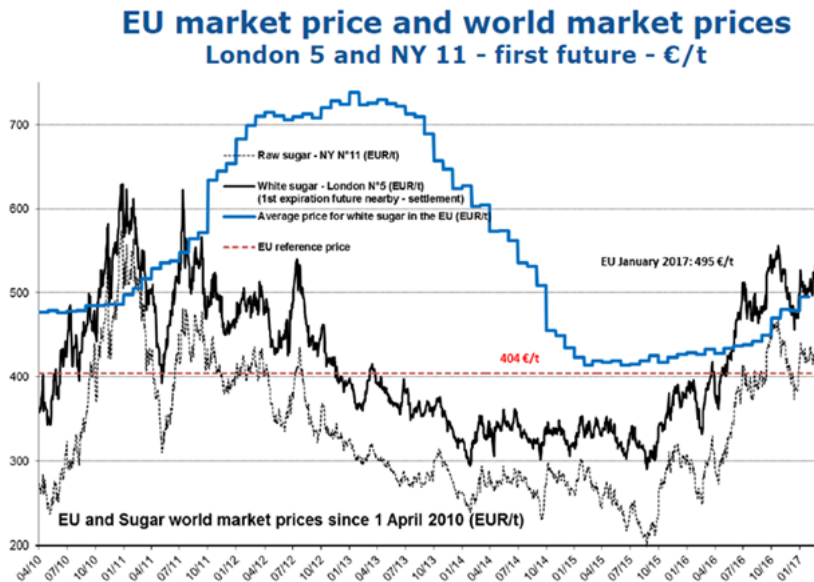
Zuckermarkt

Weltweit wurde in den Jahren 2015/16 bis 2016/17 weniger Zucker produziert als verbraucht. Die Vorräte schrumpften und die Preise gingen nach oben. Im September 2016 stiegen die Zuckerpreise auf ein 4-Jahres-Hoch, und die Börsenpreise zogen rasant an. Weißzucker in London wurde am 27. September 2016 mit knapp 540 €/t gehandelt. Im

⁶ GV bzw. GVO = Gentechnisch veränderte Organismen

Oktober schwankte Weißzucker immer noch auf hohem Niveau zwischen 525 und 555 €/t. Ende 2016 war dann der Zenit der Preisentwicklung erreicht.

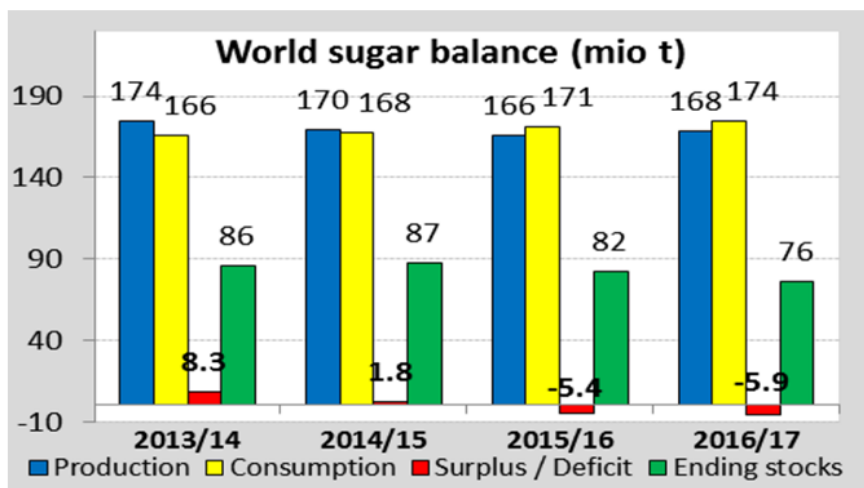
Schaubild 6:



Quelle: EU-Kommission (AGRI G 4 [Committee for the Common Organisation of Agricultural Markets](#), Präsentation 30 March 2017)

Da viele Analysten für 2017/18 eine weltweit steigende Zuckerproduktion und wieder ansteigende Lagerbestände erwarten, führten diese Ankündigungen zu abwärts verlaufenden Kursen am Weltmarkt. Anfang 2017 wurden sie trotz der vergleichsweise geringen Vorräte auf das niedrigere EU-Preis-Niveau gedrückt.

Schaubild 7:



Quelle: EU-Kommission (AGRI G 4 [Committee for the Common Organisation of Agricultural Markets](#), Präsentation 30 March 2017)

Innerhalb der EU wurden 2016 auf etwa 1,4 Mio. ha Zuckerrüben angebaut. Die Preise pendelten Ende 2015 auf einem Niveau zwischen 414 €/t und 419 €/t. Seit Beginn des

Jahres 2016 war ein leichter Anstieg zu verzeichnen, sodass zum Ende des Kampagne-Jahres 2016/17 ein Preis von rund 440 €/t EU-weit an die EU-Kommission verzeichnet wurde. Im Oktober 2016 erfolgte noch einmal ein Preisanstieg auf 470 €/t. Im November 2016 wurde ein Durchschnittspreis von etwa 495 €/t erzielt. Der Weiß-Zuckerpreis auf dem Weltmarkt lag im Jahresverlauf teilweise deutlich über dem EU-Marktpreis.

In Deutschland wurden 2016 auf 334.500 ha Zuckerrüben (Vorjahr 312.800 ha) angebaut und eine Ernte von 23,14 Mio t. (Vorjahr 22,57 Mio t.) erreicht. Der Flächenausdehnung um rund 7 % stand eine Ertragssteigerung von 2,5 % gegenüber.

In Rheinland-Pfalz ist der Zuckerrübenanbau weitgehend auf die Gunststandorte konzentriert und überwiegend in räumlicher Nähe zur Zuckerfabrik in Offstein angesiedelt. Bei den Ernte- und Transportverfahren wie auch bei den Zuckererträgen wurden in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt. Im Vergleich zu anderen Regionen in der Welt (z.B. Indien und Brasilien) wird Zucker in Rheinland-Pfalz sozial gerechter, mit moderner Technik und ökologisch verantwortlich erzeugt. Insgesamt hat sich der Zuckerrübenanbau in Rheinland-Pfalz durch Reduzierung des Stickstoff- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes und die Erkenntnisse aus dem Projekt „Zukunft Zuckerrübe“ nachhaltig entwickelt. Die in Rheinland-Pfalz praktizierte konstruktive Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Beratung und Forschung dient der Weiterentwicklung eines effizienten, nachhaltigen und umweltgerechten Zuckerrübenanbaus.

Die Zuckerrüben-Kampagne in Offstein wurde im Dezember 2016 mit einem hervorragenden Ertrag von 81,2 Tonnen je Hektar bei einem guten Zuckergehalt von 17,85 % abgeschlossen. Damit wurde das zweitbeste Ergebnis nach der Rekordernte des Jahres 2014 erzielt. Im Gebiet des Verbands hessisch-pfälzischer Zuckerrübenanbauer e.V. konnten zur Ernte 2016 insgesamt 1,639 Mio.Tonnen (Vorjahr 1,094 Mio.Tonnen) Zuckerrüben erzeugt werden. Das Ergebnis liegt deutlich unter dem Rekordertrag des Erntejahres 2014 (1,843 Mio.Tonnen). Allerdings umfasste die Anbaufläche mit 20.168 ha auch eine um 19 % größere Anbaufläche gegenüber 2015 (16.956 ha) und eine um 4,4 % geringere Anbaufläche gegenüber 2014 (21.086 ha).

Ausblick Zuckermarkt:

Der weitere Verlauf des Zuckermarktes steht im Spannungsfeld zwischen Anbauumfang/Zuckerertrag und Verbrauch/Nachfrage. Trotz der weltweit zunehmenden Volatilität und der auch auf dem Binnenmarkt stärkeren Preisausschläge werden die Erzeugerpreise in 2017 sicherlich nicht so tief sinken wie 2015.

Die Ernte 2017 erfolgt im ersten Jahr nach der EU-Quotenregelung. Ab dem 30. September 2017 entfällt der Mindestpreis. EU-Zucker kann frei auf den Weltmarkt exportiert werden und unterliegt den dort herrschenden Marktbedingungen. Die deutschen Zuckerfabriken haben sich auf diese Situation eingestellt und werden ihre Chancen am Weltmarkt nutzen.

Der rheinland-pfälzische Zuckerrübenanbau ist weiter in seiner Wettbewerbskraft und in seiner Umwelt- und Qualitätsausrichtung zu stärken, denn für die rheinland-pfälzischen Zuckerrüben-Erzeuger stellt diese Ackerfrucht eine unverzichtbare Einkommensquelle dar.

Auch nach der Marktliberalisierung zum 1.10.2017 wird der Zuckerrübenanbau, insbesondere auf den ertragsstarken Standorten wie in Rheinhessen langfristig eine wirtschaftliche attraktive Einkommensquelle für die Landwirte darstellen.⁷ Die Zuckerrübe kann somit „ihren Titel“ als „Königin der Feldfrüchte“ noch lange erhalten.⁸

Aufgrund der volatilen Zuckermärkte wird sich der europäische Rübenanbau verstärkt auf die produktivsten Standorte konzentrieren. Dazu gehört auch Deutschland, das mit Frankreich die höchsten Zuckerrübenenerträge in der EU erzielt. Zusätzlich ist damit zu rechnen, dass Fortschritte in der Züchtung und den Anbaumethoden zu weiteren Ertragssteigerungen führen, weshalb der Zuckerrübenanbau in Deutschland „insgesamt unter positiven Vorzeichen“ steht.

Es ist auch davon auszugehen, dass die globale Nachfrage nach Zucker - trotz kritischer Stimmen zu dessen Konsum - in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Allerdings prognostizieren die Analysten höhere Preisschwankungen für Rohzucker, die auch auf dem EU-Markt spürbar sein werden. Als Folge sind auch zunehmende Produktionsschwankungen beim Zuckerrübenanbau zu erwarten, die aus kurzfristigen Verknappungssituationen, ausgelöst beispielsweise durch Witterungsverhältnisse oder die Umlenkung von Zuckerrohr in die Ethanolproduktion, resultierten.

Dadurch wird deutlich, wie entscheidend die wirtschaftlichen Alternativen für den zukünftigen Zuckerrübenanbau sind. Die Biogasproduktion aus Zuckerrüben kann deshalb in den nächsten Jahren ebenfalls an Bedeutung gewinnen.⁹

1.1.5 Milchmarkt

Der Milchmarkt befindet sich nach wie vor in einem relativ labilen Zustand, nach zwischenzeitlichem Überschreiten der 30-Ct-Marke anfangs 2017 ist der Kieler Rohstoffwert im April 2017 wieder unter diese Marke gerutscht (29,8 Ct/kg Rohmilch). Die Milchpreiskrise seit Herbst 2014 ist mithin noch keineswegs endgültig überwunden, selbst wenn die Talsohle der Erzeugerpreiskrise zwischenzeitlich durchschritten wurde. Die Molkereien zahlen sehr unterschiedliche Preise für die Rohmilch aus (30 bis 34 Ct/kg im Mai 2017).

Mit rd. 33 Ct je kg scheint das Potential auf absehbare Zeit im Jahr 2017 ausgeschöpft zu sein. Die Gefahr eines kurzfristigen Preiseinbruchs besteht allerdings auch nicht. Die Milchlieferungen bewegen sich um 4,1 v.H. unter der Vorjahreslinie.¹⁰

Der deutsche Milchmarkt war im Jahr 2016 zweigeteilt. Der zunächst schwache Verlauf des Milchmarktes zu Jahresbeginn erfuhr ab Mai einen Wandel. Ab Mitte des Kalenderjahres war ein Rückgang der Milchmenge festzustellen, welcher zu einer produktübergreifenden Preiserhöhung führte. Auch die Erzeugerpreise erhöhten sich. Die Erholung der Preise beschleunigte sich im letzten Drittel des Kalenderjahres.

⁷ Vgl. hierzu auch Landwirtschaftliche Rentenbank, „Die Liberalisierung des Zuckermarktes – Wohin führt der Weg der Zuckerrübe?“ Agrar Spezial, 2017.

⁸ Vgl. ebenda.

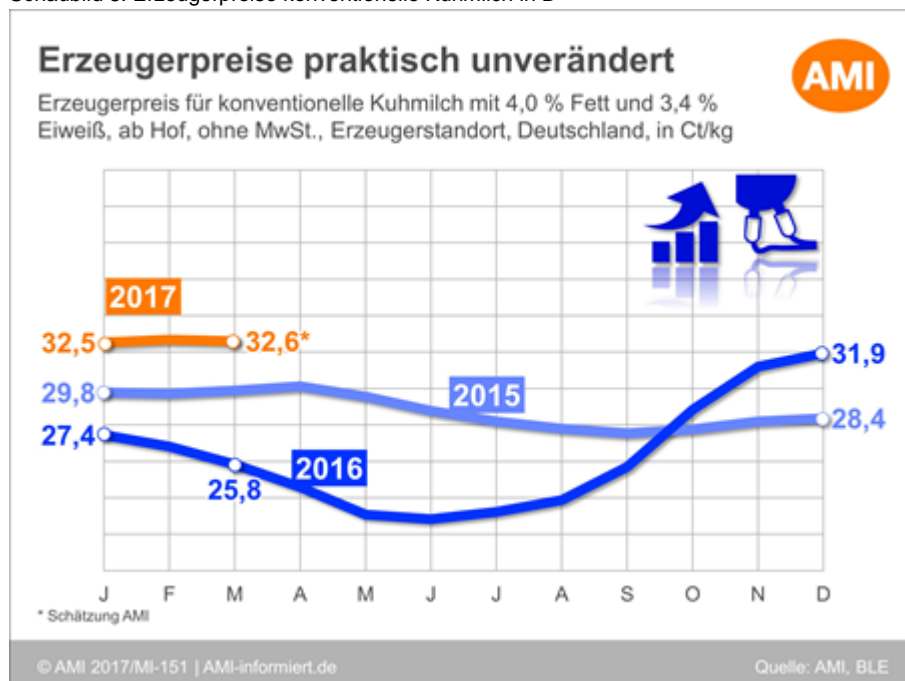
⁹ Vgl. Agra Europe, Newsletter vom 2. Mai 2017 sowie Rheinische Bauernzeitung vom 29. April 2017.

¹⁰ Vgl. Agrarzeitung online, 15. Mai 2017, 10:05 h, Höhere Preise nicht in Sicht.

Nach zuvor langfristigen steigenden Tendenzen in der Produktionsmenge, ließ sich ab Mitte 2016 ein Rückgang der Milchmenge erkennen. Da der Rückgang in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres über dem Anstieg in der ersten Hälfte lag, wurde das Wachstum der Produktionsmenge in 2016 nicht fortgesetzt. Bundesweit wurden 2016 ca. 31,3 Mio. t Rohmilch an die Molkereien geliefert. Vom Gesamtaufkommen entfielen 30,5 Mio. t auf konventionell erzeugte Milch.

Die Erzeugerpreise für Milch konnten sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 stabilisieren und wieder etwas erholen. Zuvor hatte sich der Wert von 40 Ct/kg für konventionell erzeugte Milch in 2014 bis zur Jahresmitte 2016 fast halbiert. Im Jahresmittel lag der Durchschnittspreis für konventionelle Kuhmilch mit 4,0% Fett und 3,4% Eiweiß inklusive Nachzahlungen bei 26,73 Ct/kg. Damit waren die Erlösmöglichkeiten für Milcherzeuger deutlich unter dem Niveau von 2015 (29,29 Ct/kg) und können weiterhin als ruinös bezeichnet werden.

Schaubild 8: Erzeugerpreise konventionelle Kuhmilch in D



Das um 8% niedrigere Milchgeld im Vergleich zu 2015 und das schlechtere Niveau an Schlachterlösen für Kälber und Milchkühe waren die maßgeblichen Faktoren für das schwache Ergebnis auf der Erlösseite in 2016. Hinsichtlich der variablen Kosten der Milcherzeugung hat sich die Lage für die Erzeuger im Jahresverlauf 2016 leicht entspannt. Es zeigten sich geringere Kosten beim Futter, wobei Rückgänge beim Futtergetreide zu verzeichnen waren. Diese konnten aber die Verluste auf der Erlösseite nicht annähernd kompensieren. Die sich daraus ergebende Marge aus Erlösen und variablen Kosten belief sich in 2016 auf 286 €/Kuh. Dieser Wert ist der Geringste der vergangenen Jahre der AMI-Vergleichsrechnung. Mittels dieses erwirtschafteten Deckungsbeitrags müssen noch alle festen Kosten der Produktion gedeckt werden.

Schaubild 9: Modellrechnung Wirtschaftlichkeit der Milchproduktion

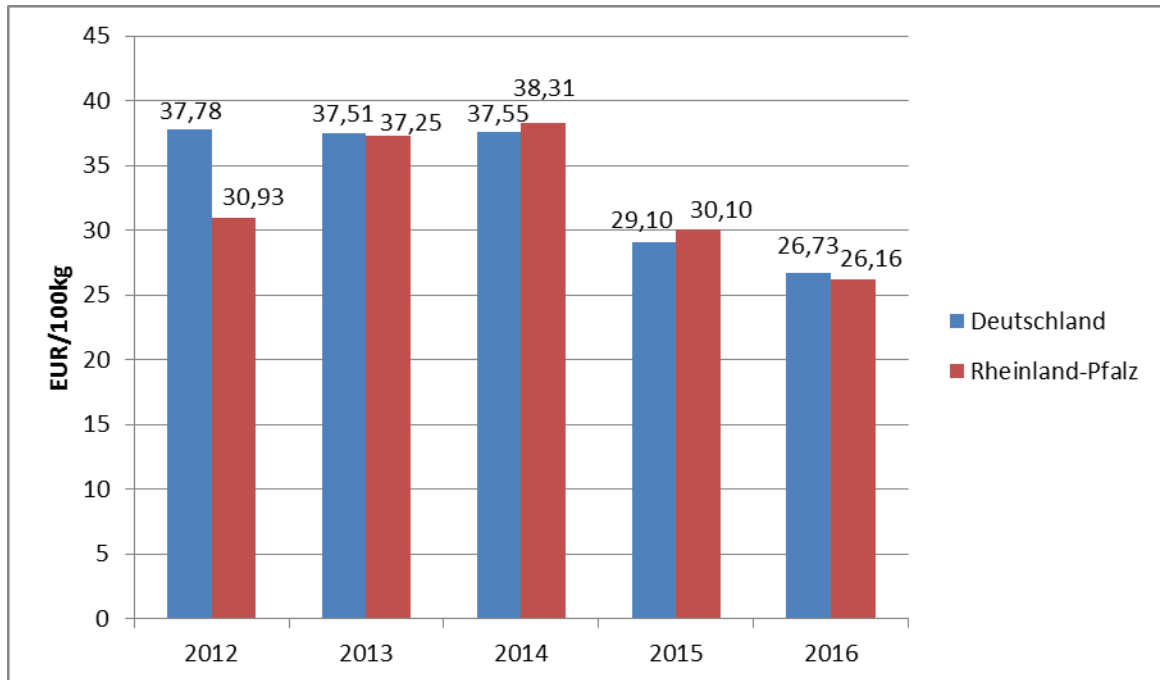


Die weitere wirtschaftliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen führte zu einem harten Verlustgeschäft der Milcherzeugung. Diese hatten auf einzelbetrieblicher Ebene gravierende Folgen. Auswirkungen waren eine Verringerung der Milchkuhbestände und schließlich einem erhöhtem Aufkommen an Hofaufgaben.

Der Bestand an Milchkühen hat sich in Deutschland in 2016 um 1,6 % im Vergleich zum Vorjahr verringert. Im November 2016 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bundesweit ca. 4,22 Mio. Milchkühe gehalten. Gleichzeitig ist der Trend hinsichtlich der Halter von Milchkühen in 2016 ungebrochen. Bundesweit halten noch 69.174 Betriebe Milchkühe, dies bedeutet eine Verringerung um 5,6% im Vergleich zu 2015. Der andauernde Strukturwandel der Branche lässt sich besonders gut anhand der durchschnittlichen Bestandgröße pro Betrieb verdeutlichen. Die durchschnittliche Bestandgröße stieg in Deutschland von 46 Tieren in 2010 auf 59 Tiere in 2016.

Auch in Rheinland-Pfalz sind die Milchviehbestände von 2015 zu 2016 dem Bundestrend folgend auf 113.600 Milchkühe (2015: 118.100) gesunken. Die Milchleistung je Kuh stieg gegenüber dem Vorjahr in Rheinland-Pfalz jedoch um 3,1 % auf 7.572 kg/Jahr (bundesdeutscher Durchschnitt in 2016: 7.746 kg/Jahr (+1,5%)). Die Zahl der Milchviehalter ist auf 2000 gesunken.

Die Entwicklungen des Milcherzeugerpreises machen auch nicht vor den rheinland-pfälzischen Genossenschaften halt: die Erzeugerpreise lagen 0,5 Ct/kg unter dem Bundesdurchschnitt und konnten nur noch 26,16 Ct/kg im Vergleich zu 26,73 Ct/kg erreichen.

Schaubild 10: Erzeugerpreise für konventionelle Kuhmilch in EUR/100kg bei standardisierten Inhaltsstoffen 2012-2016¹¹

Ausblick

Die Aussichten für 2017 sind nur bedingt optimistisch. Der deutsche Milchmarkt ist bei begrenztem Rohstoffaufkommen auf erhöhtem Preisniveau ins neue Jahr gestartet. Für den weiteren Verlauf lassen die Rahmendaten weiterhin auf einen ausgeglichenen Markt mit etwas höheren Erlösmöglichkeiten im Vergleich zu 2016 schließen. Auf eine Ausweitung der Produktionsmenge würde der Markt sehr sensibel reagieren und bei konstanter Nachfrage das erhöhte Angebot mit Preisrückgängen quittieren.

Die Milchmenge, bedingt durch das nationale Programm zur Mengenreduktion und dem erfolgten Bestandsabbau, dürfte sich 2017 weiter unter dem Vorjahresniveau bewegen. Die preislichen Differenzen hinsichtlich der Verwertung von Milch (Milchfett bzw. Milcheiweiß) werden wohl auch in 2017 weiter Bestand haben und die Erzeugerpreise in der bereits eingangs dieses Abschnitts erwähnten Größenordnung in der Seitwärtsbewegung verharren.

In 2017 wird sich der Wandel des Milchmarktes weiter fortsetzen. Dadurch stehen Milcherzeuger und Molkereien immer wieder vor neuen Herausforderungen. Reaktionen sind zumeist auf externe Einflüsse nötig, wie bspw. die starke Preisvolatilität am Milchmarkt und wieder steigendem Protektionismus auf Exportmärkten.

Auch die Anforderungen der Verbraucher bzw. Handel an Milcherzeuger und Molkereien wachsen stetig. Es werden vermehrt Anforderungen wie Regionalität, Nachhaltigkeit und Tierwohl an die Erzeuger herangetragen. Diese höheren Anforderungen haben Auswirkungen auf die Kosten der Milcherzeugung. Ob diese Mehrkosten von den Verbrauchern getragen werden, ist eine spannende Frage.

¹¹ Standardisierte Inhaltsstoffe von 4,0 % Fett und 3,4 % Eiweiß, ab Hof, ohne MwSt., einschließlich Nachzahlungen, Durchschnitt aller Güteklassen

1.1.6 Sonstiger Futterbau und Rindfleischmarkt

Zum „**sonstigen Futterbau**“ gehören in erster Linie alle nicht auf die Milchviehhaltung spezialisierten sowie nicht zur Schaf- und Ziegenhaltung („Kleine Wiederkäuer“) gehörenden Rindfleisch erzeugenden Betriebe mit dem Schwerpunkt auf der extensiven Rinderhaltung. In erster Linie handelt es sich hierbei um Betriebe mit Mutterkuhhaltung. Der Bestand an Mutterkühen liegt in Rheinland-Pfalz bei 40.000 Tieren. Sie konzentrieren sich regional auf die Mittelgebirgsstandorte des Westerwaldes, des Hunsrücks und der Westpfalz bzw. deren Randgebiete. Der durchschnittliche Viehbesatz liegt mit 0,75 Rauhfutter fressende Großvieheinheiten pro ha LF (RGV/ha LF) deutlich unter der vergleichbaren Kenngröße der Milchviehbetriebe (1,19 RGV/ha LF). Die Betriebe des sonstigen Futterbaus gehören neben den Ackerbaubetrieben zu der Betriebsform mit der höchsten Flächenausstattung. Von den durchschnittlich bewirtschafteten 136 ha LF entfallen über 90 v. H. bzw. 123 ha LF auf Dauergrünland sowie 13 ha LF auf Ackerland. Für die Erhaltung des ökologische wertvollen Dauergrünlandes kommt diesen Betrieben eine große Bedeutung bei. Angesichts der überdurchschnittlich hohen Direktzahlungen und Zuschüsse im Rahmen der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen haben sie die Milchviehbetriebe mit ihrem Unternehmensgewinn von 35.219 Euro um 1.416 Euro übertroffen.

Entwicklung des Rindfleischmarktes

Der deutsche Rindfleischmarkt war im Jahr 2016 von umfangreichen Schlachtungen an Kühen geprägt. Die in 2016 5,5% mehr geschlachteten Kühe haben auch Auswirkungen auf die Rinderbestände in der Bundesrepublik Deutschland. Im Vergleich zu 2015 ergab die Viehzählung im November 2016 erneut einen leichten Rückgang von 1,3%. Deutschlandweit wurden noch gut 12,5 Mio. Rinder gehalten. Ein Grund für den abermaligen Rückgang ist die andauernde schwierige Lage der Milchviehhaltung und daraus resultierend, dem überdurchschnittlichen Rückgang an Milchkühen. Auch die Zahl der Rinderhalter sank erneut und ging gegenüber dem Vorjahr um 2,7% auf nun 147.100 Betriebe zurück. Auf bundesdeutscher Ebene ging die Zahl an Betrieben mit Milchkuhhaltung sogar um 5,6% zurück (2016: 69.174 Betriebe). Die Rindfleischproduktion liegt mit 3,6 Mio. geschlachteten Rindern leicht über der Vorjahreslinie. Neben dem beschriebenen Anstieg der Kuhschlachtungen (+70.000 Tiere) weisen die Schlachtungen von Bullen (-100.000 Tiere) die größten Veränderungen in 2016 im Vergleich zu 2015 auf. Alle anderen Gruppen zeigen vergleichsweise geringe Veränderungen auf bzw. sind konstant.

Die Bruttoinlandserzeugung beläuft sich 2016 auf 1,19 Mio.t. Knapp 85% des eingeführten Rindfleischs stammen aus der EU. Bei den Einfuhren aus Drittländern sind Argentinien und Brasilien als bedeutende Anbieter zu erwähnen. Den etwas geringeren Einfuhren an Rindfleisch stehen um 19.000 t geringere Ausfuhren an Rindfleisch gegenüber. Rückgänge sind auf den Binnenmärkten Frankreich und Italien sowie dem Drittlandsmarkt Schweiz zu erkennen. Vergleichsweise hohe Preise für deutsches Rindfleisch können der Grund sein.

Der Rindfleischverzehr pro Kopf ist in Deutschland von 2015 auf 2016 auf 9,7 kg angestiegen. Gründe hierfür sind zum einen der steigende Anteil ausländischer Bürger, die kein Schweinefleisch verzehren und der gestiegene Außer-Haus-Konsum. Rindfleisch steigt in der Verbrauchergunst und entwickelt sich entgegengesetzt der allgemein rückläufigen

Fleischnachfrage. Der Selbstversorgungsgrad für Rindfleisch ist leicht gesunken und liegt 2016 bei 102 % (2015: 104%). Ein Grund für den Rückgang ist die gestiegene Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik Deutschland.

Der durchschnittliche Erzeugerpreis für die Hauptkategorie Jungbullen der Handelsklasse R3 erreichte 2016 3,63 €/kg Schlachtgewicht (Rheinland-Pfalz: 3,70 €/kg Schlachtgewicht) und lag somit 15 Ct/kg (Rheinland-Pfalz: 12 Ct/kg) niedriger als der Vergleichswert von 2015.

Die Schlachtgewichtspreise der Kühe in der Handelsklasse O3 sanken in Rheinland-Pfalz von 2015 auf 2016 um 0,26 €/kg auf 2,64 €/kg an. Auch die bundesdurchschnittlichen Schlachtgewichtspreise der Kühe in der Handelsklasse O3 sanken um 27 Ct/kg Schlachtgewicht auf 2,65 €/kg. Der größere Preisabschlag bei Kühen im Vergleich zu den Jungbullen dürfte auf das umfangreiche Angebot an schlachtreifen Kühen zurückzuführen sein.

In **Rheinland-Pfalz** gab es im November 2016 5.114 Haltungen mit Rindern mit einem Gesamtbestand an Rindern in Höhe von 350.884 Tieren. Die Anzahl der Betriebe ist um knapp 5% und die Anzahl an Tieren um etwa 2,5% geringer. Beide Werte verhalten sich analog zu den Zahlen auf bundesdeutscher Ebene.

Wie die Tabelle zeigt, hat sich in Rheinland-Pfalz die Zahl der Rinderschlachtungen in 2016 gegenüber dem Vorjahr um 0,9% auf 79.086 verringert. Das entsprach einer Schlachtmenge von 23.516 Tonnen (Rückgang um 2% im Vergleich zu 2015). Davon wurden 78.460 Rinder gewerblich und 626 Rinder in Hausschlachtung geschlachtet. Hausschlachtungen weisen auch im vergangenen Jahr einen Rückgang im zweistelligen Prozentbereich auf.

Übersicht 3: Schlachtungen von Rindern in Rheinland-Pfalz (2000-2016)

Kategorie	Jahr	Summe
Rinder insgesamt (ohne Kälber)	2000	116.951
	2001	111.973
	2002	116.318
	2003	109.997
	2004	111.502
	2005	104.102
	2006	105.717
	2007	100.446
	2008	101.826
	2009	97.334
	2010	93.349
	2011	91.163
	2012	80.200
	2013	74.400
	2014	77.400
	2015	79.896
	2016	79.086

Ausblick

Aufgrund der geringeren Bestände ist für 2017 nicht von steigenden Schlachtzahlen auszugehen. Das eher konstante Angebot könnte sich positiv auf die Erzeugerpreise

auswirken. Aufgrund des großen Angebots an Schlachtkühen in 2016, könnte in 2017 eine gewisse Preiskonstanz erwartet werden.

Der Anstieg des Rindfleischverzehrs in Deutschland sollte sich auch in 2017 fortsetzen. Ein Anstieg an südamerikanischen Importen sollte den Rindfleischmarkt nicht unter Druck setzen. Die Einfuhren werden sich insbesondere auf hochpreisige Teilstücke aus Argentinien beschränken, welche in der Verbrauchergunst hoch im Trend liegen. Dagegen dürfte der Export aufgrund vergleichsweise hoher Preise für deutsches Rindfleisch und rückläufiger Angebotsmenge, erneut etwas kleiner ausfallen.

1.1.7 Gemischtbetriebe

Die Gemischtbetriebe haben in der derzeitigen Agrarmarktkrise die beste Risikoverteilung aller Betriebsformen in ihrem „Portfolio“. Sie konnten sich aber dennoch angesichts der Bandbreite der Erzeugerpreis-Baisse den eingangs bereits dargelegten Einkommensrückgängen ebenfalls nicht entziehen. Dennoch übertrafen sie die Ergebnisse der Futterbau- und Veredlungsbetriebe deutlich.

1.1.8 Veredlungssektor

Entwicklung des Schlachtschweinemarktes

Das Jahr 2016 war geprägt von einem intensiven Wettbewerb um die zur Verfügung stehenden Schlachtschweine. Die führenden Schlachtbetriebe waren sehr bemüht, ihre Kapazitäten auszulasten. Den rückläufigen Schweinebeständen wurde durch eine gesteigerte Einfuhr von Ferkeln und Schweinen aus dem Ausland sowie einer um über 1 Mio. geringeren Ausfuhr entgegengewirkt. Daraus resultiert, dass bis zum Jahresende die Zahl der bundesweit geschlachteten Schweine mit 59,3 Mio. Stück nahezu identisch mit dem Wert des Vorjahres war. Die Nettoerzeugung an Schweinefleisch beläuft sich im Kalenderjahr 2016 auf 5,6 Mio. t. und ist somit fast unverändert zum Vorjahr. Die Bruttoinlanderzeugung fiel 2016 auf unter 5,0 Mio. t.

Der Strukturwandel bei den Betrieben der Schweinehaltung schreitet auch im Jahr 2016 weiter voran. Ein Rückgang an Betrieben ist in 2016 zu beobachten. Sind die geringeren Betriebszahlen bei Schweinen in allen Haltergruppen (eingeteilt nach Bestandsgröße an Tieren) zu erkennen, ist die Verringerung der Anzahl an Zuchtsauen haltenden Betrieben in der Betriebsaufgabe von kleineren Betrieben begründet.

Das Exportvolumen an Schweinefleisch konnte im Vergleich zu 2015 leicht gesteigert werden und beläuft sich auf 3,0 Mio. t. Hierbei konnten die etwas schwächeren Ausfuhren in europäische Länder durch den gestiegenen Absatz auf Drittlandsmärkten kompensiert werden. Die gesunkenen Ausfuhren in den europäischen Raum können auf veränderte Lebensweisen (bspw. geringerer Schweinefleischkonsum und größerer Bedeutung von Regionalität) in den jeweiligen Staaten zurückgeführt werden. Für fast ein Fünftel aller Schweinefleischausfuhren ist das Ziel China. Im Vergleich zu 2015 nahmen die Ausfuhren in diese Destination um fast 60% zu.

In **Deutschland** ist der Pro-Kopf-Verzehr an Schweinefleisch in 2016 im Vergleich zum Vorjahr wieder um 1,7 kg gesunken und beträgt durchschnittlich 36,2 kg. Gründe hierfür sind zum einen die steigende Zahl der Vegetarier sowie die Tendenz zu anderen Verzehrsgewohnheiten (Substitution des Schweinefleischkonsums durch Rind- und Geflügelfleisch). Neben den geschilderten Veränderung der Lebensweise (ähnlich den Veränderungen in anderen europäischen Ländern), spielt auch in Deutschland das Thema Regionalität beim Fleischkonsum eine immer größerer Rolle. Auch die demografische Entwicklung und der gestiegene Anteil ausländischer Mitbürger mit anderen Verzehrsgewohnheiten sind als Gründe für den abermaligen Rückgang am Pro-Kopf-Verzehr an Schweinefleisch zu nennen. Der gesunkene Pro-Kopf-Verzehr in Verbindung zur konstanten Nettoerzeugung an Schweinefleisch führte zu einer Erhöhung der Selbstversorgungsgrads in 2016 auf 121%.

Der Erzeugerpreis je kg Schlachtgewicht erreichte 2016 im Mittel aller Handelsklassen 1,49 €/kg und lag somit um 9 Ct/kg über dem Niveau von 2015. Die Preise sind aber noch weit von den Werten aus dem Jahr 2013 (1,70 €/kg) entfernt und haben das Niveau von 2014 (1,55 €/kg) auch noch nicht erreicht. Nachdem die Schlachtschweinepreise in der ersten Jahreshälfte 2016 unter Druck standen, gab es ab Mai eine Trendwende, die für etwas Entspannung auf dem Schweinefleischmarkt sorgte. Auch der Markt für Qualitätsferkel zeigte in 2016 erste Erholungstendenzen. Die gestiegenen Preise (aufgrund gesteigerter Nachfrage) in der zweiten Jahreshälfte 2016 für Qualitätsferkel führten zu höheren Erlösen für die Erzeuger. Mittels dieser Erlöse konnten die konstanten Vollkosten der Ferkelerzeugung gedeckt werden und ein Gewinn erzielt werden. Im Jahresdurchschnitt war die Ferkelerzeugung mit -1,72€ pro Ferkel leicht defizitär.

Auch in **Rheinland-Pfalz** ist ein Rückgang an schweinehaltenden Betrieben zu erkennen. In 300 rheinland-pfälzischen Betrieben standen 183.300 Tiere. Das bedeutet im Vergleich zu 2015, dass über 4% weniger Schweine in Rheinland-Pfalz gehalten werden. Im Gegensatz dazu erreichte die Zahl an Schweineschlachtungen in 2016 einen neuen Höchstwert. Die Zahl der Schlachtungen in den meldepflichtigen Betrieben in Rheinland-Pfalz (Betriebe mit mehr als durchschnittlich 200 Schweineschlachtungen/Woche) ist auf etwa 1.221.000 Stück gestiegen. Ihr Anteil steigt kontinuierlich und macht rund 99% der Schweineschlachtungen aus. Diese Unternehmen haben das stark rückläufige heimische Schlachtschweineangebot durch überregionale Zufuhren kompensiert, um ihre im Durchschnitt unzureichend genutzten Schlachtkapazitäten besser auszulasten. Hausschlachtungen sind in den letzten Jahren weiter rückläufig.

Übersicht 4: Schweineschlachtungen in Rheinland-Pfalz (2000-2016)

Kategorie	Jahr	Summe
Schweine insgesamt	2000	1.164.873
	2001	1.080.393
	2002	995.822
	2003	1.005.408
	2004	1.048.484
	2005	1.035.223
	2006	1.060.694
	2007	1.081.575
	2008	1.070.652
	2009	1.052.315
	2010	1.065.372
	2011	1.129.366
	2012	1.166.414
	2013	1.144.414
	2014	1.187.330
	2015	1.219.255
2016	1.221.297	

Ausblick

Nachdem die Schlachtungen in den Jahren 2015 und 2016 auf hohem Niveau lagen, dürften die moderat rückläufigen Sauenbestände für das Jahr 2017 auf eine Trendwende in Deutschland hinweisen. Zusätzlich ist mit einer Intensivierung der Diskussion auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zu den Themengebieten bspw. Tierwohl und Umweltschutz zu rechnen. Die Ergebnisse der Diskussion haben Auswirkungen auf die Planungen der Tierhalter. Die größte Frage für die Schweinehalter bleibt, wie werden die deutlich erhöhten Kosten für mehr Platzangebot, eventuellen Auslauf, Haltung auf Stroh und tiergerechte Haltungsformen finanziert? Neu sind die Initiative Tierwohl sowie die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels.

In der Marktentwicklung kann 2017 von deutlich höheren Schweinepreisen ausgegangen werden. Die Schweinefleischimporte werden weiter sinken, da regionale Herkunft für Konsumenten von immer größerer Bedeutung wird. Es kann aber nicht von einer steigenden Nachfrage nach Schweinefleisch aus Verbrauchersicht ausgegangen werden. Das realitätsnahe Szenario lässt einen weiteren Rückgang am Pro-Kopf-Verzehr an Schweinefleisch vermuten.

1.1.9 Gartenbaubetriebe

Die Betriebe des Gartenbaus haben im Wirtschaftsjahr 2015/16 die höchsten Unternehmensgewinne unter allen Betriebsformen eingefahren. Der Gartenbau hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige innerhalb der Landwirtschaft entwickelt. Mit den Sparten Obst, Gemüse, Zierpflanzenbau und Baumschulen ist der Produktionsgartenbau eine wichtige Säule innerhalb der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. Der Produktionswert der rheinland-pfälzischen

Zierpflanzenbaubetriebe beträgt etwa 100 Millionen Euro. Erzielt wird diese Leistung in 93 Hektar Unterglasanlagen und auf 230 Hektar Freilandfläche. Im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2017 (IGW) in Berlin konnte der Gartenbau in der Blumenhalle in Kombination mit dem „Weinwerk Rheinland-Pfalz“ einen besonderen Akzent innerhalb der IGW setzen.

Der Gartenbau ist nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, sondern übernimmt auch im Rahmen der beruflichen Qualifizierung Jugendlicher eine besondere Verantwortung. Im Schuljahr 2015/2016 wurden 648 Gärtner ausgebildet, dies entspricht knapp 43 Prozent aller Auszubildenden in landwirtschaftlichen Berufen.

Zur nächsten Landesgartenschau 2022 in Bad Neuenahr-Ahrweiler ist auf die Schwerpunktthemen Demographie und Inklusion hinzuweisen. Im Zusammenhang mit der Landesgartenschau kommt dem Grün in der Stadt, mit seinen vielfältigen Formen und Funktionen eine besondere, steigende Bedeutung zu.

Die Grundstücke der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und damit auch der Gartenbaubetriebe sollen erstmals auf den 1. Januar 2022, nach einem neuen Bewertungsverfahren taxiert werden. Rheinland-Pfalz hat durch seinen Einfluss im Bundesrat dafür gesorgt, dass die gartenbaulichen Betriebe keine entscheidende, grundsteuerliche Mehrbelastung haben. Der Wegfall des Einheitswertes soll auf jeden Fall verhindert werden. Der Einheitswert ist in so vielen Bereichen Ausgangspunkt für Berechnungen, Verordnungen und Gesetze, dass es nicht möglich ist, ihn einfach so zu ersetzen.

Im Pflanzenschutz hat sich der Gartenbau mit den selben Herausforderungen auseinandersetzen wie die übrige Landwirtschaft, und zwar insbesondere dahingehend, dass für viele kleine Kulturen im Gartenbau nicht mehr genügend Wirkstoffe vorhanden sind. Die deutschen Zulassungsbehörden positionieren sich auch im Anwendungsbereich des Gartenbaus dahingehend, dass sie die Zulassungen anderer Länder nicht akzeptieren und eigene Zulassungsverfahren starten. Dabei entstehen immer wieder große zeitliche Verzögerungen und die Zulassungen werden nicht zeitgerecht umgesetzt. Auf die Beschlusslage der Agrarministerkonferenz, die diesen Sachverhalt ebenfalls aufgegriffen und moniert hat, wird ergänzend hingewiesen.

1.1.10 Ökologischer Wein- und Landbau

Entwicklung des Öko-Landbaus in der Gesamtbetrachtung

Weltweit

2015 wurden weltweit 50,9 Mio. Hektar von 2,4 Mio. Betrieben bewirtschaftet. Dies entspricht 1,1% der weltweiten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Gegenüber 2014 wurden 6,5 Mio. ha neu umgestellt¹². Die 50,9 Mio. ha verteilen sich auf 65% Dauergrünland; 20% Ackerbau; 8 % Dauerkulturen (Kaffee, Tee, Oliven, Trauben) sowie 7% sonstige landwirtschaftliche Nutzung incl. Gemüsebau. Die Umsätze betragen 2015 rund 75 Mrd. € weltweit bei

¹²Willer, H, Lernoud, J, (2017) The World of Organic Agriculture. Statistics and Emerging Trends 2017. FiBL, Frick, and, FOAM – Organics International, Bonn <http://orgprints.org/31197/1/willer-lernoud-2017-global-data-biofach.pdf>

35,8 Mrd. € in den USA und 8,6 Mrd. € in Deutschland mit einer Steigerung auf 9,5 Mrd. € in 2016.

Europa

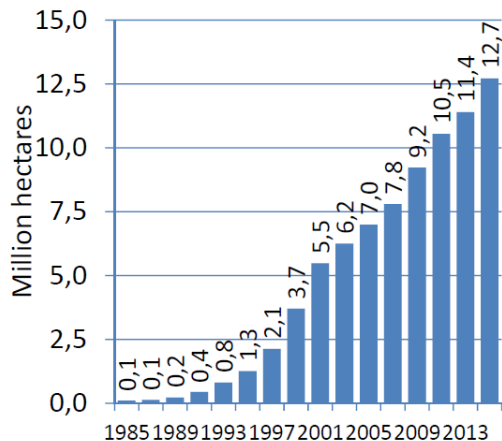
Die Öko-Fläche in Europa betrug in 2015 rd. 12,7 Mio. Hektar bei ca. 11,2 Mio. Hektar innerhalb der EU¹³. Das entspricht 2,5% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Europa und 6,2% der Fläche in der EU.

Die Anzahl der Betriebe stieg auf 350.000 innerhalb Europas und 270.000 in der EU. Die Länder mit der größten Anbaufläche in der EU 2015 sind Spanien (annähernd 2 Mio. ha); Italien (1,5 Mio. ha); Frankreich (1,4 Mio. ha).

Schaubild 11:

Europe: Development of organic agricultural land 1985-2015

Source: FiBL-AMI surveys



Deutschland

2016 wurden rd. 1,186 Mio. Hektar LF von insgesamt 26.855 landwirtschaftlichen Betrieben ökologisch bewirtschaftet.¹⁴ Dies entspricht einem Anteil von 7,1 % an der gesamten LF in Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Fläche damit um 8,9 % ausgedehnt; die Anzahl der Betriebe nahm um 10,3 % zu. In der Relation zu allen landwirtschaftlichen Betrieben haben die ökologisch arbeitenden landwirtschaftlichen Unternehmen einen Anteil von 9,7 % erreicht.¹⁵

Der Umsatz mit Ökolebensmitteln und Getränken ist im Jahr 2016 in Deutschland um 9,9 % auf 9,48 Mrd. Euro gestiegen.

¹³ <https://shop.fibl.org/chen/mwdownloads/download/link/id/785/>

¹⁴ BÖLW-Broschüre „Zahlen, Daten, Fakten – Die Bio-Branche 2017“

¹⁵ Statistisches Bundesamt, Agrarstrukturerhebung 2016 (Stand: 04/2017)

Rheinland-Pfalz

Die ökologisch bewirtschafteten Flächen wurden in Rheinland-Pfalz von 37.733 ha im Jahr 2010 auf 63.561 ha im Jahr 2016 ausgedehnt. Dies entsprach einer Flächenzunahme von 68 % in diesem 6-Jahreszeitraum. Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2016 rd. 9 %. Im Jahr 2016 wirtschafteten etwa 1.445 landwirtschaftliche Betriebe nach den Kriterien des ökologischen Landbaus. Dies entsprach ca. 8,2 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz.^{16 17}

Der Flächenzuwachs in 2016 ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass extensive Rinderhalter und reine Grünlandbetriebe, aber auch Milchviehalter angesichts der Milchpreiskrise 2014/16 sich für die Umstellung auf ökologischen Landbau entschieden haben.

Ökologischer Weinbau

Weltweit

Im Jahr 2015 wurden weltweit auf rund 333.000 Hektar Rebfläche (Weinreben, Tafeltrauben und Rosinen) mit weiterhin steigender Tendenz nach ökologischen Grundsätzen bewirtschaftet. Allein gegenüber 2014 ist dies eine Zunahme um ca. 32.000 ha. Die Öko-Rebfläche entspricht ca. 4,6% der weltweiten Traubenanbaufläche. Gerade der Anbau von Tafeltrauben und Rosinen spielt in vielen Ländern eine wichtigere Rolle als Weintraubenanbau (z.B. in Ländern wie Türkei, Iran und Afghanistan). Von den 333.000 ha Öko-Rebfläche im Jahr 2015 weltweit werden allein 293.000 ha in Europa bewirtschaftet. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 7,3 % der europäischen Rebfläche. Davon werden allein in den 3 Ländern Spanien (96.600 ha); Italien (83.640 ha) und Frankreich (68.600 ha) zusammen 85% der europäischen Öko-Weinbaufläche bewirtschaftet. Die restlichen 15% verteilen sich auf die Türkei (11.600 ha – Tafeltrauben, Rosinen); Deutschland (8.100 ha); Griechenland (5.400 ha), Österreich (5.100 ha) sowie Bulgarien (4.200 ha).

Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2016 bewirtschafteten in Rheinland-Pfalz 419 Betriebe eine Rebfläche von 5.561 ha nach ökologischen Grundsätzen, das entspricht über 65% der deutschen Öko-Rebfläche und unterstreicht die Bedeutung des Landes im Ökoweinbau. Die jährliche Zuwachsrate an ökologisch bewirtschafteter Rebfläche seit 2011 beträgt durchschnittlich 8% bei einer Flächenzunahme zwischen 200 und 350 ha. Durch die Peronospora-Kalamität im Jahr 2016 stiegen 17 Betriebe aus der ökologischen Produktion aus, gleichzeitig stellten 18 Betriebe neu um. Der Flächenzuwachs zwischen 2015 und 2016 von 150 ha ist in erster Linie auf die Vergrößerung der Flächen in den Betrieben zurückzuführen.

¹⁶ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Stand: 01/2017)

¹⁷ Jahresmeldung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier vom 07.04.2017

Schaubild 12:

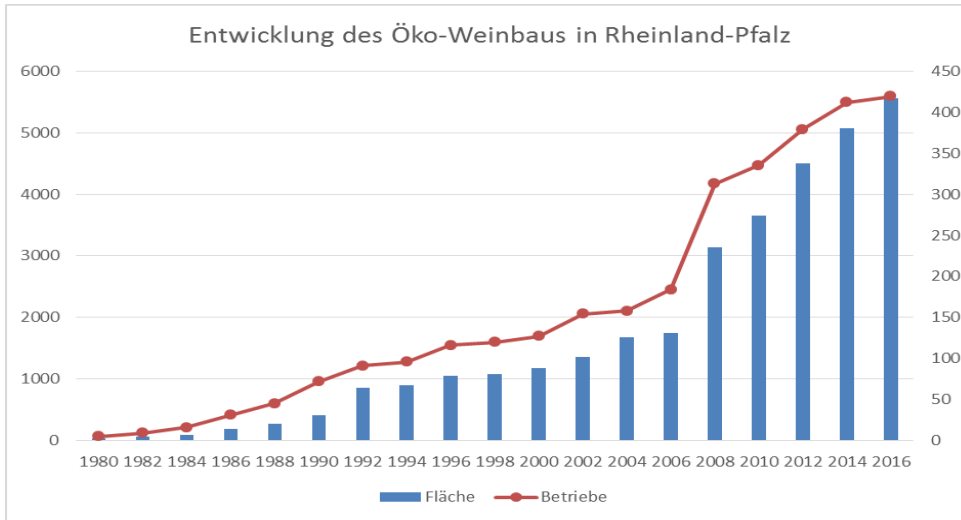
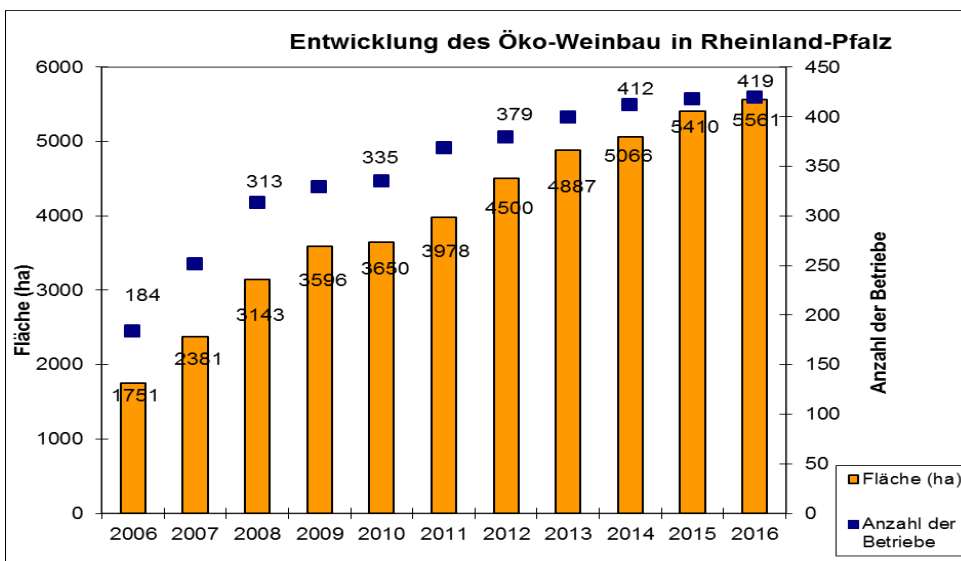


Schaubild 13: Entwicklung der ökologisch bewirtschafteten Rebfläche und Betriebe in RLP (Zusammeng. von B. Fader – KÖL/DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück nach Daten der ADD 2016)

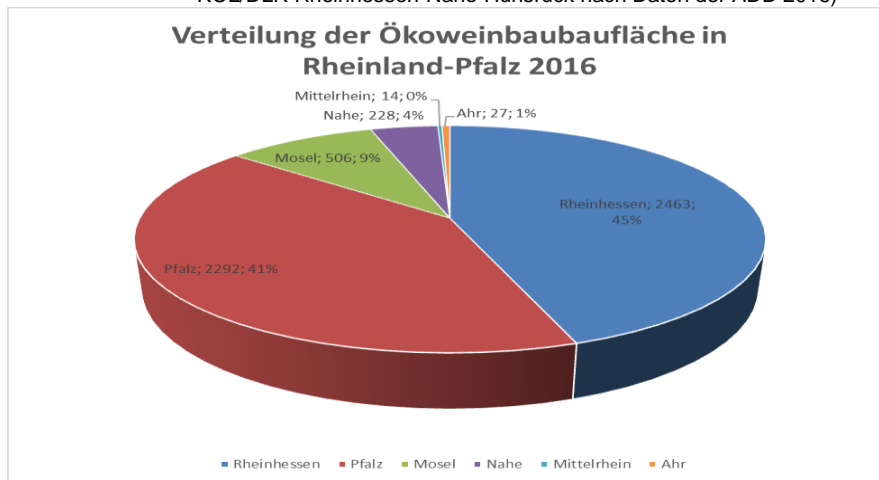


Wie im Ackerbau- und Grünlandbereich, liegt die durchschnittliche Rebfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe mit 13,3 ha deutlich über der der konventionellen Weinbaubetriebe (6,4 ha). Wie im konventionellen Weinbau gibt es jedoch regionale Unterschiede.

So sind in Rheinhessen und der Pfalz die Betriebseinheiten in der Regel größer als in den nördlichen Regionen des Landes, wo der Weinbau überwiegend in Steillagen betrieben wird. Hinsichtlich der Flächenausstattung kann daher bei ökologisch wirtschaftenden

Weinbaubetrieben von einer mindestens vergleichbaren Wettbewerbsfähigkeit und einer guten Basis zur Einkommenserzielung ausgegangen werden.

Schaubild 14: Ökologisch bewirtschaftete Rebfläche in RLP nach Anbaugebieten (Zusammengestellt von B. Fader – KÖL/DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück nach Daten der ADD 2016)



Übersicht 5: Anzahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe und Flächen getrennt nach Anbaugebiet (2015 / 2016)

Betriebe	Pfalz	Mosel	Nahe	Mittelrhein	Ahr
Rheinhessen	148	77	15	7	6
Hektar					
Rheinhessen	2.507 / 2.463	474 / 506	235 / 228	13 / 14	27 / 27

Die Zahl der Betriebe hat sich nicht geändert, allerdings sind Zuwächse an Fläche nur in den Anbaugebieten Mosel und Pfalz zu verzeichnen, wohingegen in Rheinhessen und an der Nahe Rückgänge in der Fläche auftraten.

Mit 45% findet etwa die Hälfte der ökologischen Traubenerzeugung im Anbaugebiet Rheinhessen statt, gefolgt von der Pfalz mit 41%.

In Rheinhessen werden auf 2.463 ha (entspricht ca. 11% der Gesamtrebfläche) ökologischer Weinbau betrieben bei einem Rückgang um 40 ha gegenüber 2015, gefolgt von der Pfalz mit 2292 ha, der Mosel mit 506 ha, der Nahe mit 228 ha sowie Mittelrhein mit 14 und der Ahr mit 27 ha. Wie schon bei den Flächenanteilen haben die meisten ökologisch wirtschaftenden Betriebe ihren Sitz in Rheinhessen und der Pfalz. Mit lediglich 10% der landesweiten Ökoflächen sind an der Mosel jedoch beinahe 20% der rheinland-pfälzischen Öko-Betriebe angesiedelt, in der Regel mit vergleichsweise deutlich kleineren Betriebsflächen. In diesem Punkt unterscheidet sich die Struktur der ökologischen Produktion an der Mosel im Vergleich zu anderen Anbaugebieten nur unwesentlich von der konventionellen Traubenerzeugung.

Das Jahr 2016 war geprägt von einer starken Peronospora-Infektion infolge der Witterungsbedingungen im Mai bis Mitte Juli. Trotz intensiver Pflanzenschutzmaßnahmen und der erneuten Ausnahmegenehmigung für eine erhöhte Kupferaufwandmenge von 4 kg/ha kam es vielerorts zu starken Ertragseinbußen. Rheinland-Pfalz hat zusammen mit den

Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen die Teilnahme an einen Großversuch zur Peronospora-Epidemie-Eingrenzung mit Kalium-Phosphonat im ökologischen Weinbau für die Betriebe mit dem Ziel einer verkürzten Umstellungszeit ermöglicht.

Durch die teilweise starken Ertragseinbrüche infolge der Peronospora-Epidemie in 2016 und der damit verbundenen hohen Nachfrage nach Öko-Wein sowohl vom Handel als auch von den selbstvermarktenden Betrieben stieg der Fassweinsteinpreis wieder deutlich an.

Ausblick

Politisch setzt sich die Landesregierung unter anderem für einen verlässlichen Rechtsrahmen ein. Die Europäische Kommission hat am 24. März 2014 einen Vorschlag für eine neue EU-Ökoverordnung vorgelegt, der allerdings über drei Jahre hinweg auf breite Kritik gestoßen ist. Bis Ende Juni 2017 soll es einen letzten Einigungsversuch geben. Darauf einigte sich der EU-Agrarministerrat bei seinem Treffen am 12. Juni 2017 in Luxemburg. Ungeachtet dessen verfolgt die Landesregierung das Ziel, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Rheinland-Pfalz von jetzt ca. 9 % auf 20 % anzuheben. Dies wird von einer nach wie vor wachsenden Nachfrage für Erzeugnisse aus ökologischer Bewirtschaftung getragen und wird einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Biodiversität im landwirtschaftlich geprägten Rheinland-Pfalz leisten. Gleichzeitig bietet die Entwicklung den Landwirtinnen und Landwirten eine bessere wirtschaftliche Absicherung. Gleichzeitig zu der Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Fläche hält die Landesregierung an ihren Programmen zur Förderung einer verbesserten Umweltverträglichkeit in der Landbewirtschaftung fest, bspw. mit den Vertragsnaturschutzprogrammen, der gewässerschonenden Landwirtschaft und den Partnerbetrieben Naturschutz.

1.1.11 Extensive Tierhaltung am Beispiel der Schaf- und Ziegenhaltung

Die Haltung sog. „kleiner Wiederkäuer“ spielt regional eine bedeutende Rolle in der Landschaftserhaltung, aus touristischen und sozio-ökonomischen Gründen. Die Schafhaltung hat sich in den letzten 15 Jahren wie folgt entwickelt:

Deutschland

Hier ist ein erheblicher Rückgang von 2,5 Mio. Mutterschafen auf 1,6 Mutterschafe zu verzeichnen.

Rheinland-Pfalz

Von 150.000 Mutterschafen vor 15 Jahren ist heute die Zahl auf 70.000 zurückgegangen. Neben den **70.000 Mutterschafen** gibt es noch die **Ziegenhaltung mit derzeit 10.000 Tieren**; die noch vor wenigen Jahren vorhandenen Tierbestände bei diesen „Kleinen Wiederkäuern“ werden künftig nicht mehr erreichbar sein!

Die **wesentlichen Ursachen** für den Rückgang sind: 2001 Scrapie; 2007 Blauzungkrankheit; 2005 Vollzug der Entkopplung der Direktzahlungen infolge der GAP-Reform 2003.

Die wirtschaftliche Situation bei den Schaf- und Ziegenhaltern ist sehr angespannt. Neben unzureichenden Erlösen für Schafwolle und Lammfleisch konkurrieren die Schafhalter um mit anderen landwirtschaftlichen Betriebsformen, die konkurrenzfähiger sind (z. B. Betriebe mit Biogasanlagen, leistungsfähige Milcherzeuger), um die knappen landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Schafhalter können die derzeitigen Pachtpreise auf dem Landpachtmarkt oftmals nicht zahlen.

Es handelt sich bei der Flächenproblematik allerdings um ein punktuelles, regionales Problem!

Durch das mangelnde Interesse an Lamm- oder Ziegenfleisch aus heimischer Erzeugung fehlt der ökonomische Anreiz, Grünland über die Haltung von Schafen oder Ziegen zu nutzen.

Die Folge ist in vielen Grünlandregionen in der Regel eine Verbuschung oder alternativ deutlich höhere Kosten für die Offenhaltung, wenn diese durch eine maschinelle Bearbeitung oder in extremen Lagen durch Handarbeit durchgeführt werden muss.

Schafe und Ziegen sind für Landschaftspflege besonders geeignet, vor allem in unwegsamen und steilen Gelände. Sie sind hier nur eingeschränkt durch Menschen oder Maschinen zu ersetzen. Gerade Ziegen werden in der Landschaftspflege in den Hanglagen des Mittelrheintals, der Mosel und insbesondere in Landschaftsschutzgebieten eingesetzt. Die Grünlandbewirtschaftung muss allerdings – nicht zuletzt aus ökologischen Gründen - sichergestellt werden. Dies ist ein wichtiges Ziel der Landespolitik, insbesondere auch angesichts der Herausforderungen des Klimawandels.

Maßnahmen zur Unterstützung der Schaf- und Ziegenhaltung in Rheinland-Pfalz

Die Schaf- und Ziegenhalter partizipieren an den GAP-Direktzahlungen (**1. Säule der GAP**) als flächenbezogene Hilfe in Höhe von rd. 270 €/Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Die Schaf- und Ziegenhalter nehmen ebenfalls Teil an der Förderung aus der **2. Säule der GAP**, und zwar an der Förderung der extensiven Grünlandbewirtschaftung zugunsten extensiver Wirtschaftsweisen, deren Fördersatz von 110 €/ha Grünland für einen Viehbesatz von unter 1,0 Großvieheinheiten/ha LF um 40 € pro ha erhöht und inzwischen um weitere 20 € pro ha (letzte EULLE-BGA in Oppenheim in 2016) aufgestockt wurde.

Darüber hinaus können die Schaf- und Ziegenhalter alle Programme des **Vertragsnaturschutzes des MUEEF**, des **Öko-Landbaus** sowie die Mittel der **Biotoppflege** des MUEEF (über Dienstleistungsverträge der Biotoppflege) nutzen!

Mit der Officialberatung der DLR werden die Schaf- und Ziegenhalter ebenfalls unterstützt.

Aus dem ELER (2. Säule der GAP) werden zudem 275.000 € zur Finanzierung des Tiergesundheitsdienstes für kleine Wiederkäuer bereitgestellt.

Im Übrigen profitieren die Schaf- und Ziegenhalter von den weiteren flankierenden Hilfen aus der 2. Säule der GAP im Rahmen des EULLE-Programms, indem sie am Agrarinvestitionsförderungsprogramm teilnehmen können, die Flurbereinigung dient ihnen ebenfalls über Flächenarrondierung und Verbesserung der Infrastruktur (Wegebau) und

dort, wo keine Flurbereinigung angeordnet ist bzw. wird, über die Förderung des Wegebaus außerhalb der Flurbereinigung.

1.1.12 Struktureller Wandel in Deutschland und Rheinland-Pfalz einschl. Öko-Landbau-Strategie 2020

Deutschland

Die Agrarstruktur Deutschlands befindet sich in einem kontinuierlichen Wandlungsprozess.

Die Kernaussage ist: Der agrarstrukturelle Wandel in Deutschland wird sich fortsetzen, wie bisher mit deutlichen regionalen Unterschieden.¹⁸

Folgende wesentliche Tendenzen lassen sich erkennen: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der in der Landwirtschaft Beschäftigten wird weiter abnehmen. Gleichzeitig werden viele professionell geführte Betriebe deutlich wachsen oder sich neue Formen der Wertschöpfung erschließen. Das bunte Bild aus Unternehmen unterschiedlicher Größe, verschiedener Spezialisierungs- und Diversifizierungsgrade und regional auseinanderstrebender Strukturen wird weiterhin die deutsche Landwirtschaft prägen. Diese Heterogenität ergibt sich aus den spezifischen Anpassungen an die natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen. Auch die jeweilige Ausgangssituation, die typischen Entwicklungspfade sowie vorhandene Entwicklungsmöglichkeiten spielen eine bedeutende Rolle.

Tierhaltung

Der Umfang der Nutztierhaltung in Deutschland wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich erweitert. Es gibt eine zunehmende Diskrepanz zwischen der Branchenentwicklung und den gesellschaftlichen Ansprüchen. Der gesellschaftliche Druck auf sehr große Tierbestände wird voraussichtlich weiter zunehmen, nicht nur in den Regionen mit hoher Viehdichte. Tierschutzaufgaben und spezielle Anforderungen des Handels können dazu beitragen, dass kleine Tierbestände schneller als bisher aufgelöst werden.

Stark verschärfte Auflagen an die Tierhaltung in Deutschland können dazu führen, dass sie in andere Länder verlagert wird. Wenn man dies vermeiden will, muss in erster Linie den Verbraucherinnen und Verbrauchern durch Transparenz bezüglich der Haltungsformen die Möglichkeit eröffnet werden, die von ihnen geforderten Standards auch gezielt mit einem höheren Preis wertzuschätzen. Die Landesregierung setzt sich hier für eine einfache, nachvollziehbare Lösung vergleichbar mit der Kennzeichnung der Haltungsform in der Eierzeugung ein. Gleichzeitig sind flankierende Maßnahmen zum Beispiel im Rahmen von Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum notwendig. Die Agrarinvestitionsförderung kann eine wichtige Rolle im Transformationsprozess hin zu mehr Tierwohl und Umweltschutz in den Betrieben spielen.

Die wirtschaftlichen Kräfte führen einerseits zur Konzentration der Produktion in besonderen Gunstregionen, andererseits werden zunehmende Auflagen und die Genehmigungspraxis in

¹⁸ aid

Intensivgebieten (Veredlungszentren der Tierhaltung) die weiteren Konzentrationsprozesse begrenzen.

Rheinland-Pfalz¹⁹

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft schlägt sich in Rheinland-Pfalz merklich in der Betriebsstruktur nieder. Auch wenn die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Unternehmen, die von der Fläche her im Durchschnitt der mittleren Betriebsgröße zugeschrieben werden können, zwischen 2013 und 2016 um mehr als ein Viertel zugenommen hat, ist kurz- und langfristig unter dem Strich ein deutlicher Rückgang der Betriebszahlen in den Größenklassen bis 100 ha festzustellen. Im Gegenzug sind deutlich mehr Großbetriebe in dem Bundesland zu finden. Das geht aus der Agrarstrukturhebung 2016 des Statistischen Landesamtes Bad Ems hervor. Seinen Angaben zufolge wirtschafteten im vergangenen Jahr noch 17 600 landwirtschaftliche Unternehmen in Rheinland-Pfalz, was im Vorjahresvergleich einem Rückgang um 500 Betriebe oder 3 % entspricht. Gegenüber 1999 hat sich ihre Zahl jedoch um 17 900 reduziert und damit mehr als halbiert. Dieser Rückgang ist vor allem auf die kleinen Betriebe zurückzuführen, die weniger als 5 ha bewirtschaften. Von ihnen wurden 2016 insgesamt 11 500 weniger gezählt als 1999; bei den Größenklassen 5 ha bis 100 ha gaben im entsprechenden Vergleichszeitraum laut Landesamt 7 200 Betriebe oder 38 % auf. Deutlich gestiegen ist auf der anderen Seite die Zahl der größeren Betriebe mit mehr als 100 ha Fläche, nämlich um 900 oder 70 %. So ist auch zu erklären, dass die landwirtschaftlich genutzte Fläche seit 1999 nur um 1,2 % auf 707 200 ha abgenommen hat.

Verändert hat sich zwischen 1999 und 2016 den Statistikern zufolge jedoch die Flächennutzung in Rheinland-Pfalz. So nahmen Kleinbetriebe zuletzt 23 000 ha oder 73 % weniger und Höfe mit einer Nutzungsfläche zwischen 5 ha und 100 ha insgesamt 167 000 ha oder ein Drittel weniger in Anspruch. Die größeren Betriebe weiteten ihr Areal dagegen zusammen um fast die Summe dieser freigewordenen Felder, nämlich exakt 181 000 ha aus, was einer guten Verdopplung entspricht. Als Resultat hat sich langfristig auch die durchschnittliche Betriebsgröße in dem Bundesland von 20 ha auf 40 ha verdoppelt. Sie liegt damit aber immer noch unter dem 2015 erfassten bundesweiten Durchschnitt von 60 ha. Immerhin fast ein Viertel der Unternehmen nutzen weniger als 5 ha landwirtschaftliche Fläche, während der Anteil in ganz Deutschland nur 9 % beträgt. Den Grund für diese kleinteilige Strukturierung sehen die Mitarbeiter des Landesamtes im Weinbau; insgesamt 43 % aller Agrarbetriebe hatten bei der jüngsten Erfassung Rebflächen bewirtschaftet. Bei dem Anteil der größeren Betriebe liegt Rheinland-Pfalz den Statistikern zufolge im bundesweiten Schnitt, bei den Unternehmen mit 5 ha bis 100 ha jedoch deutlich zurück.

Zwischen 2013 und 2016 verzeichnete das Statistische Landesamt eine Zunahme der Ökobetriebe um mehr als ein Viertel. Dies dokumentiert die kontinuierlich wachsende Bedeutung des Ökolandbaus in Rheinland-Pfalz. Damit hatten zum Zeitpunkt der Erfassung

¹⁹ AgE Veröffentlichung Februar 2017

1445 Höfe oder 8,2 % aller landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz ökologisch gewirtschaftet. Die entsprechenden Unternehmen nutzten nach Angaben der Statistiker insgesamt 63.561 ha landwirtschaftliche Fläche und damit rund 9 % der gesamten Landwirtschaftsfläche des Landes. Die durchschnittliche Flächenausstattung der Ökobetriebe übersteigt mit 47 ha die der konventionellen Betriebe mit rd. 40 ha LF. Als Gründe für die zunehmende Bedeutung des Ökolandbaus führte das Landesamt unter anderem das wachsende Umweltbewusstsein an. Weitere Gründe bestünden in der steigenden Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln und den entsprechenden Förderungen.

1.1.13 Ausblick auf das Wirtschaftsjahr 2016/17

Aufgrund der bisherigen Ernteergebnisse und Preise im aktuellen Wirtschaftsjahr 2016/2017 ist mit keiner grundlegenden Verbesserung der Situation im landwirtschaftlichen Bereich zu rechnen.²⁰ Im Gegenteil – der Ackerbau wird wohl Verluste hinnehmen müssen. Es gibt jedoch vergleichsweise positive Entwicklungen bei den Milch- und Schweinepreisen. Im Weinbau werden möglicherweise gleiche Ergebnisse wie 2015/2016 oder nur geringfügig schwächere erzielt werden.

Die schon seit vielen Jahren in fast allen Sparten festzustellenden, teils extrem starken jährlichen Schwankungen bei den Unternehmensergebnissen zeigen einmal mehr, dass die Betriebsleiter in mehrjährigen Durchschnitten denken und kalkulieren müssen. Sie dürfen sich nicht dazu verleiten lassen, in einem besonders guten Jahr betriebswirtschaftlich nicht wirklich sinnvolle Investitionen zu tätigen, sondern Rücklagen zu bilden, um in einem ggfs. nachfolgenden wirtschaftlich schwächeren Jahr nicht in Liquiditätsprobleme zu geraten. 70 bis 80.000 € Unternehmensergebnis müssen im mehrjährigen Durchschnitt erzielt werden, möchte man hiervon – wenn man ausschließlich von den landwirtschaftlichen oder weinbaulichen Einkünften lebt - ein ausreichendes Familieneinkommen erzielen.

2. Zukunftsfähigkeit der Agrarwirtschaft

Die Agrarwirtschaft ist eine bedeutsame, multifunktionale Branche, da sie nicht nur für die Ernährung wesentliche Verantwortung trägt, sondern auch wichtige Aufgaben in der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Kulturlandschaften und der Bewältigung der Klimawandelfolgen wahrnimmt. Gleichzeitig ist der Agrarsektor in der EU von herausragender Bedeutung als Wirtschaftssector mit mehr als 13 Mio. Betrieben und rd. 47 Mio. Beschäftigten. Lebensfähigkeit und Vitalität der ländlichen Räume hängen vor diesem Hintergrund ebenfalls von der Agrarwirtschaft ab. Darüber hinaus ist die moderne Landwirtschaft der Schlüsselfaktor zur Sicherung der globalen Ernährungssituation, entscheidend im Kampf gegen Hunger und Fehlernährung, sowie ein wesentlicher Akteur bei

²⁰ Vgl. hierzu Dr. Udo Sauer und G. Müller, Darstellung der wirtschaftlichen Situation der landwirtschaftlichen und weinbaulichen Betriebe in Rheinland-Pfalz anhand der Buchführungs-ergebnisse des Wirtschaftsjahres 2015/2016, Bad Kreuznach 2016

der Einhaltung der Umwelt- und Klimaschutzziele und trägt damit zur Friedenssicherung weltweit bei.²¹

In den kommenden Jahren werden die ressourcenschonende Nutzung und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Produktionsrisiken und wirtschaftlichen Unsicherheiten einschließlich volatiler Agrarmärkte noch spürbarer in den Mittelpunkt der Herausforderungen rücken.

2.1. Krisenanfälligkeit und Krisenbewältigung in der Agrarwirtschaft

Die Landwirtschaft ist zunehmenden Risiken ausgesetzt. Von Wetterphänomenen über die Folgen des Klimawandels, volatile und intransparente Märkte, eine schwache Position in der Lebensmittelkette bis hin zu mangelnder Verlässlichkeit in den politischen Rahmenbedingungen auf EU- und Bundesebene und geopolitischen Entwicklungen reichen die Risikofaktoren. Landwirte müssen daher mit Preisinstabilitäten auf der einen und niedrigen Einkommen auf der anderen Seite fertig werden.²² Eine besondere Herausforderung für die heimischen Betriebe, sind die extremen Wetterschwankungen. Diese konnten auch 2017 schon beobachtet werden; auf den wärmsten März seit Beginn der Wetteraufzeichnungen folgte Frost im April 2017. Die Betriebe müssen auf alle Möglichkeiten eingestellt sein und sich so gut wie möglich der „Herausforderung Klimawandel“ stellen.

Insbesondere die landwirtschaftlichen Kulturen sind infolge der zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels stärker denn je den Wetterextremen ausgesetzt: Starkregenereignisse, Hitze, Dürre und Trockenheit sowie Spätfröste führen zu volatilen Erträgen mit erheblichen finanziellen, teils existenzgefährdenden Folgen für die Betriebe. Diesem Phänomen kann nur mit vielfältigen, den betriebsformspezifischen Anforderungen entsprechenden Maßnahmenpaketen – insbesondere Liquiditätshilfen - begegnet werden. Es bedarf dabei für die Dauer- und Sonderkulturbetriebe einer anderen Zusammensetzung als in der übrigen Landwirtschaft, bei denen insbesondere die viehhaltenden Betriebe von den viehlos wirtschaftenden (Marktfrucht-)Betrieben zu unterscheiden sind.

Durch den Klimawandel bedingte Schaderreger können diese witterungsbedingten Krisensituationen noch erheblich verstärken, zumal wirksame Bekämpfungsmittel zunehmend langen Zulassungsverfahren unterliegen (z. B. im Bereich des Pflanzenschutzes oder in der Tiermedizin).

Die gestiegene Volatilität der internationalen Agrarmärkte, der Abbau der klassischen Marktordnungsinstrumente in der EU und die Zunahme von Wetterextremen haben eine Debatte über die Rolle des Staates beim Umgang mit Ertrags- und Preisrisiken im Agrarbereich ausgelöst. Der Wissenschaftliche Beirat beim BMEL hat bereits vor einigen Jahren Stellung zu diesen Herausforderungen genommen, die zugleich auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene diskutiert werden.²³

²¹ Vgl. BMEL, Grünbuch Ernährung, Landwirtschaft, Ländliche Räume – Gute Ernährung, starke Landwirtschaft, lebendige Regionen, Berlin, Dezember 2016, S. 50.

²² Vgl. Euractiv, EU-Kommissarin: Es gibt keine einfache Lösung für das Lebensmittelpreisproblem, Brüssel, 28. April 2017

²³ Vgl. hierzu: Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Stellungnahme Risiko- und Krisenmanagement in der Landwirtschaft, Berlin, April 2011

2.2. Lösungsansätze in der Gemeinsamen Agrarpolitik

Vieles spricht dafür, dass sich landwirtschaftliche Unternehmer in einigen Branchen der europäischen Landwirtschaft - z.B. im Milchsektor- zukünftig mehr als bisher mit dem Thema Risikomanagement beschäftigen müssen. Im Vordergrund stehen dabei zunehmende Preis- und Ertragsrisiken mit ihren jeweiligen Konsequenzen für die Einkommen der Landwirte. Der Umgang mit diesen Risiken ist in erster Linie eine unternehmerische Aufgabe, die mit Blick auf die standörtlichen Voraussetzungen, die spezielle, betriebsformabhängige Risikoexposition und das individuelle Risikoempfinden zu lösen ist. Undifferenziert wirkende bzw. ausgerichtete Stabilisierungsinstrumente werden dieser Aufgabe nicht gerecht. Sie sind nicht zielgerichtet genug und verursachen unverträglich hohe fiskalische und volkswirtschaftliche Kosten. Gleichzeitig ist es zum Erhalt der bäuerlichen Betriebe einschließlich der Nebenerwerbsbetriebe notwendig, die Betriebe mit den betriebswirtschaftlichen Anforderungen nicht allein zu lassen.

Der Vorschlag einer Subventionierung von Prämien für Versicherungen ist ein immer wieder in die Diskussion gebrachtes Beispiel für den Umgang mit Ertragsrisiken. Die Möglichkeiten einer Förderung von Mehrgefahrenversicherungen sind im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der GAP nach 2020 näher zu analysieren. Hierzu wurde eine Bund-Länder-AG eingerichtet. Andere – durchaus auch anspruchsvollere – Strategien wie das Engagement von Landwirten und ihre Erzeugnisse abnehmenden Verarbeitern an Warenterminbörsen dürften in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist allerdings, die Landwirte mit diesen für sie in der Regel neuen Instrumenten vertraut zu machen. Im Falle der Preisrisiken und deren Folgen für das Einkommen gibt es darüber hinaus weitere Vorschläge, wie die steuerbegünstigte Risikoausgleichsrücklage. Zumindest mittelfristig werden auch die Direktzahlungen im Rahmen der 1. Säule der GAP ihre wesentliche Bedeutung als Einkommen stabilisierendes Element behalten. Ein weiterer wichtiger Lösungsansatz wird die Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelkette darstellen. Hierzu trägt auch der Ausbau der regionalen Vermarktung bei.

3. Agrarpolitische Ausblick

3.1 Ausblick auf die agrarpolitischen Rahmenbedingungen

Die Gemeinsame Agrarpolitik mit ihrer unmittelbaren Zuständigkeit für die Landwirtschaft und die Förderung der Entwicklung der ländlichen Räume, darüber hinausgehend aber auch erheblicher Bedeutung für die „Begleitung“ globaler, europäischer und nationaler sowie gesellschaftlicher Herausforderungen ist von großer Dynamik und laufenden Änderungen geprägt. Im Dezember 2013 haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf eine Reform der GAP unter Berücksichtigung des geltenden EU-Finanzrahmens 2014-2020 geeinigt. Mit dieser Reform wird der Kurs der Marktorientierung der Landwirtschaft fortgesetzt und die GAP stärker als bisher auf die Entlohnung gesellschaftlicher Leistungen sowie die Zukunftssicherung der ländlichen Regionen ausgerichtet.

Damit die GAP weiterhin wirksam zur Strategie „Europa 2020“ mit den Zielen von Wachstum und Beschäftigung sowie sozialem Zusammenhalt beitragen kann, muss sie – wie Kommissionspräsident Juncker in seiner Rede zur „Lage der EU“ sowie in seinem Schreiben vom 14. September 2016 an die Präsidenten von Ministerrat und Europäischem Parlament feststellt – modernisiert und vereinfacht werden.

Die Entwicklungen in der EU im Jahre 2016 werden für die künftigen Rahmenbedingungen deutliche Folgen haben. Mit dem Votum Großbritanniens vom 23.06.2016 zum Austritt aus der EU und dem am 29.03.2017 in Brüssel eingegangenen entsprechenden Notifizierungsschreiben wurde der Austrittsprozess nach Artikel 50 des EU-Vertrags ausgelöst. Der Europäische Rat hat daraufhin am 29.04.2017 Leitlinien für die Austrittsverhandlungen beschlossen.²⁴ Die budgetären Folgen für den EU-Haushalt werden erheblich sein; die Mindereinnahmen werden auf etwa 11 bis 15 Mrd. Euro jährlich bzw. ca. 3 bis 4 Mrd. Euro jährlich für die GAP geschätzt.

Gleichzeitig intensiviert sich seit dem Informellen Agrarrat unter niederländischer Ratspräsidentschaft Ende Mai/Anfang Juni 2016 die Diskussion um die Zukunft der GAP nach 2020.²⁵ Weitere wichtige Zusammenkünfte waren Anfang September 2016 die CORK 2.0-Konferenz zur Entwicklung ländlicher Räume sowie im französischen Chambord ein Treffen von EU-Agrarministern zur Weiterentwicklung der GAP.

Die EU-Kommission hat zudem eine dreimonatige Online-Konsultation vom 2.2. bis 2.5.2017 durchgeführt, an der 322.000 Beteiligungen stattfanden. Im Laufe des Jahres 2017 findet auf dieser Basis am 7. Juli 2017 in Brüssel eine hochrangige Konferenz zur Diskussion der Folgenabschätzung aus dieser Befragung statt, die im November 2017 in eine offizielle Mitteilung der EU-Kommission zur GAP nach 2020 mündet. Zudem wird die Kommission Ende 2017 ihren Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 vorlegen.

Das rheinland-pfälzische Agrarresort hat seine Vorstellungen zur Zukunft der GAP in einem Positionspapier vom März 2017 als ein Teil seiner agrarpolitischen Gesamtstrategie dargelegt, dessen Kernaussagen inhaltlich wie folgt zusammengefasst werden können:

Rheinland-pfälzisches Ziel ist es, dass sowohl die 1. Säule als auch die 2. Säule finanziell gestärkt wird. Eine finanzstarke GAP in Form der „2-Säulen-Architektur“ ist die entscheidende Voraussetzung dafür, eine wirtschaftlich erfolgreiche und ökologisch verantwortliche Landwirtschaft zu gestalten und die Vielfalt der bäuerlichen Landwirtschaft und der ländlichen Räume zu erhalten. In der GAP wurde bewusst und mit großem Konsens der Weg der Marktorientierung und des Paradigmenwechsels hin zur Nachhaltigkeit beschritten. Das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit, Umweltverträglichkeit, Modernisierung und Innovation im Kontext zahlreicher neuer Herausforderungen tritt verstärkt in den Fokus. Die rheinland-pfälzische Linie bei der Weiterentwicklung der GAP ist klar: Die Landwirte brauchen Planungssicherheit und Einkommensstabilität. Wer die Direktzahlungen in Frage

²⁴Vgl. Europäischer Rat, LEITLINIEN IM ANSCHLUSS AN DIE MITTEILUNG DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GEMÄSS ARTIKEL 50 EUV, EUCO XT 20004/17, Brüssel, 29.04.2017.

²⁵Vgl. Regierung der Niederlande, Food of the Future – the Future of Food: Discussion Paper of the Netherlands Presidency, Den Haag, 2016.

stellt, stellt die Existenzfrage – gerade für die mittleren und kleinen Betriebe in Deutschland. Mit den Direktzahlungen werden die Einkommen der Betriebe stabilisiert; sie leisten einen Ausgleich für die hohen Standards in der EU und honorieren öffentliche Leistungen. Das Hauptproblem der GAP ist die zunehmende Bürokratie. Deshalb setzt Rheinland-Pfalz sich weiter für eine möglichst umfassende Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik ein. Die Chance auf eine „bürokratische Durchforstung“, die mit einer Neuausrichtung der GAP verbunden ist, muss dringend genutzt werden. Konkret heißt das: Die GAP muss substantiell vereinfacht und die Forderungen der Gesellschaft stärker in den Blick genommen werden. Die Gemeinsame Agrarpolitik als zentraler Eckpfeiler der europäischen Erfolgsgeschichte gilt es zu sichern und zukunftsfest weiterzuentwickeln: für eine Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft und für attraktive ländliche Räume.

Weitere wichtige aktuelle agrarpolitische Eckpunkte waren und sind die Planungssicherheit und Verlässlichkeit²⁶ der agrarpolitischen Rahmenbedingungen, die neben der instrumentellen Begleitung und den Finanzhilfen durch die Agrarmarktkrise hinweg geholfen haben (ohne Inanspruchnahme der GAP-Krisenreserve). Auch die Ergebnisse der „Task Force Agrarmärkte“²⁷ mit dem Ziel der Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelkette sind zu erwähnen; sie werden auch für die Weiterentwicklung der GAP nach 2020 bedeutsam sein.

Auf nationaler Ebene besonders zu erwähnen sind die Änderung des GAK-Gesetzes, die Verabschiedung der Novellierung des Düngepaketes sowie die zusätzlichen finanziellen Hilfen zur Bewältigung der Milchmarktkrise im Vollzug des EU-Milchpaketes vom 18.07.2016.

Die Landesregierung hat sich deutlich auf die Seite einer leistungsfähigen gentechnikfreien und umweltverträglichen Landwirtschaft gestellt, im Weinbau angesichts des witterungsbedingten Peronospora-Befalls für die Zulassung der Anwendung von Kaliumphosphonat eingesetzt sowie in den Agrarministerkonferenzen auf die prekäre Zulassungssituation bei den Pflanzenschutzmitteln hingewiesen. Mit einer breiten Unterstützung von steuerlichen Hilfen bis hin zur Abwicklung der beiden „Milch-Hilfspakete“ stand sie den Milchviehhaltern in der schwierigen Phase der Bewältigung der 3. Milchpreiskrise seit 2009 nachhaltig bei. Auch in die Reform des Düngepaketes – bestehend aus den Novellierungen des Düngegesetzes, der Düngeverordnung sowie der Verordnung über Anlagen wassergefährdender Stoffe – bis hin zur Änderung des Bewertungsgesetzes im Zuge der ersten Schritte zur Novellierung und Reform der Grundsteuer hat die Landesregierung die Belange der Landwirtschaft und des Weinbaus engagiert vertreten und wird dies auch künftig tun.

²⁶ Vgl. hierzu Europäische Kommission, Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Umsetzung der Verpflichtung zur Ausweisung ökologischer Vorrangflächen im Rahmen der Regelung für Ökologisierungszahlungen (grüne Direktzahlungen), Brüssel, 29.3.2017, COM (2017) 152 final

²⁷ Vgl. hierzu den am 15. November 2016 anlässlich des EU-Agrarministerrats in Brüssel vorgestellten Bericht der AMTF (Agricultural Markets Task Force).

3.1.1 Handlungsfelder und Handlungsbedarfe

Die anhaltend schwierige Situation in der Landwirtschaft sorgt mittlerweile für massive strukturelle Veränderungen. Die Sorgen um die Zukunftssicherung einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft – insbesondere der viehhaltenden Betriebe – veranlassen die Landesregierung, sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit im Sinne der Erhaltung einer leistungsfähigen Land- und Weinwirtschaft einzusetzen. Die Absicherung bäuerlicher Betriebseinkommen hat höchste Priorität. Die Direktzahlungen im Rahmen der 1. Säule der GAP sind deshalb auf absehbare Zeit unverzichtbar. Landwirte müssen endlich wieder kalkulieren können und über den Produktpreis den überwiegenden Teil ihres Einkommens erzielen.

Die 2. Säule der GAP in Gestalt des ländlichen „*Entwicklungsprogramms Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung*“ (EULLE) passt die Landesregierung schrittweise an diese Ziele an. Sie hat dazu im Jahre 2016 bereits erste Weichenstellungen mit der Förderung umweltfreundlicher Pflanzenschutz- und Düngemittelausbringungstechniken in Abstimmung mit dem zuständigen Begleitausschuss vorgenommen und wird diese im Jahre 2017 mit einer Wettbewerbs- und Innovationsoffensive in Landwirtschaft und Weinbau weiterführen. Die 2. Säule der GAP wird auch zukünftig ein wichtiges Instrument sein, um das 20 %-Ökolandbau-Ziel der Landesregierung zu erreichen.

Im Übrigen „warnt“ die Landesregierung vor einer Überforderung der Bauernfamilien infolge anspruchsvoller, kostenintensiver gesellschaftlicher Ansprüche, ohne die Bereitschaft auf Konsumentenseite, für die qualitativ hochwertigen Agrarprodukte kostendeckende Preise zu zahlen oder die Bauernfamilien gar öffentlich an den Pranger zu stellen. Die Schaffung der notwendigen Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher, bspw. durch die geforderte, einfach nachvollziehbare Kennzeichnung von Fleisch und Fleischprodukten, ist hierfür eine wichtige Voraussetzung.

Nachfolgend wird exemplarisch auf die beiden Handlungsfelder der Umsetzung des novellierten Düngerechts sowie aus dem Bereich der Modernisierung auf die Digitalisierung eingegangen.

- **Umsetzung Düngerecht**

Mit der Verordnung zur Neuordnung der guten fachlichen Praxis beim Düngen wird die bestehende Verordnung über die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen (Düngeverordnung – DüV) abgelöst. Dabei werden insbesondere verstärkt Vorgaben der EG-Nitratrichtlinie umgesetzt. Weiterhin wird der aktuellen wissenschaftlichen und technischen Entwicklung sowie Erfahrungen aus der Vollzugspraxis Rechnung getragen. Das Reformpaket von Düngegesetz (DüG), Düngeverordnung (DüV) und Anlagenverordnung für wassergefährdende Stoffe (AwSV) ist das Ergebnis langer und intensiver Abstimmungen innerhalb der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den

Ländern und den Verbänden. Mit der Bundesratsinitiative zur AwSV hat Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Bayern einen wichtigen Beitrag geleistet, um die einheitlichen Regelungen zur Lagerung von Gülle und Gärresten in der Düngeverordnung zu ermöglichen.

Vor dem Hintergrund des laufenden Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland wegen der unzureichenden Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie lag es daher auch im Interesse von Rheinland-Pfalz, dass das Gesamtpaket aus Düngegesetz, Düngeverordnung und AwSV zeitnah verabschiedet und in Kraft gesetzt werden konnte.

Die Anpassungen im Düngegesetz waren die Basis für eine Vielzahl von Änderungen und Ermächtigungen in der Düngeverordnung.

Was sind die wesentlichen Änderungen im DüG?

Ab 2018 müssen tierhaltende Betriebe mit mehr als 2,5 GV je Hektar und mehr als 30 ha landwirtschaftliche Nutzfläche oder mehr als 50 GV eine Stoffstrombilanz erstellen; ab 2023 gilt dies für alle Betriebe mit mehr als 20 ha landwirtschaftliche Nutzfläche oder mehr als 50 GV. Für beide Varianten gilt: Sobald dem Betrieb im jeweiligen Wirtschaftsjahr Wirtschaftsdünger aus anderen Betrieben zugeführt wird, muss eine Stoffstrombilanz erstellt werden.

Der Bußgeldrahmen gegen bestimmte Verstöße der Düngeverordnung wird auf bis zu 150.000 Euro erhöht.

Eine Befugnis der zuständigen Länderbehörden zum Datenabgleich mit Erhebungen aus anderen Rechtsbereichen soll für düngerechtliche Überwachungszwecke eingeführt werden. (z. B. Daten aus InVeKos, der HIT-Datenbank oder bestimmte Daten, die bei den bau- oder immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbehörden vorliegen).

Bundesweit kann ein einheitlicher Rahmen geschaffen werden, auf dessen Grundlage ein freiwilliges Qualitätssicherungssystem für Wirtschaftsdünger aufgebaut werden kann. Die Länder können die hierfür erforderlichen konkretisierenden Regelungen bei Bedarf in einer Rechtsverordnung erlassen, sofern der Bund von seiner Verordnungsermächtigung keinen Gebrauch macht.

Biogasgärreste werden in die 170 kg N/ha Regelung aufgenommen.

Was ändert sich durch die novellierte Düngeverordnung²⁸?

Die Düngebedarfsermittlung für Stickstoff auf Acker- und Grünland wird bundeseinheitlich geregelt und konkretisiert. Dementsprechend werden ertragsabhängige, standort- und kulturartenbezogene Obergrenzen für die Stickstoffdüngung eingeführt.

Die Vorgaben für das Aufbringen von stickstoff- und phosphathaltigen Düngemitteln auf überschwemmten, wassergesättigten, gefrorenen oder schneebedeckten Boden werden präzisiert.

²⁸ Vgl. Verordnung zur Neuordnung der guten fachlichen Praxis beim Düngen vom 26. Mai 2017, BGBl. I S. 1305, vom 1.6.2017

Zeiträume, in denen keine Düngemittel ausgebracht werden dürfen, verlängern sich grundsätzlich (Ackerland: nach der Ernte der Hauptfrucht bis 31.01.; Grünland: 01.11. – 31.01., Einführung einer Sperrzeit für die Aufbringung von Festmist und Kompost: 15.12. – 15.01.; die zuständigen Behörden können Beginn/Ende jeweils um bis zu vier Wochen verschieben).

Die zulässige Stickstoffgabe im Herbst wird beschränkt auf 60 kg Gesamtstickstoff je Hektar. Die Abstände für die Stickstoff- und Phosphatdüngung in der Nähe von Gewässern und im hängigen Gelände vergrößern sich.

Die Kontrollwerte für die Differenz von Zu- und Abfuhr im Nährstoffvergleich (ab 2020 sind nur noch 50 kg N je Hektar zulässig) werden verringert.

Bundeseinheitliche Vorgaben für das Fassungsvermögen von Anlagen zur Lagerung von flüssigen Wirtschaftsdüngern und flüssigen Gärrückständen aus dem Betrieb einer Biogasanlage (grundsätzlich größer als benötigte Kapazität zur Überbrückung der Sperrfristen, mindestens jedoch sechs Monate, Betriebe mit hohem Tierbesatz oder ohne eigene Ausbringungsflächen müssen ab 2020 mindestens neun Monate Lagerkapazität vorweisen) sowie Festmist, festen Gärrückständen und Kompost (zwei Monate) werden eingeführt.

Die Länder werden verpflichtet, in Gebieten mit hoher Nitratbelastung sowie in Gebieten, in denen stehende oder langsam fließende oberirdische Gewässer durch Phosphat, was nachweislich aus der Landwirtschaft stammt, eutrophiert sind, mindestens drei zusätzliche Maßnahmen aus einem vorgegebenem Katalog zu erlassen.

Die ab 1.1.2018 von größeren viehhaltenden Betrieben zu erstellende Stoffstrombilanz stellt im Übrigen eine anspruchsvolle Herausforderung für diese Betriebsformen dar.

- **Digitalisierung**

Im Zuge der voran schreitenden Digitalisierung in der Gesellschaft stellt die digitale Transformation in der Landwirtschaft wie in den anderen Bereichen der Wirtschaft eine Herausforderung und ein wichtiges Handlungsfeld für die Wirtschaftspolitik des Landes dar²⁹. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) sieht im Prozess der Digitalisierung eine Chance für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Sie wird als Impulsgeber für Innovationen in den Anwenderbranchen, für die Gestaltung neuer Produkte, Dienste, Prozesse und Geschäftsmodelle noch weiter an Bedeutung zunehmen und Unternehmensstrukturen wie Wirtschaftsbranchen verändern.

Zukunftsträchtige Anwendungsgebiete für die Digitalisierung in der Landwirtschaft sind immer dort zu finden, wo eine Vielzahl von Daten verarbeitet und mit zeitlichen und räumlichen Bezügen gekoppelt werden müssen. Die Landwirtschaft in RLP setzt zunehmend Smart Farming-Technologien ein. Bei Landwirten sind dies z.B. GPS-Lenksysteme, sowie GPS- und sensorgesteuerte Applikationstechniken in den Bereichen Düngung und Pflanzenschutz zur teilflächenspezifischen Bewirtschaftung. Bei Lohnunternehmen und

²⁹ Vgl. DLG, Band 111, Landwirtschaft 2030, Frankfurt 2017, S. 233 ff.

Maschinenringen werden z.B. die GPS-Ertragskartierung bei Mähdrusch, Futter- und Rübenernte, GPS-gesteuerte Sä- und Pflanztechnik, das GPS-Flottenmanagement bei der Ernte- und Ausbringlogistik sowie die GPS-Vermessung (z.B. Saum- und Bandstrukturen im Ackerbau) eingesetzt.

Von den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) des Landes werden verschiedene Anwendungen und Techniken eingesetzt oder zur Nutzung angeboten. Dies ist z.B. der MAPrlp-Server zur Geodatenauslieferung und Beratungsunterstützung, der derzeit am Landesbetrieb Daten und Information (LDI) in Mainz eingerichtet wird. MAPrlp liefert den Landwirten geo-basierte Werkzeuge, um u.a. Betriebsdaten aus FLO rlp (ein internetbasiertes Geographisches Informationssystem zur Unterstützung der Landwirte bei Förderanträgen) bzw. dem eAntrag (elektronische Antragstellung) zu betrieblichen Zwecken aufbereiten zu können. Daneben lassen sich mit diesen Daten auch präzise standortspezifische Beratungsanfragen beispielsweise an die in RP verfügbaren Onlinedienste von ISIP (Informationssystem für Integrierte Pflanzenproduktion) richten. ISIP bietet für die Landwirtschaft tagesaktuell einen digitalen Warndienst im Internet, sowie interaktive Entscheidungshilfen, bestehend aus Prognosemodellen, Felderhebungsdaten und Beraterkommentaren.

Im Gartenbau stehen ein bundesweites Informationsnetzwerk (Hortigate), ein Gartenbau-Wikipedia (Hortipendium) und eine Datenbank zu Pflanzenschutzthemen (PS-Info), sowie verschiedene Auswertungssysteme zu Wetterdaten (Wetterprognosen, Bewässerungsservice) zur Verfügung.

In der landwirtschaftlichen Tierhaltung wurde ein System zur routinemäßigen Erfassung von Gesundheitsdaten von Rindern aufgebaut. Die erfassten Daten werden zur Optimierung des Herdenmanagements und zur Zucht (Selektion auf eine verbesserte Tiergesundheit) verwendet. Das Land fördert mit diesem Projekt die Eingabe von medizinischen Befunden und Diagnosen über das Herdeninformationssystem NETRIND mlp bzw. NETRIND mobil.

Im Rahmen der Fachschule Landbau wird in Kooperation mit der DEULA (Deutschen Lehranstalten für Agrartechnik e.V.) ein Wahlpflichtmodul „Informationsgestützte Agrartechnik“ für die Techniker angeboten. Ziel ist der Einstieg in das „Smart Farming“ und die Heranführung der Schüler an die geodatengesteuerte Produktionstechnik. Umgang mit und die Nutzung von Bordcomputern und Sensoren, die Erschließung von Datenquellen, Datenmanagement, Datenauswertung und Erstellung von Ertrags- und Applikationskarten werden vermittelt.

Das Wahlpflichtmodul „EDV“ hat landwirtschaftliche Fachprogramme (z.B. Prognosemodellen für Pflanzenbau und Pflanzenschutz) zum Inhalt. Umgang mit Schlagkarteien, Nutzung selbst erhobener Betriebsdaten und Feldbonituren und die Integration von Wetterdaten des „Agrarmeteorologischen Messnetzes Rheinland – Pfalz“ werden vermittelt.

Zur Unterstützung der Landwirte bei der elektronischen Antragstellung (eAntrag) werden Informationsveranstaltungen u.a. als sogenannte Webinare (interaktive Live-Seminare über

das Internet) angeboten. Bereits seit einigen Jahren werden die Webinare in der Beratung genutzt, um flächendeckend und zeitsparend Beratungsinhalte an Landwirte zu vermitteln.

Mit Blick auf die überwiegend klein- und arbeitsteilige Landwirtschaft in RP soll die Einführung eines „überbetrieblichen Smart Farmings“ durch die Bereitstellung von amtlichen Geoinformationen gefördert werden. Dies erfolgt z.B. durch das Mobile AgrarPortal Rheinland-Pfalz (MAPRlp). Für die Entwicklung der MAPRlp-Struktur hat die Landesregierung rd. 180.000 EUR bereitgestellt.

Die weitere Entwicklung von Apps bzw. Geoformularen geht in Richtung mobile Nutzung vor Ort. Zur überbetrieblichen Vernetzung der Betriebe wird deshalb ein mit Mitteln des MWVLW und der EU gefördertes Projekt, „MapApps“, in den Jahren 2016 – 2020 durchgeführt.

Im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung werden durch das Land Investitionen in Zusatzgeräte und in Informationstechnik auf landwirtschaftlichen Zugmaschinen oder selbstfahrenden Arbeitsmaschinen gefördert. Dabei geht es insbesondere um globale Positionierungssysteme (GPS) einschließlich Zusatzgeräten sowie geeignete Schnittstellensoftware (z. B. mit Geoinformationssystemen kompatible Schlagkarteissoftware zur Leistungsdatenübermittlung mit Positionsdaten an PC-Managementsysteme zur standortbezogenen Maschinensteuerung. Hierfür können Zuschüsse in Höhe von 30 % (max. 35.000 Euro) gewährt werden.

Ziel ist es, eine wettbewerbsfähigere und umweltschonendere Landbewirtschaftung zu ermöglichen.

Das Ministerium verfolgt das Ziel, den Prozess der Digitalisierung in der Wirtschaft zu begleiten und durch vielfältige Maßnahmen und Aktivitäten zu unterstützen, um Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort weiter zu stärken und zu einem Land der intelligenten Vernetzung zu entwickeln. Hierzu hat auch die Agrarministerkonferenz am 30.3.2017 in Hannover unter dem TOP „Zukunftsfähige Landwirtschaft - Innovation und Digitalisierung stärken“ einen umfassenden Beschluss gefasst und dabei auch auf das bundesweite Pilotprojekt I-Green ausdrücklich hingewiesen, welches in Rheinland-Pfalz konzipiert wurde.

Neue Mess- und Sensortechniken sowie die internet- und satellitenbasierte Datenübertragung gewinnen eine immer größere Bedeutung in weiten Bereichen der Landwirtschaft. Das Ziel des MWVLW besteht darin, diese Daten insbesondere für die landwirtschaftlichen Anwender in geeigneter Weise verfügbar und nutzbar zu machen. Dies setzt eine ausreichende Infrastruktur zur Datenübermittlung im ländlichen Raum, leistungsfähige und anwenderfreundliche Softwarelösungen sowie ein hohes Maß an Standardisierung voraus.

Die Digitalisierung in der Landwirtschaft kann wesentlich dazu beitragen, wichtige Daten für Entscheidungen bereitzustellen und aufzubereiten. Die Themen Datenschutz und -sicherheit dürfen aber nicht außer Acht gelassen werden.

Eine Voraussetzung für den erfolgreichen Transformationsprozess der Digitalisierung in der Wirtschaft liegt nicht nur im Schutz der eigenen, von den Unternehmen generierten Daten, sondern auch in der eigenverantwortlichen Entscheidung über deren Verwendung. Durch eine projektorientierte Vernetzung im Bereich von Datenschutz und Datenverwendung sowie

durch die Stärkung der IT-Sicherheit in den Unternehmen soll der Digitalisierungsprozess flankiert werden.

Das MWVLW will den Erhalt der eigenen Datensouveränität, auch der kleinen und mittleren Unternehmen, unterstützen, um das Vertrauen in den Digitalisierungsprozess und somit dessen Erfolg zu gewährleisten. Rechenzentren stellen neben den Breitband- und Mobilfunknetzen eine weitere Säule der digitalen Infrastruktur dar. Zusätzlich zu ihrer technischen Relevanz spielen Rechenzentren sowohl bei der Standortattraktivität, als auch bei der Datensicherheit und Datensouveränität zudem eine gewichtige Rolle.

Die erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung in kleinen und mittleren Unternehmen setzt nicht nur Vertrauen in die neuen Techniken und den sicheren Umgang mit den immer größer werdenden Datenmengen voraus. Ebenso wichtig sind das eigene Bewusstsein und die entsprechende Vorbereitung der inneren Organisation und der Fachkräfte für die IT- und Datensicherheit im Unternehmen. Gerade der Mittelstand und die Agrarwirtschaft sind häufig in Sachen Abwehr digitaler Angriffe noch nicht ausreichend aufgestellt.

Andererseits sind die Beratungsangebote rund um das Thema IT-Sicherheit in den vergangenen Jahren erheblich gewachsen, sie werden aber noch nicht im gewünschten Umfang genutzt.

3.1.2 Gesamtstrategie Weiterentwicklung der Agrarpolitik auf Landesebene

Die Agrarpolitik soll den Landwirten möglichst hohe unternehmerische Freiheit, Initiative und Verantwortung für ihre betriebliche Entwicklung in einem möglichst entbürokratisierten Rahmen ermöglichen, der Wettbewerbsverzerrungen vermeidet und Spielraum für Leistungsfähigkeit und Effizienz ermöglicht. In ihren strategischen Überlegungen und Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Landesagrarpolitik geht die Landesregierung von folgender mittelfristigen Agrarstrukturentwicklung aus:

Die Veränderungen im Agrarsektor werden sich fortsetzen. Sie sind bei innovativen Sektoren wie dem Agrarsektor in hohem Maße auf die Umsetzung des technischen Fortschritts (z. B. durch die Digitalisierung) zurückzuführen. Weitere wichtige Einflussgrößen sind u. a. die wirtschaftliche Situation, die Möglichkeiten außerlandwirtschaftlicher Betätigung sowie für die bäuerlichen Familienbetriebe an vorderer Stelle: die Hofnachfolgefrage. Zunehmende Bedeutung kommt darüber hinaus den rechtlichen Rahmenbedingungen mit Bezug zur Umwelt bzw. den natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Luft (z. B. die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, der Nitratrichtlinie, der NEC- und NERC-Richtlinie zur Luftreinhaltung, auf nationaler Ebene die TA Luft u. a.) zu, die die Agrarstruktur stärker als die „allgemeine GAP“ beeinflussen können.³⁰

So ist mit einem weiteren Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe zu rechnen. Der Strukturwandel wird dabei in den Vieh haltenden Betrieben auf deutlich höherem Niveau ablaufen als in den viehlos wirtschaftenden Betrieben – den Marktfruchtbau- sowie den Sonder- und Dauerkulturbetrieben (in Rheinland-Pfalz weisen insbesondere die

³⁰ Vgl. hierzu z. B. Agra Europe, Niederländer wollen Milchkuhbestand um gut ein Zehntel abstocken, Newsletter, 1. Dezember 2016.

Weinbaubetriebe relativ stabile Strukturen und Einkommen infolge ihres hohen Wertschöpfungspotentials auf).

Binnen der kommenden Dekade ist mit einem Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe um 40 bis 50 v. H. auf etwa 160.000 Betriebe in Deutschland und einem Anstieg der durchschnittlichen Betriebsgröße auf 100 ha LF zu rechnen.

In Rheinland-Pfalz wird die Anzahl der Betriebe voraussichtlich von derzeit 17.500 auf rd. 10.000 Betriebe zurückgehen; die durchschnittliche Betriebsgröße wird dabei – trotz des relativ hohen Anteils an Sonder- und Dauerkulturbetrieben - auf rd. 75 ha LF steigen.

Diese perspektivische Sektorentwicklung wird die Landesregierung in ihrer Agrarpolitik mit folgenden **Leitlinien** und darauf aufbauenden Maßnahmen und Initiativen begleiten und gestalten:

A) Gemeinsame Agrarpolitik sachgerecht weiterentwickeln

- *Positionspapier zur Weiterentwicklung der GAP nach 2020*
- *Mitwirkung am Bürokratieabbau und der Vereinfachung der GAP*
- *Initiativen auf institutionellen Wegen (z. B. Bundesrat, AMK, Bund-Länder-Arbeitsgruppen und Fachgremien etc.)*
- *Umsetzung weiterer nationaler (Rechts-)Grundlagen z. B. in den Bereichen GAK und Fachrecht etc.*
- *Frühzeitige Einbindung der Betroffenen in Landwirtschaft und ländlichen Räumen*

B) Wettbewerbsfähigkeit und Marktorientierung stärken durch

- *Unterstützung der einzelbetrieblichen Entwicklung einschließlich der Diversifizierung zur Einkommenssteigerung, bspw. auch durch ökologische Bewirtschaftung und regionale Vermarktung,*
- *verbessertes Risikomanagement,*
- *Maßnahmen zur Kostensenkung (z.B. durch Bodenordnung und Wegebau),*
- *den Einsatz moderner Technologien (Digitalisierung, Smart Farming) und neuer Vermarktungskonzepte*
- *Sicherung des Ausbildungsniveaus, einer qualifizierten Beratung sowie eines standortnahen Versuchswesens.*

Hierfür stehen insbesondere folgende Förderinstrumente zur Verfügung:

- *Nationales Stützungsprogramm Wein mit rund 23 Mio € / Jahr*
- *Entwicklungsprogramm Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung (EULLE) und Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) mit insgesamt rd. 660 Mio. € öffentlichen Mitteln*

C) Einheitliche Wettbewerbsbedingungen schaffen, nationale Alleingänge vermeiden durch

- *Einwirken auf Gesetzgebungsverfahren / Rechtsetzungsverfahren des Bundes und der EU mit dem Ziel, gleiche Spielregeln für alle Marktteilnehmer zu erreichen (vergleichbare Mindeststandards in Natur-, Umwelt-, Pflanzen- und Tierschutz sowie im Baurecht)*

- *mehr Markttransparenz*
- *Stärkung der Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette*

D) Akzeptanz für moderne Landwirtschaft erhöhen, gesellschaftliche Anforderungen aufgreifen durch

- *Vermittlung von Wissen und Kenntnissen über die moderne Landwirtschaft in Schulen (verstärkte Beachtung in Lehrplänen und Einbindung von Praktikern)*
- *Öffentlichkeitsarbeit und Darstellung der Produktionsweisen*
- *Breites Angebot an Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen (AUKM)*
- *Aufgreifen veränderter Ansprüche der Gesellschaft an die Produktqualität, Tierhaltung und den Umweltschutz. Deren Umsetzung erfordert eine besondere Honorierung über den Marktpreis*

E) Ländliche Räume stärken durch

- *Ländliches Entwicklungsprogramm EULLE*
- *Integrale sektorübergreifende Entwicklung des ländlichen Raumes durch gebündelten und effizienten Einsatz der im MWVLW verfügbaren Fördermöglichkeiten wie*
 - ❖ *Wirtschafts- und Agrarförderung*
 - ❖ *Verkehrspolitik*
 - ❖ *Infrastrukturverbesserung*
 - ❖ *Technologieförderung und Tourismusförderung*
 - ❖ *Stärkung der Eigeninitiative durch Bildung regionaler Entwicklungsschwerpunkte (Bottom-up Ansatz) zur Bewältigung der vielfältigen Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben im ländlichen Raum, durch Agrarstrukturverbesserung, regionale Wirtschaftsentwicklung, Infrastrukturausbau und Verbesserung der ökologischen Gesamtsituation.*

F) Natürliche Ressourcen schützen und Kulturlandschaft erhalten durch

- *Verstärkte Vermittlung von Zielen des Umwelt- und Naturschutzes bei Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Beratung der Landwirte*
- *Anreize zur verstärkten Beachtung von Umwelt- und Tierschutzziele in der Agrarförderung*
- *Verringerung der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen*

G) Landwirtschaft und Weinbau – Partner des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes durch

- *Freiwilligkeit, partnerschaftliche Einbindung und angemessene Honorierung zusätzlicher ökologischer Leistungen im Rahmen eines kooperativen Naturschutzes.*
- *Frühzeitige Beteiligung der Landwirtschaft bei landespflegerischen Fachplanungen (z. B. Managementpläne für NATURA 2000) und Maßnahmen (z. B. Naturschutzgroßprojekte).*
- *Vertragsumwelt- und –naturschutz im Rahmen von EULLa: Förderangebot für alle Regionen mit hoher Inanspruchnahme.*

4. Anhang

4.1 Verzeichnis der Abkürzungen

AgE	Agra Europe Informationsdienst
AiD	Informationsdienst – Medienservice der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
AMI	Agrarmarkt-Informationsgesellschaft mbH
AMK	Agrarministerkonferenz
AwSV	Anlagenverordnung für wassergefährdende Stoffe
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
DEULA	Dtsch. Lehranstalten für Agrartechnik e.V.
DLG	Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft
DLR	Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum
DüG	Düngegesetz
DüV	Düngeverordnung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums
EULLE	Entwicklungsprogramm Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung
FLOrlp	Flächeninformationssystem Online Rheinland-Pfalz
GAK	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GfK	Gesellschaft für Konsumforschung Nürnberg
greenbox-fähig	Mit den WTO-Bedingungen vereinbar
GVO	Genetisch veränderte Organismen
HIT-Datenbank	Herkunfts-Informationssystem Tiere
IGW	Internationale Grüne Woche
InVeKos	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem in der Agrarförderung
ISIP	Informationssystem für Integrierte Pflanzenproduktion
LDI	Landesbetrieb Daten und Information
MAPrlp	Mobile AgrarPortal Rheinland-Pfalz
MUEEF	Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten
MWVLW	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
NEC / NERC Richtlinie	Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe
OIV	Internationale Organisation für Rebe und Wein
ÖVF	Ökologische Vorrangflächen
TA Luft	Technische Anleitung Luft
USDA	US Department of Agriculture
VOG	Vereinigte Großmärkte für Obst und Gemüse Rheinhessen eG, Ingelheim
WTO	Welthandelsvereinbarungen

4.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), „Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe“, Buchführungsergebnisse der Testbetriebe, Wirtschaftsjahr 2015/16

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, 2016, Band 408 „Die Landwirtschaft 2015 mit Vergleichszahlen seit 1949“.

AGRA-EUROPE 18/17, DLG-Trendmonitor: Europäische Bauern haben Stimmungstief überwunden, Länderberichte, S. 6f, 2. Mai 2017

Landwirtschaftliches Wochenblatt für Hessen und Rheinland-Pfalz, Ära Branntweinmonopol endet, LW 17/2017, S. 32ff.

Landwirtschaftliche Rentenbank, „Die Liberalisierung des Zuckermarktes – Wohin führt der Weg der Zuckerrübe?“, Agrar Spezial, 2017.

Agra Europe, Newsletter vom 2. Mai 2017 sowie Rheinische Bauernzeitung vom 29. April 2017.

Agrarzeitung online, 15. Mai 2017, 10:05 h, Höhere Preise nicht in Sicht

Willer, H, Lernoud, J, (2017) The World of Organic Agriculture. Statistics and Emerging Trends 2017. FiBL, Frick, and, IFOAM – Organics International, Bonn <http://orgprints.org/31197/1/willer-lernoud-2017-global-data-biofach.pdf>

<https://shop.fibl.org/chen/mwdownloads/download/link/id/785/>

BÖLW-Broschüre „Zahlen, Daten, Fakten – Die Bio-Branche 2017“

Statistisches Bundesamt, Agrarstrukturerhebung 2016 (Stand: 04/2017)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Jahresmeldung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier vom 07.04.2017

AgE Veröffentlichung Februar 2017

Aid

Dr. Udo Sauer und G. Müller, Darstellung der wirtschaftlichen Situation der landwirtschaftlichen und weinbaulichen Betriebe in Rheinland-Pfalz anhand der Buchführungsergebnisse des Wirtschaftsjahres 2015/2016, Bad Kreuznach 2016

BMEL, Grünbuch Ernährung, Landwirtschaft, Ländliche Räume – Gute Ernährung, starke Landwirtschaft, lebendige Regionen, Berlin, Dezember 2016, S. 50

Euractiv, EU-Kommissarin: Es gibt keine einfache Lösung für das Lebensmittelpreisproblem, Brüssel, 28. April 2017.

Europäischer Rat, LEITLINIEN IM ANSCHLUSS AN DIE MITTEILUNG DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GEMÄSS ARTIKEL 50 EUV, EUCO XT 20004/17, Brüssel, 29.04.2017.

Regierung der Niederlande, Food of the Future – the Future of Food: Discussion Paper of the Netherlands Presidency, Den Haag, 2016.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Ernährung (BMEL), Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, Buchführungsergebnisse der Testbetriebe des Wirtschaftsjahres 2015/16, Berlin/Bonn, 2017, S.7ff. Von den 9143 vom Testbetriebsnetz erfassten Betrieben für die Auswertung des Wirtschaftsjahres 2015/16 entfallen 841 Betriebe auf Rheinland-Pfalz.

Entwicklung der ökologisch bewirtschafteten Rebfläche und Betriebe in RLP (Zusammeng. von B. Fader – KÖL/DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück nach Daten der ADD 2016)

Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Stellungnahme Risiko- und Krisenmanagement in der Landwirtschaft, Berlin, April 2011

Europäische Kommission, Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Umsetzung der Verpflichtung zur Ausweisung ökologischer Vorrangflächen im Rahmen der Regelung für Ökologisierungszahlungen (grüne Direktzahlungen), Brüssel, 29.3.2017, COM (2017) 152 final

DLG, Band 111, Landwirtschaft 2030, Frankfurt 2017

Agra Europe, Niederländer wollen Milchkuhbestand um gut ein Zehntel abstocken, Newsletter, 1. Dezember 2016.

Bericht der AMTF (Agricultural Markets Task Force) – vorgestellt am 15. November 2016 anlässlich des EU-Agrarministerrats in Brüssel

Willer, H, Lernoud, J, (2017) The World of Organic Agriculture. Statistics and Emerging Trends 2017. FiBL, Frick, and, FOAM – Organics International, Bonn <http://orgprints.org/31197/1/willer-lernoud-2017-global-data-biofach.pdf>

<https://shop.fibl.org/chen/mwdownloads/download/link/id/785/>

EU-Kommission - AGRI G4 committee for the common organisation of agricultural markets (Präsentation vom 30. März 2017)

Agra Europe, Niederländer wollen Milchkuhbestand um gut ein Zehntel abstocken, Newsletter, 1. Dezember 2016

Verordnung zur Neuordnung der guten fachlichen Praxis beim Düngen vom 26. Mai 2017, BGBl. I S. 1305, vom 1.6.2017

4.3 Tabellen und Übersichten

Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen und Größenklassen

Jahr Betriebsform Betriebsgröße in 1 000 € Standard-Output (SO)	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16
	€/Unternehmen				
Ackerbau	17 981	42 255	23 268	11 409	8 347
Gartenbau	7 615	4 494	5 383	5 043	6 239
Dauerkulturen	9 461	17 144	3 091	9 154	6 921
Weinbau	12 312	16 547	3 736	13 568	10 917
Obstbau	3 849	20 628	647	-2 261	-5 585
Futterbau	10 147	6 480	12 927	-4 794	-2 817
Milch	11 046	6 236	15 188	-5 185	-3 855
Sonst. Futterbau	6 539	7 446	4 018	-3 218	1 429
Veredlung	15 284	15 629	16 797	-2 328	-4 438
Gemischt (Verbund)	12 592	14 418	14 345	593	576
Pflanzenbauverbund	13 425	24 079	13 299	8 278	1 560
Viehhaltungsverbund	12 418	7 679	6 100	-3 694	-2 675
Pflanzenbau-Viehhaltung	12 564	16 228	18 396	1 620	1 968
Kleinere (50 - 100 SO)	2 804	4 701	2 586	1 132	874
Mittlere (100 - 250 SO)	11 635	11 910	11 128	- 59	- 61
Größere (250 und mehr SO)	23 578	31 007	32 433	- 642	199
Insgesamt	12 125	14 757	14 191	142	285

Quelle: BMEL (123)

Stundenlohn in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft im WJ 2015/16:

BMELV-Testbetriebsnetz (Buchführungsergebnisse 2015/16)	
Gewinn + Personalaufwand je AK	26.144 Euro
AK-Besatz/Unternehmen	-
AKh/AK	2.300 per annum
Summe AKh / Unternehmen	-
€ : 2.300 AKh →	11,37 €/AKh.

Der Stundenlohn in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft beträgt 11,37 €/AKh.

Gewinn und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen

- 2015/16 -

Betriebs- form	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personal- aufwand je AK	
		€	Verände- rung gegen Vorjahr in %	€	Verände- rung gegen Vorjahr in %
Ackerbau	15,3	62 772	- 7,2	37 724	- 4,2
Gartenbau	4,8	61 579	+21,6	28 514	+13,3
Dauerkulturen ¹⁾	6,1	54 720	+ 0,8	26 680	+ 2,9
Weinbau	4,2	59 522	- 6,0	28 172	- 2,5
Obstbau	1,5	42 083	+28,0	23 858	+15,6
Futterbau	46,6	33 139	- 5,0	23 170	- 3,5
Milch	37,5	33 650	- 8,0	23 198	- 6,1
Sonstiger Futterbau	9,2	31 050	+10,7	23 047	+10,0
Veredlung	11,1	36 169	-20,0	25 184	-14,8
Gemischt (Verbund)	16,1	36 659	- 0,3	24 516	- 0,3
Pflanzenbauverbund	1,3	59 182	+39,5	27 693	+25,9
Viehhaltungsverbund	4,7	26 552	- 0,7	18 808	- 0,1
Pflanzenbau-Viehhaltung	10,1	38 462	- 5,8	26 248	- 5,6
Insgesamt	100,0	41 251	- 4,7	26 875	- 1,9

1) Einschließlich sonstige Dauerkulturen.

Quelle: BMEL (123)

Gewinn und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Ländern

- 2015/16 -

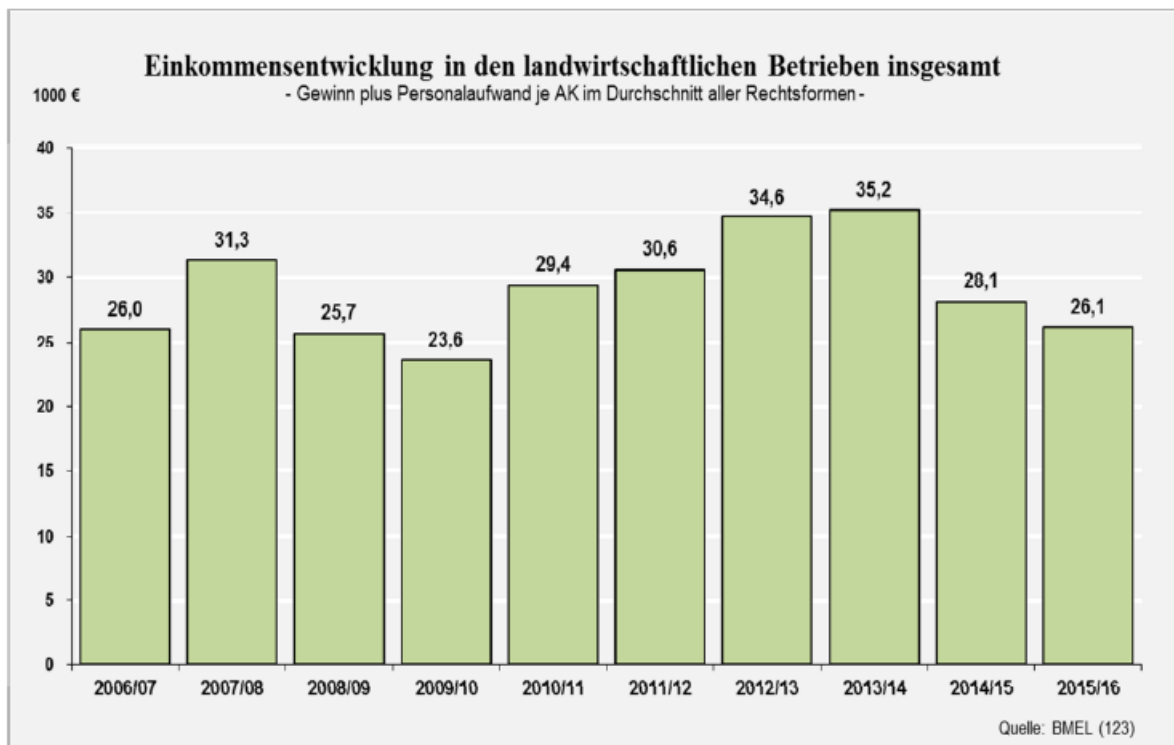
Land	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
		€	Verände- rung gegen Vorjahr in %	€	Verände- rung gegen Vorjahr in %
Schleswig-Holstein	6,1	35 523	- 0,7	26 303	- 2,2
Niedersachsen	19,2	44 193	+ 7,2	29 647	+ 6,6
Nordrhein-Westfalen	13,7	36 969	- 11,0	26 408	- 5,5
Hessen	4,2	36 728	- 9,3	24 242	- 4,4
Rheinland-Pfalz	6,6	55 175	+ 7,0	26 144	+ 6,9
Baden-Württemberg	12,6	37 935	- 0,4	25 732	+ 2,0
Bayern	31,0	37 915	- 7,3	25 174	- 4,8
Saarland	0,3	31 412	+ 7,5	20 278	+ 7,0
Brandenburg	1,3	55 310	- 21,5	25 945	- 9,0
Mecklenburg-Vorpommern	1,3	69 377	- 30,9	37 022	- 22,2
Sachsen	1,4	45 994	- 12,5	26 747	- 4,6
Sachsen-Anhalt	1,3	75 588	- 26,6	36 209	- 18,0
Thüringen	0,8	47 690	- 15,4	28 982	- 8,3
Deutschland	100,0	41 251	- 4,7	26 875	- 1,9

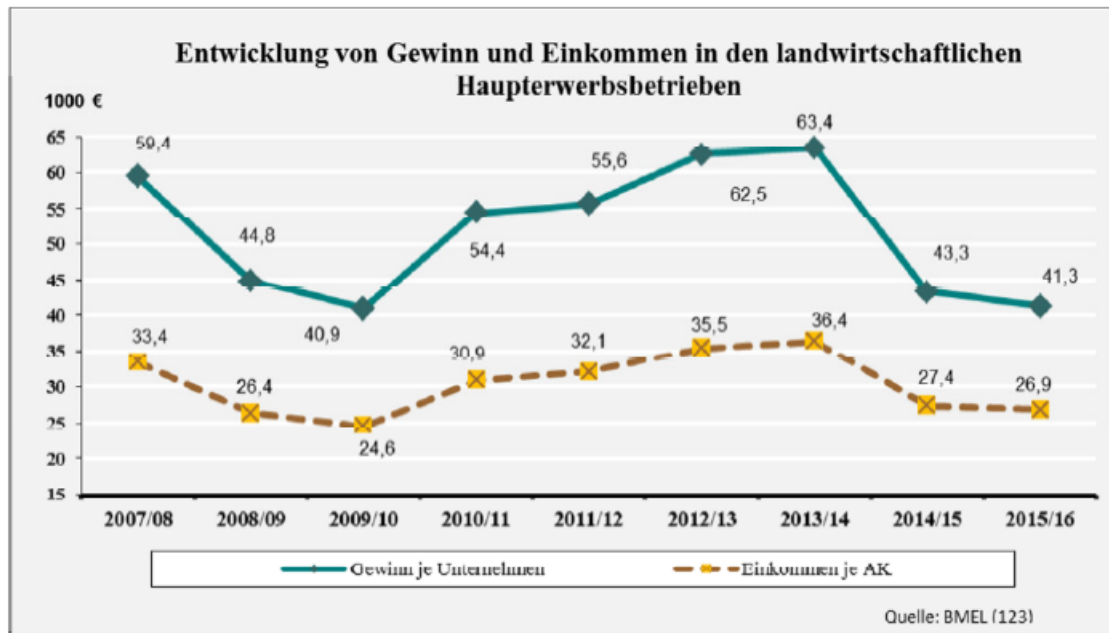
Quelle: BMEL (123)

Gewinn und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe

Wirtschafts- jahr	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Perso- nalaufwand je AK	
	€	Verände- rung gegen Vorjahr in %	€	Verände- rung gegen Vorjahr in %
2004/05	43 011	.	24 970	.
2005/06	43 105	+ 0,2	25 165	+ 0,8
2006/07	47 981	+ 11,3	27 582	+ 9,6
2007/08	59 433	+ 23,9	33 424	+ 21,2
2008/09	44 834	- 24,6	26 406	- 21,0
2009/10	40 870	- 8,8	24 576	- 6,9
2010/11	54 375	+ 33,0	30 892	+ 25,7
2011/12	55 572	+ 2,2	32 142	+ 4,0
2012/13	62 535	+ 12,5	35 548	+ 10,6
2013/14	63 380	+ 1,4	36 390	+ 2,4
2014/15	43 271	- 31,7	27 405	- 24,7
2015/16	41 251	- 4,7	26 875	- 1,9
Ø 2010/11 bis 2014/15	55 827	.	32 476	.

Quelle: BMEL (123)





Unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben nach Betriebsformen

- Ergebnisse des Testbetriebsnetzes 2015/16 -

	Acker- bau	Garten- bau	Wein- bau	Obst- bau	Milch	Sonstiger Futterbau	Vered- lung	Gemischt- (Verbund) insge- samt	Inse- gesamt
Strukturdaten									
Betriebe Anteil %	15,3	4,8	4,2	1,5	37,5	9,2	11,1	16,1	100,0
Betriebsgröße Standard-Output (SO) 1 000 €	227,5	394,1	147,0	197,4	182,4	153,8	338,3	227,6	220,0
Ldw. genutzte Fläche (LF) ha	142,1	7,5	15,9	21,1	63,9	80,6	64,2	87,3	75,7
Arbeitskräfte (AK)	2,2	5,3	2,8	4,1	1,8	1,6	1,8	2,0	2,1
€/Unternehmen									
EU-Direktzahlungen	40 360	1 754	4 037	6 031	19 098	23 795	19 301	25 527	22 139
Zins- und Investitionszuschüsse	122	146	234	435	1 445	176	627	340	724
Agrardieselvegütung	3 643	398	620	1 020	2 204	2 127	2 055	2 547	2 281
Ausgleichszulage	479	25	10	22	2 112	1 921	281	934	1 224
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	3 823	279	974	1 182	2 903	6 926	1 417	3 594	3 118
sonstige Zahlungen	670	247	2 321	1 699	1 104	717	1 509	1 008	1 051
Zahlungen insgesamt									
€/Unternehmen	49 083	2 840	8 188	9 797	28 825	35 604	25 172	33 882	30 491
€/ha LF	345	377	516	465	451	442	392	388	403
€/AK	21 995	540	2 935	2 405	16 367	21 993	13 843	17 191	14 460
in % der betrieblichen Erträge	14,5	0,7	3,9	3,9	12,6	15,3	5,4	10,1	10,3
Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand) €/AK	37 724	28 514	28 172	23 858	23 198	23 047	25 184	24 516	26 875
Anteil der Zahlungen insgesamt am Einkommen in %	58,3	1,9	10,4	10,1	70,6	95,4	55,0	70,1	53,8

Quelle: BMEL (Referat 123)

Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus¹⁾

	Einheit	2014/15	2015/16
Betriebe	Zahl	433	431
Repräsentierte Betriebe	Zahl	8 055	8 365
Betriebsgröße Standard-Output (SO)	1000 €	141	138
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	82,7	84,1
Vergleichswert	€/ha LF	608	603
Arbeitskräfte	AK	2,0	2,0
Nicht entlohnte AK (Fam)	nAK	1,4	1,4
Viehbesatz	VE/100 ha	84,9	84,0
Weizenertrag	dt/ha	37,3	35,8
Kartoffelertrag	dt/ha	203,4	265,2
Milchleistung	kg/Kuh	5 938	5 960
Weizenpreis	€/dt	45,74	45,36
Kartoffelpreis	€/dt	33,80	43,67
Milchpreis	€/100 kg	48,23	49,33
Betriebliche Erträge	€/ha LF	2 935	2 948
dar.: Umsatzerlöse landw. Pflanzenproduktion	€/ha LF	402	370
Umsatzerlöse Tierproduktion	€/ha LF	1 528	1 543
Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	594	642
dar.: EU-Direktzahlungen	€/ha LF	305	286
Zins- und Investitionszuschüsse	€/ha LF	25	23
Agrardieselvergütung	€/ha LF	22	22
Ausgleichszulage	€/ha LF	36	37
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	197	257
Sonstige Zahlungen	€/ha LF	9	17
Betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	2 190	2 095
dar.: Düngemittel	€/ha LF	23	22
Pflanzenschutz	€/ha LF	3	2
Tierzukauf	€/ha LF	121	101
Futtermittel	€/ha LF	274	267
Personal	€/ha LF	165	163
Gewinn	€/ha LF	681	787
Gewinn	€/Untem.	56 331	66 163
Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand)	€/AK	34 791	40 955
Veränderung gegen Vorjahr	%	+ 0,2	+ 17,7

1) Hochgerechnete Ergebnisse der Haupterwerbsbetriebe (ohne Gartenbau- und Dauerkulturbetriebe).

Quelle: BMEL (123)

Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus im Vergleich¹⁾

- 2015/16 -

	Einheit	Ökologischer Landbau	Konventionelle Betriebe
Betriebe	Zahl	431	7 017
Betriebsgröße Standard-Output (SO)	1000 €	138	221
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	84,1	83,3
Vergleichswert	€/ha LF	603	679
Arbeitskräfte	AK	2,0	1,9
Viehbesatz	VE/100 ha	84,0	149,6
Weizenерtrag	dt/ha	35,8	79,7
Kartoffelertrag	dt/ha	265,2	433,0
Milchleistung	kg/Kuh	5 960	7 764
Weizenpreis	€/dt	45,36	16,03
Kartoffelpreis	€/dt	43,67	12,88
Milchpreis	€/100 kg	49,33	28,35
Betriebliche Erträge	€/ha LF	2 948	3 617
dar.: Umsatzerlöse landw. Pflanzenproduktion	€/ha LF	370	810
Umsatzerlöse Tierproduktion	€/ha LF	1 543	1 925
Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	642	383
dar.: Betriebsprämie	€/ha LF	286	294
Zins- und Investitionszuschüsse	€/ha LF	23	8
Agrardieselvergütung	€/ha LF	22	30
Ausgleichszulage	€/ha LF	37	15
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	257	24
Sonstige Zahlungen	€/ha LF	17	13
Betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	2 095	3 093
dar.: Düngemittel	€/ha LF	22	151
Pflanzenschutz	€/ha LF	2	111
Tierzukauf	€/ha LF	101	316
Futtermittel	€/ha LF	267	552
Personal	€/ha LF	163	125
Gewinn	€/ha LF	787	448
Gewinn	€/Untern.	66 163	37 301
Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand)	€/AK	40 955	25 572
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,7	-6,7

1) Hochgerechnete Ergebnisse der Haupterwerbsbetriebe (ohne Gartenbau- und Dauerkulturbetriebe).

Quelle: BMEL (123)

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), „Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe“, Buchführungsergebnisse der Testbetriebe, Wirtschaftsjahr 2015/16

Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 1949-2015 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Jahr ¹	Insgesamt		Davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha					
			unter 5		5 – 10		10 – 20	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
1949	211 017	887 970	152 478	328 847	42 240	292 572	13 795	180 633
1960	168 128	846 650	109 866	226 599	35 355	253 728	19 476	261 257
1965	143 920	842 989	87 659	176 907	28 803	207 395	22 110	304 695
1966	141 465	845 298	86 036	172 183	27 585	198 438	21 989	304 967
1967	138 057	841 337	83 615	167 486	26 375	189 806	21 876	305 259
1968	135 370	836 553	81 748	162 688	25 472	183 280	21 602	302 951
1969	130 378	835 648	77 812	154 303	24 039	172 517	21 147	298 152
1970	114 017	817 308	63 618	129 103	21 797	156 289	19 996	284 398
1971	106 358	814 536	57 961	117 117	20 035	143 469	18 596	265 639
1972	103 222	814 238	56 109	113 135	19 161	137 041	17 489	250 054
1973	99 153	808 983	53 849	107 800	17 931	128 266	16 426	235 528
1974	90 878	795 974	47 472	95 355	16 693	119 279	15 295	219 640
1975	86 627	786 906	44 506	89 805	15 855	113 484	14 666	210 589
1976	82 974	781 287	41 864	84 748	15 244	109 216	14 018	201 461
1977	81 555	777 256	41 321	82 177	14 590	104 487	13 617	195 129
1978	79 517	771 889	40 296	80 672	14 055	100 593	13 073	187 315
1979	74 792	760 527	36 841	71 426	13 148	94 182	12 514	178 856
1980	72 870	756 026	35 847	70 223	12 655	90 832	12 124	173 685
1981	70 368	746 709	34 368	67 174	12 100	86 987	11 708	167 816
1982	68 688	736 526	33 750	66 003	11 616	83 449	11 252	161 253
1983	67 528	730 005	33 542	64 089	11 044	79 363	10 916	156 206
1984	65 963	727 197	32 638	62 757	10 752	77 232	10 532	150 713
1985	64 270	724 683	31 707	61 434	10 340	74 390	10 197	146 016
1986	62 465	722 739	30 677	59 820	9 960	71 680	9 817	140 811
1987	60 415	716 418	29 752	56 259	9 389	67 628	9 340	134 111
1988	58 551	714 878	28 759	55 035	8 994	64 809	8 877	127 283
1989	57 683	716 472	28 781	54 027	8 663	62 282	8 374	120 167
1990	54 383	711 151	26 685	50 586	8 124	58 479	7 862	112 764
1991	51 506	711 858	24 824	46 867	7 638	54 756	7 426	106 273
1992	49 693	710 296	24 115	45 692	7 315	52 415	6 863	97 991
1993	47 893	718 290	23 225	43 580	7 035	50 381	6 411	91 472
1994	45 864	718 071	22 145	41 701	6 669	47 469	6 041	86 185
1995	43 694	715 930	21 072	39 902	6 242	44 442	5 651	80 543
1996	41 721	711 729	20 033	38 027	5 863	41 659	5 314	75 671
1997	40 250	717 357	19 277	36 783	5 629	40 112	4 986	71 039
1998	39 229	719 437	18 689	36 180	5 450	38 901	4 873	69 502
1999	35 475	715 831	15 357	30 960	5 307	37 804	4 949	71 251

¹ Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aus methodischen Gründen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – 2 Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet.

Jahr ¹	Insgesamt		Davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha					
			unter 5		5 – 10		10 – 20	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
2000 ²	33 900	715 800	14 600	29 600	4 800	35 000	5 000	73 200
2001	32 678	712 896	13 963	27 859	4 748	33 964	4 772	69 870
2002 ²	30 400	707 000	12 400	24 900	4 500	32 600	4 500	65 900
2003	29 330	706 537	11 965	24 406	4 193	29 996	4 380	63 990
2004 ²	27 900	709 800	11 200	23 200	3 900	28 400	4 100	60 100
2005	27 347	718 883	10 773	22 149	3 864	27 694	4 090	59 695
2006 ²	25 900	708 400	9 800	20 400	3 600	25 500	4 000	58 000
2007	25 529	715 356	9 568	20 498	3 746	26 878	3 871	56 443
2008 ²	24 700	719 400	9 000	19 300	3 600	25 600	3 900	57 700
2009 ²	23 800	704 800	8 600	18 400	3 400	24 500	3 800	54 900
2010	20 564	705 223	5 494	11 387	3 331	24 066	3 719	54 235
2011 ²	20 000	703 000	5 200	10 900	3 300	23 900	3 600	52 900
2012 ²	19 200	698 000	4 800	10 000	3 100	22 000	3 400	49 900
2013 ²	19 100	707 000	4 600	9 900	3 100	22 400	3 500	51 000
2014 ²	18 800	703 500	4 600	9 600	2 900	21 400	3 400	49 300
2015 ²	18 100	705 400	4 300	9 000	2 900	20 800	3 300	48 900

Jahr ¹	noch: davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha					
	20 – 50		50 – 100		100 und mehr	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
1949	2 194	60 190	245	16 754	65	8 974
1960	3 147	82 666	240	16 155	44	6 245
1965	5 056	131 059	243	16 071	49	6 862
1966	5 532	143 686	262	17 244	61	8 780
1967	5 879	153 212	253	16 746	59	8 828
1968	6 245	162 904	248	16 528	55	8 202
1969	7 058	184 881	265	17 578	57	8 217
1970	8 238	218 978	310	20 211	58	8 329
1971	9 296	252 748	402	25 544	68	10 018
1972	9 924	274 127	470	29 650	69	10 231
1973	10 292	289 617	577	36 399	78	11 373
1974	10 615	303 692	714	44 876	89	13 132
1975	10 715	309 042	793	49 857	92	14 129
1976	10 894	316 599	857	53 877	97	15 386
1977	10 987	320 736	944	59 127	96	15 600
1978	10 966	322 748	1 023	64 227	104	16 334
1979	11 021	326 493	1 166	73 351	102	16 215
1980	10 875	324 717	1 260	79 684	109	16 882

¹Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aus methodischen Gründen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – ² Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet.

Jahr ¹	noch: davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha					
	20 – 50		50 – 100		100 und mehr	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
1981	10 737	322 269	1 349	85 783	106	16 688
1982	10 518	317 072	1 439	91 542	113	17 207
1983	10 373	314 047	1 526	97 324	127	18 972
1984	10 277	312 309	1 613	103 016	151	21 174
1985	10 132	309 419	1 736	111 217	158	22 208
1986	10 002	307 603	1 837	118 820	172	23 995
1987	9 745	301 518	1 981	128 349	208	28 550
1988	9 592	298 551	2 086	136 066	243	33 126
1989	9 295	291 218	2 278	149 160	292	39 626
1990	8 927	281 911	2 439	161 334	346	46 081
1991	8 557	272 091	2 639	175 772	422	56 093
1992	8 121	260 517	2 778	187 265	501	66 426
1993	7 565	243 233	3 025	204 773	632	84 849
1994	7 142	229 859	3 115	211 767	752	101 098
1995	6 743	218 367	3 112	213 571	874	119 101
1996	6 439	209 081	3 107	215 080	965	132 213
1997	6 122	199 083	3 155	220 031	1 081	150 308
1998	5 913	192 848	3 143	220 202	1 161	161 805
1999	5 462	179 638	3 165	222 583	1 235	173 596
2000 ²	5 000	164 100	3 100	222 000	1 400	191 900
2001	4 621	153 350	3 137	221 833	1 437	206 020
2002 ²	4 400	144 400	3 100	222 100	1 500	217 100
2003	4 175	138 738	3 013	214 189	1 604	235 218
2004 ²	4 100	135 100	3 000	210 700	1 700	252 300
2005	3 882	128 191	2 953	210 304	1 785	270 849
2006 ²	3 800	125 700	2 900	206 000	1 800	272 800
2007	3 650	120 822	2 820	200 820	1 874	289 894
2008 ²	3 500	116 500	2 800	197 600	1 900	302 800
2009 ²	3 400	115 000	2 700	190 200	1 900	301 800
2010	3 411	112 930	2 629	188 680	1 980	313 925
2011 ²	3 400	111 200	2 500	178 300	2 100	325 900
2012 ²	3 300	110 500	2 600	183 300	2 000	322 400
2013 ²	3 300	108 400	2 500	178 100	2 100	337 200
2014 ²	3 300	109 000	2 600	184 900	2 000	329 200
2015 ²	3 100	100 400	2 400	175 900	2 100	350 400

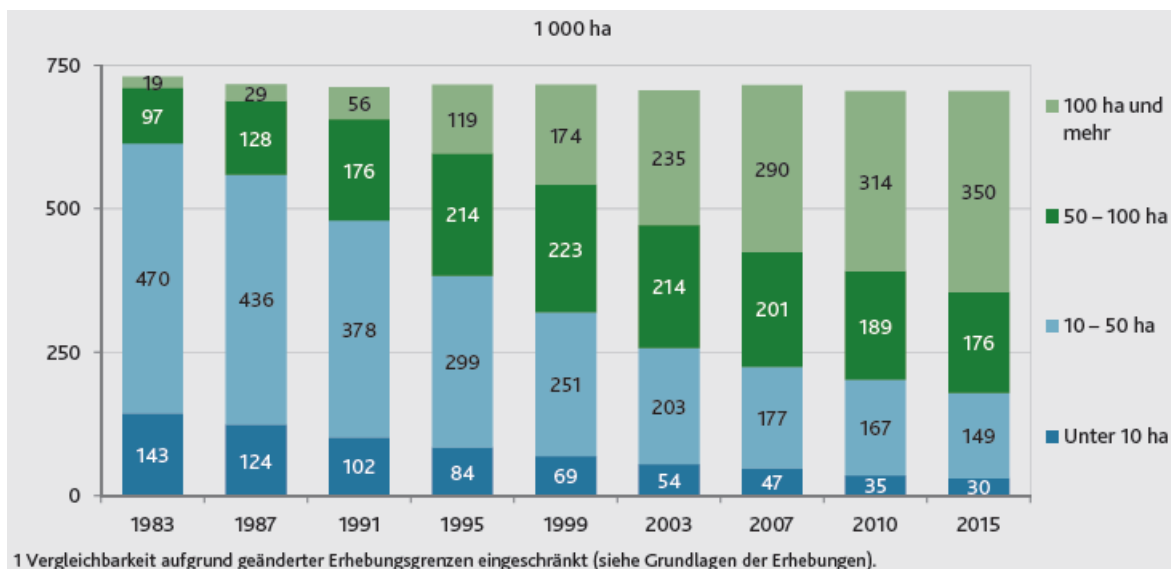
¹ Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aus methodischen Gründen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – 2 Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet.

Landwirtschaftliche Betriebe 1949-2015 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	1949	1960	1971	1979	1991	1999	2010	2015 ¹	Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate 1999 – 2015 in %
Betriebe (Anzahl)									
Unter 5 ²	152 478	109 866	57 961	36 841	24 824	15 357	5 494	4 300	-7,7
5 – 10	42 240	35 355	20 035	13 148	7 638	5 307	3 331	2 900	-3,8
10 – 20	13 795	19 476	18 596	12 514	7 426	4 949	3 719	3 300	-2,4
20 – 50	2 194	3 147	9 296	11 021	8 557	5 462	3 411	3 100	-3,5
50 – 100	245	240	402	1 166	2 639	3 165	2 629	2 400	-1,6
100 – 200	62	39	60	83	391	1 134	1 624	1 600	2,3
200 und mehr	3	5	8	19	31	101	356	500	9,9
Insgesamt	211 017	168 128	106 358	74 792	51 506	35 475	20 564	18 100	-4,1
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (ha)									
Unter 5 ²	328 847	226 599	117 117	71 426	46 867	30 960	11 387	9 000	-7,4
5 – 10	292 572	253 728	143 469	94 182	54 756	37 804	24 066	20 800	-3,7
10 – 20	180 633	261 257	265 639	178 856	106 273	71 251	54 235	48 900	-2,3
20 – 50	60 190	82 666	252 748	326 493	272 091	179 638	112 930	100 400	-3,6
50 – 100	16 754	16 155	25 544	73 351	175 772	222 583	188 680	175 900	-1,5
100 – 200	7 987	5 080	7 920	10 453	47 867	148 223	219 409	223 600	2,6
200 und mehr	987	1 165	2 098	5 762	8 226	25 373	94 516	126 800	10,6
Insgesamt	887 970	846 650	814 536	760 527	711 858	715 831	705 223	705 400	-0,1

1 Stichprobenerhebung: Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet. – 2 Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund mehrfach geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

Landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe 1983-2015 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche¹



Erntemengen im Marktobstbau 1974-2015 nach Obstarten

Jahr	Insgesamt ¹	Äpfel	Birnen	Süßkirschen	Sauerkirschen	Pflaumen und Zwetschen	Mirabellen und Renekloden
	dt						
D 1974/79	598 901	287 366	43 755	30 905	186 235	43 963	6 678
D 1980/85	618 559	299 320	27 824	20 738	204 491	58 632	7 553
D 1984/89	727 637	408 102	23 625	18 879	203 335	65 780	7 916
D 1990/95	747 504	467 526	35 816	17 251	150 169	68 417	8 325
D 1994/99	755 992	507 208	41 133	16 242	113 004	70 633	7 773
D 2000/05	732 392	463 812	45 896	25 089	86 722	97 613	13 260
D 2004/09	755 579	424 965	46 697	28 280	85 265	146 579	23 793
D 2009/14	632 180	335 090	38 174	27 911	60 044	143 509	27 451
1974	594 505	228 588	58 975	39 968	197 141	58 772	11 061
1975	693 587	365 216	50 057	37 441	213 541	23 499	3 833
1976	432 162	188 556	35 306	22 489	137 823	42 037	5 951
1977	475 218	193 302	37 058	27 151	172 101	38 888	6 718
1978	759 197	409 731	46 402	32 467	205 509	58 265	6 823
1979	638 736	338 800	34 731	25 911	191 296	42 319	5 679
1980	692 590	355 699	37 174	23 102	225 537	44 363	6 715
1981	316 721	131 286	24 331	13 944	115 816	26 986	4 358
1982	806 915	411 134	31 190	23 848	250 788	82 141	7 814
1983	544 439	224 071	27 615	23 608	191 117	68 504	9 524
1984	736 125	368 853	25 078	21 860	247 716	65 206	7 412
1985	614 562	304 879	21 558	18 063	195 971	64 594	9 497
1986	717 702	356 917	26 454	20 533	231 813	73 653	8 332
1987	764 069	422 101	24 539	19 405	219 328	69 060	9 636
1988	798 145	489 184	23 620	18 011	197 243	63 822	6 265
1989	735 217	506 675	20 500	15 403	127 936	58 347	6 356
1990	711 294	410 323	22 700	17 635	193 473	59 749	7 414
1991	350 539	205 210	12 366	6 678	88 056	32 935	5 294
1992	1 116 000	701 332	57 871	23 062	201 708	117 573	14 454
1993	770 962	484 535	38 716	20 361	141 801	77 089	8 460
1994	805 908	547 424	42 839	17 432	130 005	61 100	7 108
1995	730 319	456 333	40 403	18 338	145 971	62 056	7 218
1996	750 486	459 853	39 140	18 215	162 204	63 949	7 125
1997	503 127	355 402	23 051	7 795	55 754	54 745	6 380
1998	750 075	550 613	47 709	13 395	65 157	67 112	6 089
1999	996 037	673 620	53 659	22 277	118 932	114 832	12 717
2000	964 309	683 970	55 647	22 985	92 411	98 420	10 877
2001	628 465	450 227	37 892	13 453	60 365	59 976	6 552
2002	694 691	423 834	40 372	28 695	85 771	102 652	13 367
2003	520 703	290 104	35 423	23 402	81 328	78 341	12 105
2004	926 118	547 377	60 298	32 299	112 854	151 782	21 507
2005	660 075	387 362	45 745	29 705	87 605	94 509	15 150
2006	795 688	461 725	51 017	27 943	97 788	136 231	20 985
2007	716 433	357 206	43 049	27 594	94 580	167 284	26 720
2008	535 612	342 782	32 850	25 637	41 313	78 951	14 079
2009	899 550	453 339	47 226	26 505	77 450	250 717	44 314
2010	604 770	338 237	39 525	26 532	65 426	121 028	14 021
2011	616 801	296 856	40 798	30 750	78 787	144 200	25 410
2012	378 824	224 991	19 644	18 113	35 349	66 883	13 845
2013	649 994	361 288	41 558	28 182	48 498	132 730	37 738
2014	643 138	335 831	40 292	37 384	54 757	145 493	29 380
2015	597 011	332 499	36 258	34 764	61 557	107 866	24 067

¹ Erntemengen bis 2005 einschließlich Aprikosen, Pfirsiche, Walnüsse.

Anbau¹ von Gemüse auf dem Freiland 1950-2015 nach Gemüseartengruppen und Gemüsearten

Gemüseartengruppe Gemüseart	1950	1960	1970	1981	1992	2000	2008	2012	2015 ²	
	ha									%
Wurzel- und Knollengemüse	1 024	1 142	890	1 080	3 419	5 708	7 269	8 159	8 401	43,0
Blatt- und Stängelgemüse	1 344	1 592	2 911	1 929	2 748	4 354	6 254	6 716	6 733	34,4
Kohlgemüse	904	1 100	1 228	1 342	2 022	2 561	2 450	2 534	2 342	12,0
Fruchtgemüse	474	531	196	56	169	490	857	1 167	1 196	6,1
Hülsenfrüchte	358	456	541	347	161	461	335	360	466	2,4
Sonstige	305	467	289	113	199	349	494	475	408	2,1
Insgesamt³	4 408	5 288	6 055	4 867	8 718	13 922	17 659	19 411	19 546	100
darunter										
Radies	922	1 816	2 662	2 825	2 635	13,5
Bundzwiebeln	610	1 242	1 571	1 847	9,4
Möhren und Karotten	400	586	411	463	1 119	1 845	1 696	1 739	1 799	9,2
Speisezwiebeln ⁴	519	350	199	397	967	931	1 121	1 343	1 504	7,7
Spargel	200	682	791	374	477	765	1 081	1 278	1 408	7,2
Blumenkohl	165	302	353	636	918	1 294	1 336	1 297	1 100	5,6
Feldsalat	50	33	26	39	71	931	1 161	1 090	969	5,0
Spinat	506	481	1 039	539	557	626	695	742	817	4,2
Porree (Lauch)	58	76	126	135	249	252	644	850	669	3,4
Rucolasalat	67	357	541	576	2,9
Kürbis ⁵	92	200	407	531	2,7
Kopfsalat	407	256	875	759	881	869	743	571	496	2,5
Kohlrabi	45	71	82	145	203	326	296	418	475	2,4
Eissalat	112	65	86	140	349	1,8
Zuckermais	51	151	370	379	335	1,7
Rettich	8	17	21	46	256	329	313	394	334	1,7
Lollosalat	120	195	402	424	327	1,7
Zucchini	36	198	279	372	324	1,7
Frischerbsen	82	128	133	117	55	166	282	259	312	1,6
Eichblattsalat	262	232	260	1,3
Chinakohl	.	.	.	64	211	202	242	256	252	1,3
Brokkoli	216	421	317	329	245	1,3
Knollensellerie	54	120	228	160	142	159	197	250	241	1,2
Stauden-/Stangensellerie ⁶	25	105	153	181	0,9
Rhabarber	58	35	18	31	84	179	221	200	168	0,9
Römischer Salat	38	75	165	0,8
Endiviensalat	63	29	36	52	76	123	146	160	157	0,8
Bohnen	251	269	381	223	103	294	53	98	151	0,8
Weißkohl	224	208	284	215	201	133	110	107	130	0,7
Sonstige Salate ⁷	153	208	163	.	X
Wirsing	263	225	153	111	112	86	76	72	91	0,5
Radicchio	23	79	80	.	.	X
Rote Rüben (Rote Bete)	27	55	28	13	12	17	38	37	/	X
Chicoree	80	12	25	.	.	X
Rotkohl	89	179	251	109	94	62	39	43	35	0,2

¹ Bei den Anbauflächen ist die Mehrfachnutzung der Grundfläche durch Vor-, Zwischen- und Nachkultur berücksichtigt. – ² Stichprobenerhebung. – ³ Von 1992–2009 einschließlich Schnittlauch und Petersilie. – ⁴ Seit 1996 nur Trockenzwiebeln und Schalotten, ohne Bundzwiebeln. – ⁵ Ab 2005 Speisekürbis. – ⁶ Vor 2006 ohne Staudensellerie. – ⁷ Novita, Krull, Schnittsalat, bis 2005 einschließlich Eichblatt und Romana.

Viehbestände 1950-2015 nach Tierarten

Jahr ^{1,2}	Rinder		Schweine		Schafe	Ziegen	Hühner		Einhufer ³
	insgesamt	darunter	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter	
		Milchkühe		Zuchtsauen				Legehennen 1/2 Jahr und älter	
1950	678 204	366 000	628 053	44 082	79 253	166 072	2 827 746	2 574 623	87 783
1951	697 982	372 126	732 859	40 138	82 190	156 856	3 166 683	2 904 127	85 657
1952	702 684	371 401	645 624	34 645	78 580	135 504	3 282 130	3 040 544	81 941
1953	689 265	367 484	607 774	38 151	64 932	114 133	3 543 480	3 301 195	77 826
1954	665 557	357 593	732 876	47 224	52 490	93 626	3 568 653	3 340 463	72 775
1955	672 135	345 574	732 492	43 031	48 263	75 561	3 401 016	3 189 076	68 875
1956	696 322	344 355	727 287	46 351	47 780	61 181	3 434 870	3 228 345	65 676
1957	697 196	336 244	738 955	48 676	50 315	48 812	3 582 697	3 380 729	62 156
1958	693 804	326 828	659 284	41 768	54 456	38 327	3 561 082	3 363 734	59 711
1959	704 261	326 025	668 201	46 379	54 673	29 340	3 580 953	3 390 102	55 093
1960	733 861	334 569	711 296	51 875	53 300	22 758	3 505 913	3 321 479	50 570
1961	762 585	336 943	768 690	58 408	52 871	17 415	3 574 840	3 234 504	45 293
1962	737 215	326 679	705 504	50 503	49 950	12 575	3 587 583	3 251 938	40 108
1963	718 312	311 980	711 679	55 958	50 003	8 879	3 789 759	3 404 778	35 482
1964	704 559	302 324	747 276	55 337	47 323	6 400	3 986 618	3 513 347	30 926
1965	739 233	298 432	721 814	55 643	41 312	4 582	4 289 860	3 638 838	27 142
1966	759 748	298 190	738 908	61 577	44 529	3 439	4 716 995	3 956 837	23 643
1967	760 705	296 936	821 951	68 109	46 571	2 810	4 946 713	4 165 706	21 330
1968	755 331	293 783	786 885	64 559	47 269	2 136	5 018 379	4 309 837	19 508
1969	753 702	288 452	757 932	70 238	49 401	1 735	5 161 643	4 330 057	17 581
1970	725 734	265 755	827 395	76 533	55 198	1 432	5 075 975	4 011 888	16 642
1971	685 616	252 398	741 454	68 849	61 744	1 312	5 095 953	4 000 511	16 547
1972	678 039	250 933	743 565	69 548	62 822	1 112	4 937 964	3 837 334	16 829
1973	693 164	250 365	737 213	70 833	75 278	1 238	4 595 194	3 615 639	17 981
1974	685 706	242 132	712 597	69 588	75 226	.	4 509 457	3 383 951	19 368
1975	674 790	238 689	677 019	72 904	77 649	.	4 295 803	3 169 664	20 239
1976	653 996	232 831	683 137	74 676	82 997	.	4 312 502	2 930 531	20 990
1977	672 289	237 281	699 199	79 112	89 083	1 499	4 242 525	2 347 252	21 608
1978	682 292	238 423	729 319	80 747	85 578	.	3 755 677	2 083 670	21 525
1979	678 215	235 806	687 333	78 509	87 614	.	3 626 645	1 995 057	21 836
1980	672 930	234 610	695 202	77 934	99 706	.	3 520 323	2 006 802	21 290
1981	654 784	228 359	646 433	74 616	88 748	.	3 319 078	1 944 431	21 818
1982	638 387	227 983	658 352	75 203	95 007	.	3 290 640	1 918 178	20 946
1983	638 156	230 306	676 994	76 079	92 279	.	3 298 731	1 802 085	19 455
1984	637 259	227 428	639 542	75 097	99 719	.	3 297 145	1 812 095	19 135
1985	631 833	219 960	666 891	79 626	101 207	.	2 858 082	1 793 022	.
1986	604 321	216 081	639 312	76 075	113 124	.	2 870 106	1 687 914	19 927
1987	578 933	201 649	592 034	68 135	117 879
1988	564 311	198 871	544 654	60 296	125 254	.	3 106 631	1 441 550	20 946
1989	551 655	191 809	533 277	59 989	132 427

1 Erhebungsstichtag 1950–1997: Dezember; Erhebungsstichtag 1998, 2011, 2012, 2014 und 2015: November; Erhebungsstichtag 1999–2009: Mai; Erhebungsstichtag 2010 und 2013: März. – 2 Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – 3 Bis 1999 nur Pferde.

1990	542 268	180 420	509 562	58 607	144 180	.	2 861 573	1 343 471	21 264
1991	520 200	166 096	488 209	55 996	139 942
1992	497 253	155 398	485 946	56 847	141 926	.	2 669 441	1 186 332	24 247
1993	491 011	154 610	465 705	51 377	138 248
1994	488 061	150 866	435 270	45 496	137 032	.	2 125 578	1 059 440	27 712
1995	489 450	148 500	396 831	41 973	138 498
1996	487 366	148 461	396 519	40 605	132 377	.	1 837 704	1 094 730	29 857
1997	470 255	141 953	399 736	41 625	126 657
1998	456 637	136 019	418 876	41 908
1999	457 228	136 392	379 274	38 574	144 943	.	1 798 739	916 455	22 011
2000	451 282	130 451	374 698	35 951	142 595
2001	446 182	131 903	361 945	34 029	138 178	.	1 706 150	843 043	23 920
2002	433 652	130 012	355 436	32 280	127 236
2003	410 455	126 587	340 809	30 948	130 156	.	1 642 579	723 753	23 371
2004	397 443	125 179	324 047	28 895	128 777
2005	389 677	122 377	315 942	28 172	121 886	.	1 552 530	612 774	23 817
2006	383 749	118 067	301 323	27 848	112 946
2007	382 801	117 284	297 589	26 589	114 646	.	1 648 446	656 450	25 179
2008	391 580	119 265	285 740	25 009	107 951
2009	384 051	118 398	268 536	21 875	100 900
2010	368 880	118 501	258 166	21 228	89 229	5 145	1 519 812	749 804	19 639
2011 ⁴	363 060	117 783	242 500	16 800	70 900
2012 ⁴	355 364	116 758	215 800	15 400	69 100
2013 ⁵	344 900	117 200	214 400	17 100	83 800	6 500	1 467 500	900 800	19 000
2014 ⁴	368 229	119 947	203 900	14 400	62 900
2015 ⁴	359 555	118 107	192 000	13 000	66 200

1 Erhebungsstichtag 1950–1997: Dezember; Erhebungsstichtag 1998, 2011, 2012, 2014 und 2015: November; Erhebungsstichtag 1999–2009: Mai; Erhebungsstichtag 2010 und 2013: März. – 2 Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – 3 Bis 1999 nur Pferde. – 4 Schweine und Schafe Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet. – 5 Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet.

Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2015 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Bundesländern

Bundesland	Insgesamt	Davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha						
		unter 5	5 – 10	10 – 20	20 – 50	50 – 100	100 – 200	200 und mehr
Betriebe (1 000)								
Baden-Württemberg	41,6	6,7	7,3	8,7	9,6	6,2	2,6	0,5
Bayern	92,2	4,1	16,5	24,7	27,9	14,1	4,1	0,7
Berlin ¹	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Brandenburg	5,3	0,3	0,6	0,8	0,9	0,6	0,5	1,6
Bremen ¹	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hamburg ¹	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Hessen	16,4	1,0	2,6	3,5	4,2	2,9	1,7	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	4,7	0,3	0,5	0,5	0,6	0,4	0,5	1,8
Niedersachsen	39,5	3,2	4,5	5,5	8,3	9,8	6,2	1,9
Nordrhein-Westfalen	33,9	3,9	4,4	5,9	9,0	7,5	2,8	0,4
Rheinland-Pfalz	18,1	4,3	2,9	3,3	3,1	2,4	1,6	0,5
Saarland	1,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Sachsen	6,3	0,7	1,3	1,2	1,1	0,6	0,6	0,9
Sachsen-Anhalt	4,4	0,4	0,4	0,5	0,6	0,4	0,5	1,6
Schleswig-Holstein	13,0	0,8	1,7	1,7	2,3	3,1	2,4	0,9
Thüringen	3,5	0,3	0,6	0,6	0,5	0,3	0,3	0,8
Deutschland	280,8	26,4	43,8	57,1	68,6	48,8	24,1	12,1
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (1 000 ha)								
Baden-Württemberg	1 424,1	11,7	54,2	127,9	317,0	433,5	353,1	126,8
Bayern	3 153,6	8,7	117,7	379,5	931,5	968,0	532,1	216,1
Berlin ¹	2,0	0,0	0,1	0,1	0,4	0,3	0,8	0,3
Brandenburg	1 321,7	0,5	4,6	11,1	30,1	41,5	79,1	1 154,7
Bremen ¹	8,5	0,0	0,2	0,4	1,0	3,1	3,0	0,9
Hamburg ¹	14,4	0,5	0,5	1,3	3,3	2,9	3,1	2,7
Hessen	769,5	2,0	19,5	52,4	138,6	205,1	225,6	126,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 346,2	0,5	3,9	8,0	21,2	30,4	75,9	1 206,4
Niedersachsen	2 604,7	4,0	33,4	82,0	283,7	714,2	837,5	650,1
Nordrhein-Westfalen	1 457,1	4,5	32,7	87,8	306,0	524,5	368,5	133,0
Rheinland-Pfalz	705,4	9,0	20,8	48,9	100,4	175,9	223,6	126,8
Saarland	77,2	0,1	1,3	3,2	7,8	15,9	30,8	18,1
Sachsen	903,2	1,0	9,0	16,8	33,9	42,0	81,7	718,8
Sachsen-Anhalt	1 173,4	0,5	3,3	6,7	20,2	31,1	70,4	1 041,2
Schleswig-Holstein	989,4	1,7	12,3	24,2	79,3	231,1	332,4	308,5
Thüringen	780,3	0,5	4,7	8,5	16,1	21,6	43,6	685,5
Deutschland	16 730,7	45,4	318,2	858,6	2 290,7	3 440,8	3 261,2	6 515,9

¹ Angaben aus 2013.

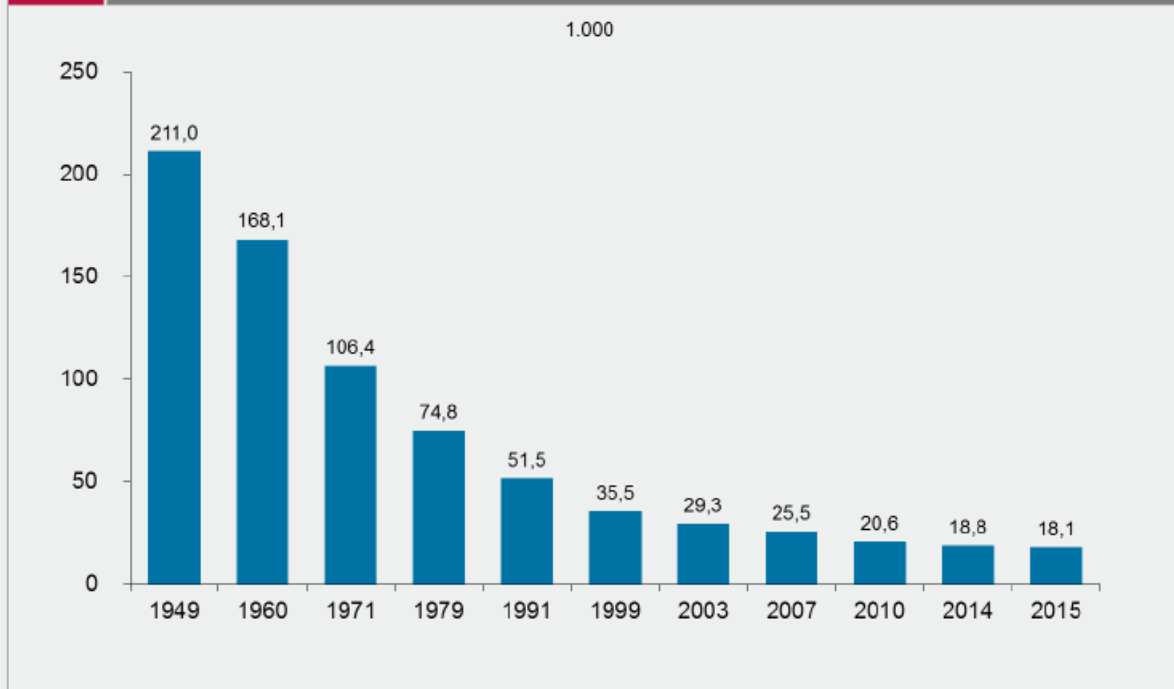
Bodenfläche 2014¹ nach Nutzungsarten und Bundesländern

Bundesland	Bodenfläche insgesamt	Gebäude- und Freifläche			Betriebsfläche		Erholungsfläche	Verkehrsfläche	
		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter Abbauland		insgesamt	darunter Straße, Weg, Platz
			Wohnen	Gewerbe und Industrie					
ha									
Baden-Württemberg	3 575 135	277 144	149 218	47 757	11 175	6 751	31 359	197 371	183 280
Bayern	7 055 012	430 273	210 470	45 001	35 575	15 493	50 796	329 848	307 841
Berlin	89 169	37 038	21 389	3 449	529	5	10 674	13 294	10 736
Brandenburg	2 965 434	130 799	62 467	31 804	43 044	33 753	26 796	110 064	93 918
Bremen	41 939	13 894	6 484	2 529	955	7	3 457	4 966	3 766
Hamburg	75 522	28 481	16 362	4 101	628	22	5 854	9 400	7 247
Hessen	2 111 490	157 165	91 036	16 959	11 534	4 334	20 903	143 285	132 223
Mecklenburg-Vorpommern	2 321 270	82 385	34 176	12 070	8 367	4 610	31 829	69 071	57 908
Niedersachsen	4 761 482	355 159	200 012	43 168	33 791	24 623	46 380	247 549	204 625
Nordrhein-Westfalen	3 411 040	437 342	229 950	54 160	39 631	18 974	68 747	244 490	198 384
Rheinland-Pfalz ²	1 985 436	118 678	61 592	14 578	10 840	4 590	34 360	122 708	98 011
Saarland ²	256 976	32 204	11 834	4 383	2 801	577	2 596	16 055	14 307
Sachsen	1 842 026	131 887	73 400	21 321	34 375	28 614	25 146	80 002	67 582
Sachsen-Anhalt	2 045 168	88 101	36 357	18 331	13 776	10 479	52 135	79 266	70 284
Schleswig-Holstein	1 580 299	110 031	67 145	10 864	8 867	4 505	17 709	69 769	61 713
Thüringen	1 620 214	71 989	40 597	13 211	8 458	4 611	10 956	69 931	63 041
Deutschland	35 737 612	2 502 570	1 312 489	343 685	264 346	161 947	439 695	1 807 066	1 574 864

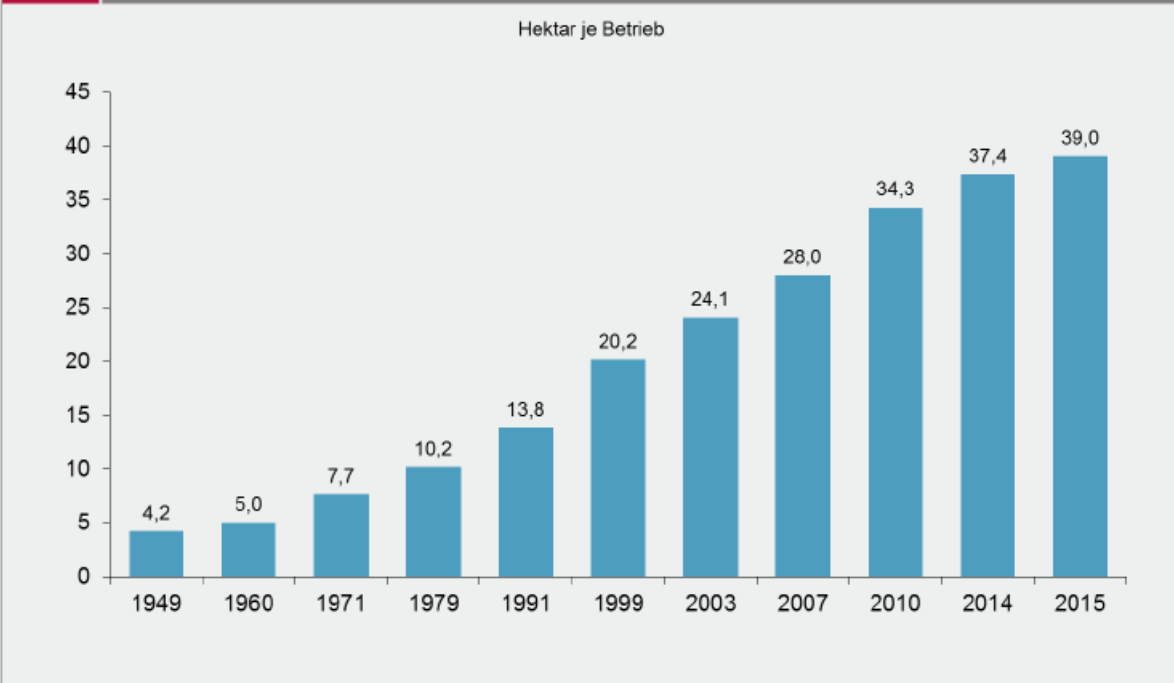
Bundesland	Landwirtschaftsfläche	Waldfläche	Wasserfläche	Flächen anderer Nutzung		Siedlungs- und Verkehrsfläche
				insgesamt	darunter Friedhof	
Baden-Württemberg	1 625 724	1 369 832	39 085	23 445	3 686	513 984
Bayern	3 310 561	2 570 687	123 359	203 913	4 148	835 148
Berlin	3 844	16 364	5 967	1 459	1 092	62 622
Brandenburg	1 461 377	1 052 948	102 256	38 150	2 347	279 296
Bremen	11 804	828	5 181	855	311	23 576
Hamburg	18 533	5 143	6 045	1 438	793	45 133
Hessen	885 857	847 683	29 387	15 677	2 938	331 490
Mecklenburg-Vorpommern	1 445 651	508 222	141 541	34 205	1 289	188 331
Niedersachsen	2 851 001	1 050 666	110 680	66 257	4 298	662 554
Nordrhein-Westfalen	1 654 704	882 807	66 665	16 654	8 160	779 396
Rheinland-Pfalz ²	826 741	836 726	27 612	7 771	1 963	283 960
Saarland ²	110 035	87 377	2 612	3 297	647	53 726
Sachsen	1 007 799	498 914	38 653	25 250	1 728	244 524
Sachsen-Anhalt	1 255 518	505 783	47 957	2 633	1 820	224 619
Schleswig-Holstein	1 102 404	166 809	80 522	24 189	1 328	203 197
Thüringen	889 117	529 775	20 168	19 820	1 181	157 903
Deutschland	18 460 669	10 930 564	847 690	485 013	37 729	4 889 459

1 Stichtag 31.12. – 2 Fläche einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes.

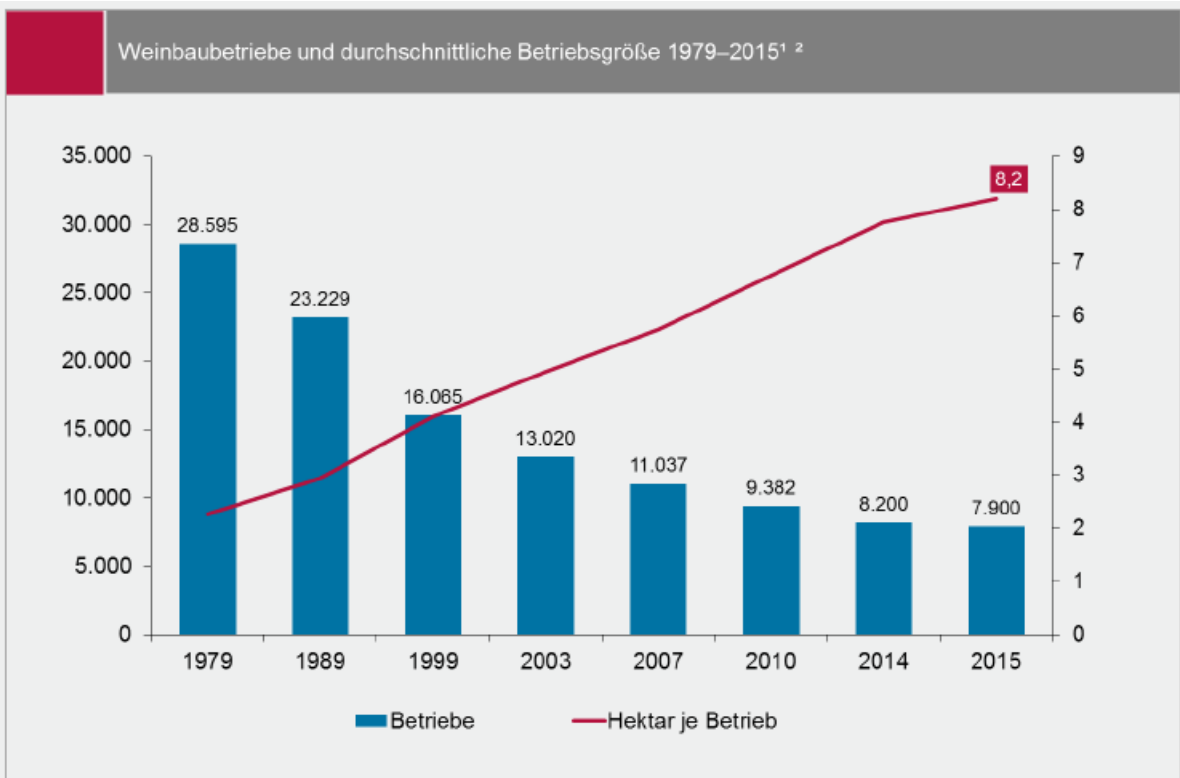
Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, 2016, Band 408 „Die Landwirtschaft 2015 mit Vergleichszahlen seit 1949“.

Landwirtschaftliche Betriebe 1949–2015¹

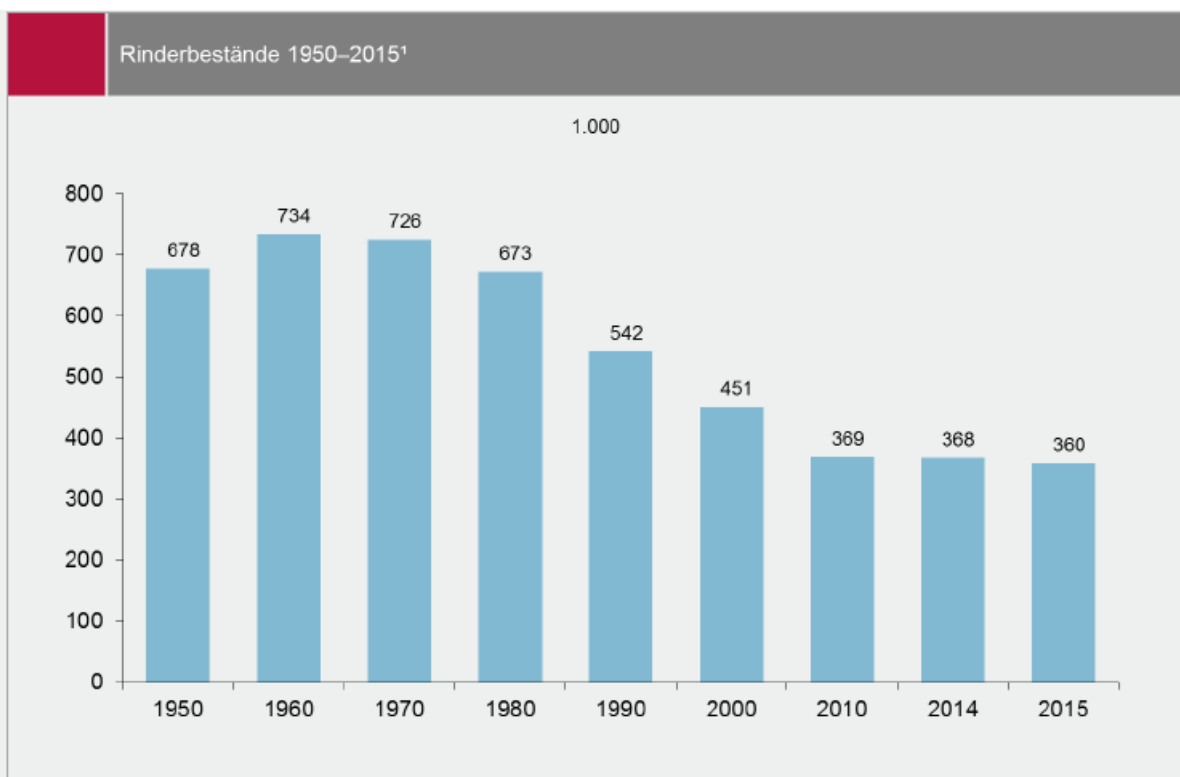
1 Vergleichbarkeit aufgrund mehrfach geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb 1949–2015¹

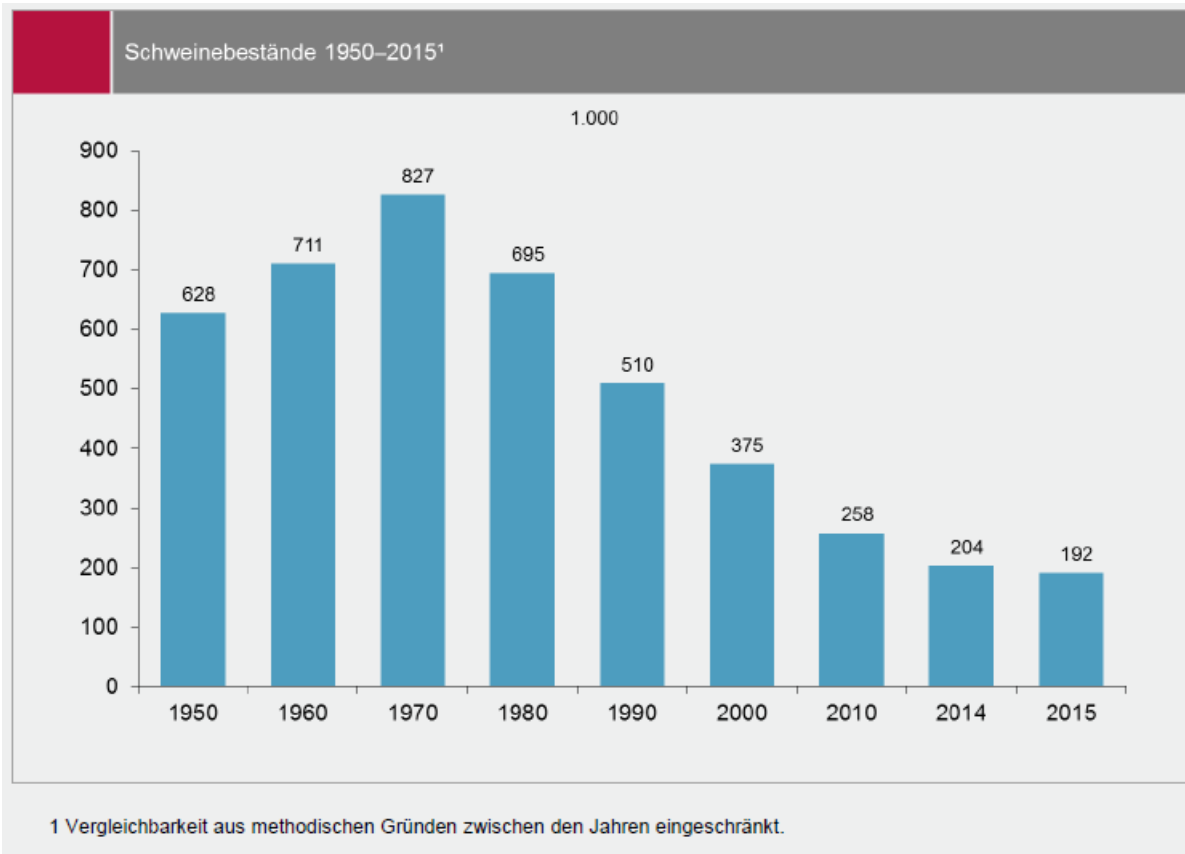
1 Vergleichbarkeit aufgrund mehrfach geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt.



1 1979 bis 2007: ab 0,3 ha Rebfläche; 2010: ab 0,5 ha sowie Betriebe unter 0,5 ha, die festgelegte Schwellenwerte überschreiten – 2 2014 und 2015 Stichprobenerhebung: Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet.



1 Vergleichbarkeit aus methodischen Gründen zwischen den Jahren eingeschränkt.



Quelle: Statistisches Landesamt Bad Ems, Publikation „Landwirtschaft und Weinbau“